

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,20 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgipflige Kolonelle oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berrichts- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 7. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zentrum und Wahlrecht.

Die Zentrumspreffe setzt ihre Taktik fort, die Aeußerungen der Naumann und Träger dazu zu benutzen, den rechten Flügel des Blocks gegen die freisinnige Paarungsführin aufzureizen und zugleich den Agrarkonservativen wie der Hoffmannsilla das Zentrum als eine Partei in empfehlende Erinnerung zu bringen, die nicht nur in bezug auf wirtschaftliche und verfassungspolitische Fragen weit zuverlässiger ist als der Freisinn, sondern auch hinsichtlich des patriotischen Verständnisses für die an allerhöchster Stelle gehegten Flottenpläne hinter den freisinnigen Blockpolitikern nicht zurücksteht. Die schöne Rede, die Herr Peter Spahn kürzlich in Rheinbach gehalten hat, bildet nur einen Teil dieser Taktik. Sie sollte einerseits die Behauptung der offiziellen Blätter widerlegen, das Zentrum sei antinational und verweigere Deutschland die nötigen Mittel zur Durchführung seiner weltpolitischen Mission, und andererseits in den höflich maßgebenden Kreisen die Meinung wecken, als sei die Zeit für die Durchführung der 1900 und 1906 zurückgestellten kaiserlichen Flottenbaupläne gekommen, damit diese Kreise den Reichszentraler und Tirpitz zu Mehrforderungen zwingen, die mit ihren eigenen Versprechungen und früheren Behauptungen im Widerspruch stehen.

In diesem Intrigenpiel um die Gestaltung des Blocks kommt dem Zentrum die Forderung, es solle seine so oft beteuerte Vorliebe für das Reichstagswahlrecht dadurch betätigen, daß es energisch für die Uebertragung dieses Wahlrechts auf Preußen eintrete, höchst ungelegen, denn wenn es selbst für die Wahlrechtsbewegung mobil macht, kann es nicht die Aufzucht der Naumann, Träger usw. den Konservativen als Sturmhaufen gegen die Machtstellung und politischen Traditionen des Konservatismus in Preußen demütigen und sich als den rücksichtslosen Blockgefährten hinstellen, mit dem sich besser arbeiten läßt. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß von unserem „Das Zentrum und das Landtagswahlrecht“ überschriebenen Leitartikel in der Nr. 202 des „Vorwärts“ (vom 30. August) nur ein Teil der Zentrumspreffe Notiz genommen hat und ebenso selbstverständlich, daß soweit eine solche Notiznahme erfolgte, die betreffenden Merkmalen nicht zur Widerlegung unserer Kritik der von den Zentrumsgrößen besetzten Wahlrechtspolitik schritten, sondern, wie z. B. die diplomatische „Köln. Volkszeitung“ versuchten, die preussische Wahlrechtsfrage auf ein Nebengleise zu schieben, oder, wie die „Märkische Volkszeitung“, sich darauf beschränkten, den Sinn unserer Ausführungen zu fälschen, die Aeußerungen der Reichensperger, Windthorst, Wallmrodt, Porsch zu verleugnen oder als rhetorische Entgleisungen „unbedachter Augenblicke“ hinzustellen und ohne irgendwelche Beweise mit der nichtsagenden Behauptung zu schließen, das Zentrum sei bis her stets für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingetreten und werde es sicherlich auch in Preußen einführen — wenn erst die richtige Stunde gekommen sei.

In der letzten Dienstanummer des „Vorwärts“ haben wir diese Verlogenheits-Nodomotaden der „Märk. Volksztg.“ genauer charakterisiert und das Blatt aufgefordert, doch dokumentarisch zu beweisen, wo und wann in den letzten Jahrzehnten das Zentrum seine politische Macht auch nur ein einziges Mal dafür eingesetzt habe, um das Reichstagswahlrecht für Preußen erringen zu helfen. Darauf antwortete in ihrer gestrigen Nummer wiederum die „Märk. Volksztg.“ mit einem längeren Artikel, aber nicht um endlich die dokumentarischen Beweise für seine Behauptungen zu liefern, sondern, um in dem bekannten Stil der Dasbach-Preffe zu schimpfen und die Stellung des Zentrums als Regierungspartei zu leugnen. Seine ganzen dokumentarischen Nachweise beschränken sich auf folgende Sätze:

„Unwahr ist es aber, daß das Zentrum nicht immer, nicht auch nach der Zeit des Kulturkampfes, entschieden für das allgemeine Wahlrecht eingetreten wäre. In den Jahren 1883 und 1886 ist das Zentrum für Anträge zugunsten des Reichstagswahlrechts in Preußen eingetreten, und im Jahre 1893 ließ es durch den Abg. Dr. Karl Vachem seine Stellung dahin präzisieren: „Wir halten fest an dem prinzipiellen Boden, den wir schon von jeher eingenommen haben, wonach wir das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht, wie es für die Reichstagswahlen besteht, für das richtige auch bei den Landtagswahlen halten; wir müssen aber leider einsehen, daß zurzeit auf diesem Gebiete nichts zu erreichen ist.“ Am 23. März v. J. nahm Abg. Porsch im Abgeordnetenhaus Gelegenheit, die Wünsche seiner Fraktion dahin zum Ausdruck zu bringen: „Eine Reform des Wahlrechts, wie wir sie immer unter scharfer Kritik des Dreiklassenwahlrechts zu unserem Bedauern nicht. Wir verlangen diese Reform nach wie vor.“ Dazu kommen nun noch all die vielen gleichartigen Erklärungen, die von Zentrumsseite und im Fraktionsausstrage im Reichstage bei geeigneten Gelegenheiten abgegeben worden sind. Sie hier im einzelnen aufzuzählen, erübrigt sich. Die hier mitgeteilten offiziellen Kundgebungen der Fraktion des Abgeordnetenhauses genügen durchaus für jeden, der ein ehrliches Urteil wagen darf.

Wir haben nie in Abrede gestellt, daß sich bei verschiedenen Gelegenheiten, wenn es die Zentrumsparterie zu nichts verpflichtete, einzelne ihrer Führer sich mehr oder weniger deutlich für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ausgesprochen haben. Was wir aber bestritten haben, ist, daß seit 1873 die Zentrumsparterie aus diesen patriotischen Erklärungen die Konsequenz gezogen und auch nur ein einziges Mal energisch ihre Kräfte für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eingesetzt hat. Und auch die „Märk. Volksztg.“ vermag, wie ihr Artikel zeigt, keinen einzigen Fall eines solchen tatkräftigen Eintretens der Zentrumsparterie für ein allgemeines, gleiches preussisches Landtagswahlrecht zu nennen. Aber noch mehr: die Zentrumsparterie hat sich nicht nur stets passiv verhalten, sondern es haben sich, und zwar noch in den letzten Jahren, auch verschiedene ihrer anerkannten Führer im Reichs- und Landtage direkt gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausgesprochen, wie wir aus den stenographischen Berichten zu beweisen vermögen. So sagte z. B. am 30. April 1900 der Abgeordnete Dr. Vachem, Mitbesther der „Köln. Volksztg.“, bei der Beratung der Gemeindewahlreform im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Ursprünglich hatte zweifellos das Dreiklassenwahlrecht den gefunden sozialen Gedanken, daß in der ersten Klasse der reiche Besitz, der Großbesitz, maßgebend sein sollte, in der zweiten Klasse der Mittelstand, dessen Existenz auf Besitz in Verbindung mit Arbeit basiert, und in der dritten Klasse die breite Volksmasse die Entscheidung haben sollte, die wesentlich von dem Ertrage ihrer Arbeit lebt. Dieser ursprünglich soziale Gedanke war schon in den Zuständen von 1891 nicht mehr vorhanden. Der Mittelstand... war durch das Ueberwuchern des reinen Besitzes, des Großkapitals, hinabgedrängt in die dritte Klasse, wo er... völlig einflußlos geworden war... Der Ausgangspunkt war also für uns, dem Mittelstande bei dieser Reform eine bessere Stellung zu geben.“

Ferner sagte derselbe Abgeordnete am 29. Januar 1904 bei der Beratung des preussischen Staatshaushaltsetats für das Jahr 1904:

„Meine Herren, bei den Landtagswahlen hat sich gezeigt, daß nun doch bei dem Dreiklassenwahlrecht, das wir haben, in derjenigen Ausgestaltung im Anschluß an die Entwicklung unserer Verhältnisse, die es genommen hat, die Schwierigkeiten, die Mißstände sich noch mehr gezeigt haben wie früher. Meine politischen Freunde haben ja das preussische Dreiklassenwahlrecht in derjenigen Ausgestaltung, wie wir es vor uns haben, stets bekämpft. Es ist auch so, wie es ist, zweifellos unhaltbar und revisionsbedürftig. Daher sind meine politischen Freunde nach wie vor bereit, allen vernünftigen Vorschlägen zuzustimmen, und sie werden sich an dem Zustandekommen einer Wahlreform, die wohl bald in Gang kommen wird, gern beteiligen... Es kam ja, wie die Dinge liegen, niemand daran denken, daß ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des preussischen Wahlrechts gesetzt werde, einerseits, weil keine Aussicht ist, daß dieses hohe Haus nach Lage der Mehrheitsverhältnisse das annehmen würde, und auch die preussische Staatsregierung dem niemals zustimmen würde, andererseits aber, weil doch das bestehende Reichstagswahlrecht auch als das reine Ideal nicht anerkannt werden kann, und es doch, wie es sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann. Mißbräuchen einen gewissen Raum gibt, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgedehnt werden.“

Am 7. Februar 1906 kam im Reichstag ein vom Genossen Albrecht gestellter Antrag zur Verhandlung, in welchem gefordert wurde, dem Artikel 3 der Reichsverfassung den Zusatz hinzuzufügen, daß in jedem Bundesstaate eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen müsse. Die Zentrumsfraktion verbandelte sich hinter allerlei lächerlichen Kompetenzbedingungen und Ausflüchten und beschränkte ihre ganze Wahlrechtsaktion auf die Abgabe folgender Erklärung durch den Grafen v. Gomperz:

„Meine politischen Freunde halten in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen an der Auffassung fest, daß die Gestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten zur Zuständigkeit dieser letzteren gehört und der des Reichs, abgesehen von Elsaß-Lothringen, entzogen ist. Andererseits bringt die Entwicklung der politischen Verhältnisse immer deutlicher die Tatsache zum Bewußtsein, daß das Wohl und Wehe des Deutschen Reichs auf die Dauer von einer harmonischen Entfaltung des Verfassungslebens in den Einzelstaaten nicht getrennt werden kann.“

In einem Staatswesen, in welchem die Grundsätze der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Steuerpflicht zur Durchführung gelangt sind, erscheint es als ein Widerspruch, wenn einzelne Teile der Bevölkerung von einer wirksamen verfassungsmäßigen Vertretung ihrer Rechte und Interessen ausgeschlossen sind. Was das Reich seinen Bürgern durch Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts gewährt hat, wird auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müssen. Eine Frage von so großer Bedeutung und Tragweite kann aber, wie die Erfahrung aller Zeiten lehrt, eine befriedigende Lösung nur finden, wenn sie in Zeiten der Ruhe und des Friedens in Angriff genommen wird.“

Auch als am 23. März 1906 im preussischen Abgeordnetenhaus die Gesetzentwürfe betreffend die Vermehrung

der Zahl der Landtags-Abgeordneten und die Aenderung der Landtags-Wahlbezirke zur Beratung standen, verhielt sich die Zentrumsfraktion völlig passiv und begnügte sich in seiner Bescheidenheit mit nachstehender Erklärung:

„Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sollen die schreiensten Mißstände unseres geltenden Wahlrechts beseitigen und enthalten insoweit Verbesserungen. Deshalb können wir ihnen in der Hauptsache zustimmen, vorbehaltlich der Prüfung im einzelnen, welche zweckmäßigerweise in einer Kommission erfolgen wird.“

Eine Reform des Wahlrechts, wie wir sie immer unter scharfer Kritik des Dreiklassenwahlrechts gefordert haben, bringen die vorliegenden Gesetzentwürfe zu unserem lebhaften Bedauern nicht. Wir verlangen diese Reformen nach wie vor. Es ist nicht die Sache des Abgeordnetenhauses, einen bezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Wir müssen dafür der Regierung die Initiative überlassen. In welcher Richtung sich hier unsere Wünsche bewegen, hat namens unserer Freunde im Reichstage am 7. v. M. Herr Abgeordneter Graf Gomperz dahin ausgesprochen, daß, was das Reich auf dem Gebiete des Wahlrechts durch seine Verfassung seinen Bürgern gewährt hat, auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müsse.“

Das war alles. Derart ist das entschiedene, ehrliche und treue Eintreten des Zentrums für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, von dem die „Märk. Volkszeitung“ spricht.

Und wie mit dem preussischen Wahlrecht steht es mit dem der süddeutschen Staaten. Es ist eine Unwahrheit wider besseres Wissen, wenn das frommattholische Blatt behauptet, wo in Süddeutschland das allgemeine gleiche Wahlrecht bestände, sei dies allein dem Zentrum zu danken. Bei der württembergischen Verfassungsrevision hat sich z. B. das Zentrum wiederholt gegen das allgemeine gleiche und für ein bürgerständisches Wahlrecht ausgesprochen. So erklärte z. B. der Abg. Gröber am 30. Juni 1905:

„Biel besser als die Erste Kammer eignet sich die Zweite Kammer für eine bürgerständische Vertretung, um die Mängel des allgemeinen Wahlrechts auszugleichen.“

Für die „Märk. Volksztg.“ existieren jedoch alle solche Tatsachen nicht. Im Vertrauen auf die Einfalt seiner Leser leistet sie sich folgenden Ausfall gegen den „Vorwärts“:

„Oder bildet sich die Intelligenz des „Vorwärts“ etwa ein, das allgemeine Wahlrecht hätte in Süddeutschland so gewaltige Fortschritte machen können, wenn das Zentrum nicht geschlossen, Mann für Mann, die Interessen des Volkes vertreten hätte? Oder bildet man dort sich ein, die Sozialdemokratie hätte es dort gemacht? Es genügt ein wirklich bedauerndes, sehr bescheidenes Studium, wie es die gnädige Kontrollkommission für einen derartigen Zweck als Nebenarbeit eigentlich schon gestatten könnte, dazu, um diese Erkenntnis auch in der Redaktion des „Vorwärts“ in elektrischer Beleuchtung erstohlen zu lassen.“

Nach seinen Leistungen und seiner eigenartigen Kenntnis der Zentrumsgeschichte ist demnach der „Märk. Volksztg.“ das Studium der Zentrumspolitik entschieden weit nötiger, als dem „Vorwärts“. Leider vermögen wir jedoch in die Redaktion des christlichen Blattes nicht das Vertrauen zu setzen, das sie in uns setzt, indem sie annimmt, daß wir durch solches Studium zur Erkenntnis in „elektrischer Beleuchtung“ kommen würden. Wir vermögen uns in Anbetracht der Geistesqualität der Redaktion des ultramontanen Blattes einen solchen Erfolg nicht versprechen; denn für sie gilt die bekannte Fensur: „Religion gut, Verstand schwach.“

Die katholische Geistlichkeit über die Zentrumspartade.

Von einem katholischen Geistlichen geht uns folgende Zuschrift zu:

„Damit man nicht etwa glaube, daß alles auf katholischer Seite mit dem Humberg der deutschen Katholikerversammlungen einverstanden ist, einige Worte zur Information: Keinem Einsichtigen wird es entgehen, daß hinter dem Mitter und Wendwerke der großartigen Katholikentage Deutschlands sich geistige Oede, Hohlheit und Leere verbirgt. Wer einmal dabei gewesen ist und noch etwas guten Geschmacks besitzt, hat genug davon und wohl kein Verlangen, wieder hinzugehen, zumal da sich die jährlichen Versammlungen gleichen wie ein Ei dem anderen. Diefelbe Phrasendrescherei auf der einen, der rauschende Beifall auf der anderen Seite.“

Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich ist, daß bei den alltäglichsten Worten und einfachsten Sätzen, die absolut nichts Geistreiches oder Begeisterndes enthalten, frenetische Klatsch und Beifallsstößen ertönen. Man lese nur die eine oder die andere Rede nach, bei Worten wie Kirche oder gar heilige römisch-katholische Kirche, Einigkeit, Harmonie, Windthorst, Papst und ähnlichem bezeichnet der stenographische Bericht „lebhafter Beifall“, „erneuter lebhafter Beifall“, „stürmischer Beifall“, „Händeklatschen“ usw. Ja, aus Versehen applaudierten einige Uebereifrige bei der Nennung Schells, die jedenfalls dachten, es wird wohl auch so ein Papst oder Bischof sein.

Wie man übrigens bei meinen Konfratres diese Tagungen einschätzt, geht aus der Gepflogenheit hervor, in intemem Kreise nur von der Katholikenausstellung zu sprechen. Von po-

sittlicher Arbeit und kultureller Förderung des Volkes ist bei diesen Kongressen natürlich keine Rede. Man denke, was da geboten wird! Jeden Tag eine geschlossene und eine öffentliche Generalversammlung mit so und so vielen langen Reden, Ansprachen, Vorträgen über Anträge usw. usw. — Das kann kein normaler Mensch verdauen. Und nun die Zuhörer beiderlei Geschlechts!

Es sind zwar verschiedene Gärten da, aber es ist nur eine Gärde, die sich besonders auf das intensive Brüllen recht gut versteht. Die Redner brauchen auf die Lorbeeren, die sie sich dort in Würzburg erworben haben, wahrhaftig nicht stolz sein. Ein Autokrat, der mit freischender Stimme die Worte: Kirche, Papst, Katholizismus, konfessionelle Volksschule und ähnliche ins Volk hineinschreien würde, hätte den gleichen glänzenden Erfolg.

Was auch den Geistlichen betrüben muß, ist der furchtbare intellektuelle Tiefstand des katholischen Volkes. Von Kritik keine Spur! Alles heult, alles brüllt mit, wie oben der Ton angestimmt wird. Biehe man einmal den internationalen sozialistischen Kongress in Karlsruhe! Dort in Stuttgart ein Auswirken geistiger Kräfte, ein Ringen, ein Kampf von Ueberzeugung gegen Ueberzeugung, und hier in Würzburg — stumpfsinniges Bradobrüllen, und alle einer Ansicht, weil eben keiner eine hat.

Doch, was nützen alle Jeremiaden? Es ist keine Aussicht auf Besserung. Diese Art Katholiken wird immer andere für sich denken und den lautesten Schreibern applaudieren."

Die Lichtscheu der Volksverräter.

Um sich bei ihren Vereinbarungen über den völkerräterischen Kuhhandel in Sachen des preussischen Wahlrechts der Kontrolle zu entziehen, wird der Parteitag der freisinnigen Volkspartei hinter verschlossenen Türen verhandelt!

Dafür sollen dann die freisinnigen Wähler durch allerlei Festamta enttäuscht werden.

Die Festlegung der politischen Taktik erfolgt im Konklave, affaktur wie bei einer Pappwahl!

Und das, obgleich diesmal die denkbar wichtigsten Entscheidungen fallen müssen, obgleich es sich um das Wahlrecht für Preußen handelt! Das nennt sich dann freisinnige „Volkspartei“!

Das liberale „Stimmvieh“ wird dafür mit einer langen Reihe von Festveranstaltungen abgefüttert. Das Programm dazu lautet:

1. Donnerstag, den 12. September, abends 9 Uhr: Begrüßung der Delegierten im großen Konzertsaal der Philharmonie, Bernburgerstr. 22/23.

2. Freitag, den 13. September, abends 8 Uhr: Festkommers im großen Konzertsaal der Philharmonie. Zu diesen beiden Veranstaltungen sind Einladungen in beschränkter Anzahl für die Vereinsmitglieder zu haben. (Selbst hieran dürfen also nur die Bevorzugten teilnehmen!)

3. Sonntag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr: Festmahl im Hauptrestaurant der großen Berliner Kunstausstellung, Eingang Straße Alt-Modan, gegenüber der Lüneburgerstraße. Der Preis für das Kubert ohne Wein beträgt 6 M. pro Person.

4. Montag, den 16. September, vormittags: Gemeinsamer Ausflug mit Damen nach Potsdam. Nähere Angaben werden noch veröffentlicht.

Für den gemeinsamen Theaterbesuch der Delegierten stellen wir für Sonnabend, den 14. September, Billets zu ermäßigten Preisen für folgende Theater zur Verfügung: Thalia-Theater, Parkett-Bouteuil 2 M. (Sechs-Uhr-Dinnet). Lustspielhaus, Parkett-Bouteuil 2 M. (Sofarensieder). Komische Oper, Parkett-Bouteuil und erster Rang 3 M. (Hoffmanns Erzählungen). Billets sind zu haben im Bureau des Lokalkomitees, Zimmerstr. 8.

All diese erlesenen Genüsse sind nur für Leute mit geistigem Portemonnaie. Das minderbegüterte freisinnige Publikum darf vor dem Portal die Finger danach lecken.

Aber ein Genuß ist doch auch den Allzuvielen vorbehalten.

Es heißt in dem Prospekt nämlich:

3. Sonntag, den 15. September, mittags 12 Uhr: Große freisinnige Volksversammlung im Zirkus Busch.

Die Eröffnung erfolgt Punkt 12 Uhr. Es ist dringend erforderlich, daß die Teilnehmer bereits um 11¹/₂ Uhr zur Stelle sind.

Ob in dieser freisinnigen Volksversammlung wenigstens den eigenen Parteimitgliedern freie Diskussion zugestanden wird? Ob dort also Herr Traeger seine Ansichten vertreten darf? Und ob die Hirsch-Duncker'schen Arbeiter dort mit den „alten Weibern“ und „satten Gesellen“ ein kräftiges Bärlein sprechen werden?

Es scheint freilich, als ob man auch diese „Volksversammlung“ im Stile der Zentrumsparaden gestalten wolle. Heißt es doch in dem offiziellen Zirkular:

„Diese Versammlung soll eine machtvolle Kundgebung des freisinnigen Bürgerturns werden. Die Führer der freisinnigen Volkspartei im Reichstage, im preussischen Abgeordnetenhaus und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Reserate übernommen. Wir richten daher an unsere verehrten Mitglieder und Freunde das dringende Ersuchen, an dieser Versammlung unbedingt nicht nur selbst teilzunehmen, sondern auch Parteigenossen mitzubringen. Es ist eine Ehrenpflicht der Parteifreunde aus Groß-Berlin, dafür zu sorgen, daß diese Kundgebung, der die parlamentarischen Vertreter der Partei und sämtliche Delegierte des Parteitages beimohnen werden, kräftiges Zeugnis ablegt von der Verbreitung freisinniger Ideen in der Reichshauptstadt.“

An Referenten ist also wirklich kein Mangel. Wie in einem Varietés werden der Versammlung die renommiertesten Spezialitäten in bunter Reihe vorgeführt werden!

Aber ob die Wähler selbst zum Worte kommen werden? Wir werden es ja erleben! —

Marokko.

Eine verfehlte Aktion.

In der gestrigen Nummer haben wir schon von dem Vorstoß des Genossen Jaurès Notiz genommen, den er in der „Humanité“ gegen die Politik des Ministeriums Clemenceau in der Marokkoaffäre unternommen hat. Die heute eingetragene Nummer der „Humanité“ trägt an der Spitze in großen, fetten Lettern die Aufforderung: *Convoquez les Chambres!* (Ruft die Kammern ein!)

Im Leitartikel führt Jaurès in wesentlichen aus: „Von Tag zu Tag schäntere Nachrichten aus Marokko!... Das ist der Krieg, in den die Regierung sich eingelassen hat, während die Kammern sich in den Ferien befinden, die den fol-

nialen Westpolitikern und dem Abenteuer-Ministerium so recht gelegen kommen.

Aber ist Frankreich denn verpflichtet, die militärische Last der Sicherheit Marokkos auf sich zu nehmen? Die Alte von Algieras gibt Frankreich nicht das Recht und legt ihm nicht die Verpflichtung dazu auf. Die speziellen Polizeibefugnisse, welche die Alte für gewisse Häfen der marokkanischen Küste an Frankreich und Spanien übertragen hat, beziehen sich auf ganz etwas anderes; sie haben nichts zu tun mit dem großen militärischen Unternehmen, das hier beginnt.

„Wie haben wir uns fangen lassen in der Rolle unseres indischen Erzeugnisses! Wenn wir, statt unser Sonderinteresse zu betonen und unser Sonderrecht geltend zu machen, ganz einfach eine internationale Regelung der marokkanischen Frage akzeptierten, dann hätten jetzt alle Signatarmächte des Algeriasvertrages die gleichen Pflichten und die gleiche Verantwortung wie wir. Weil wir töricht genug waren, uns ein Vorrecht sichern zu wollen, müssen wir jetzt allein die Frucht einer schweren, langen und teuren Unternehmung ausfallen und den Vorteil werden die anderen Unterzeichner des Vertrages haben. Uns lassen sie das Wagnis und die Bürde. Für Deutschland arbeiten wir, für Deutschland geben wir Blut und Gold Frankreichs hin. Wenn wir Erfolge haben, hindert uns der Vertrag, sie auszunutzen. Wir können weder durch unser Protektorat die Autorität des Sultans verlegen, noch dürfen wir in gewährleistete wirtschaftliche Rechte anderer Nationen eingreifen. Durch unsere absurde Ausdeutung des Vertrages wird aller Nutzen der Expedition international sein, alle Last national, nämlich französisch. Wie jubelte Herr Tardieu, als Frankreich in Algieras den Triumph davongetragen, daß die Polizeigewalt in Casablanca nicht dem Schweizer Offizier anvertraut werden dürfe, der wirklich das Prinzip der Internationalität vertrat. Das war ein Sieg über den Kaiser selbst! Aber wenn wir diesen Jammer-sieg nicht erlangt hätten, dann müßte jetzt Europa die Schwierigkeiten vor Casablanca beiseitigen und nicht Frankreich. Jetzt heißt nur noch eins: Alle Signatarmächte aufzufordern, durch eine gemeinsame Aktion und unter gemeinsamer Verantwortung Leben und Besitz ihrer Landesangehörigen zu sichern. Wird unsere Regierung dazu den Mut haben? Viel Zeit zum Besinnen bleibt nicht mehr übrig.“

Nur noch wenige Tage, und Frankreich ist ganz allein in ein nach jeder Richtung hin höchst lästiges Unternehmen verwickelt, das für Frankreich noch einer langen Reihe wenig rühmlicher Geschehnisse nur mit Enttäuschung enden kann.

Herr Thalamas, der in einem Artikel in der „Action“ zu einer Erweiterung unserer marokkanischen Unternehmungen treiben zu wollen scheint, behauptet, daß wir die Schwierigkeiten der Expedition gar zu sehr übertreiben. Wir sind nicht so naiv, wie er meint. Wir wissen sehr wohl, daß die Küstung Frankreichs vor der marokkanischen Küste überlegen ist und daß Algier für das französische Meer einen soliden Stützpunkt abgeben würde. Aber Herr Thalamas macht sich mit den vielgestaltigen Schwierigkeiten und Gefahren des Unternehmens recht leicht; und wenn er — am Ende seines Artikels — munter als Folge der Expedition das Protektorat Frankreichs über Marokko voraussetzt, so zerreißt er einfach die Alte von Algieras mit einer geradezu unfahbaren Ruhe. Also, am Ende des marokkanischen Abenteuers lauert von neuem der französisch-deutsche Konflikt. Hat die Regierung allein, ohne das Parlament, das Recht, Frankreich auf einen so furchtbaren Weg zu führen?

So sehr wir es begrüßen, daß Genosse Jaurès die Einberufung der Kammern fordert, damit das Parlament, bezw. die sozialistische Fraktion dem Ministerium auf die Finger sehen und ihm Direktiven geben kann, so wenig sind wir mit dem Mittel einverstanden, das er schließlich empfiehlt, noch mit der Begründung, die er dieser Empfehlung vorausschickt. Sie entwickelt Gesichtspunkte, aus denen heraus auch ein radikaler bürgerlicher Politiker zur Ablehnung des Marokkofeldzuges kommen kann — die Größe der Kosten an Geld und Blut, die zu den möglichen Vorteilen nicht im Verhältnis stehen. „Wenn wir Erfolge haben, hindert uns der Vertrag, sie auszunutzen“, sagt Jaurès. Wir vermischen die prinzipielle Ablehnung der kolonialen Raubpolitik, die Darlegung, daß niemals die französische Nation, am allerwenigsten das Proletariat, sondern höchstens die französische Kapitalistenklasse Erfolge von solcher Politik erwarten darf. Vor allen Dingen müssen wir uns aber entschieden gegen die von Jaurès geforderte gemeinsame Aktion aller Signatarmächte wenden. Wir können keinerlei Besserung der Lage darin erblicken, wenn statt Frankreich und Spanien auch noch Deutschland und England und die anderen Mächte in Marokko einfallen. Denn daß bei den heutigen Zuständen in Marokko eine diplomatische Aktion ohne Erfolg bleibt, ist höchstwahrscheinlich, die internationale Aktion würde ganz von selbst in eine kriegerische ausmünden. Wir haben aber an einem Zusammenzug gerade genug, ganz abgesehen davon, daß unseres Erachtens das sozialistische Prinzip der Zustimmung zu solchen Aktionen durchaus im Wege steht. Das einzige, was Jaurès zu tun übrig bliebe, wäre unserer Meinung nach die Forderung an die französische Regierung, das Marokkoabenteuer zu beenden, wie die deutsche Sozialdemokratie von ihrer Regierung zu fordern hat, daß sie sich um keinen Preis in das Marokkoabenteuer verwickeln lasse. Vorschläge, die einen Teil der Verantwortung für die Vorgänge in Marokko den Sozialisten aufladen, können wir nicht billigen.

Das zweite Bombardement!

Nun ist auch die Hafenstadt Mazagan bombardiert worden! Die Logik der Ereignisse treibt die Franzosen immer tiefer in den Krieg hinein. Offenbar, um die Auslieferung der in Mazagan lagernden Waffen und Munition an Mulay Hafid zu verhindern, haben die Franzosen Truppen gelandet und dann haben sich die Ereignisse wahrscheinlich in derselben Weise wie in Casablanca entwickelt — die Truppen wurden angegriffen — oder haben selbst das Feuer auf die Marokkaner eröffnet und das war das Signal für die Kriegsschiffe, das Bombardement zu beginnen. Genauere Nachrichten fehlen noch, es liegt noch nicht einmal eine amtliche Meldung über den Vorfall vor, der natürlich die Aufregung und den Franzosenhaß der Marokkaner erheblich steigern wird.

Die bisher vorliegenden Meldungen lauten:

London, 6. September. (W. T. O.) Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Casablanca vom 4. d. Mts. ist Mazagan von einer französischen Landungsabteilung besetzt worden. Zur Befestigung der Garnison sind Truppen von Casablanca nach Mazagan abgegangen.

Paris, 6. September. Einer Meldung der „Petite République“ aus Casablanca zufolge haben die Franzosen Mazagan bombardiert.

Neue Verstärkungen.

Casablanca, 6. September. Das Transportschiff „Chamrod“ ist heute vormittag mit einem Bataillon der Fremdenlegion und Material für die Genietruppe hier eingetroffen. Es war heute der Befehl erteilt worden, drei Kompagnien der Fremdenlegion zur Einschiffung nach Mazagan auf der „Gloire“ bereit zu halten. Nach einiger Zeit kam ein Gegenbefehl, die Abfahrt aufzuschieben.

Casablanca, 6. September. Der Kreuzer „Gloire“ ist mit drei Kompagnien Fremdenlegionären nach einem unbekanntem Ziele abgedampft.

Paris, 6. September. In der Kolonialdivision in Toulon wird eine Liste der Abteilungen entworfen, die den Infanterie-Regimentern der Kolonialarmee Nr. 4, 8, 22 und 24 entnommen werden könnten, um nach Marokko entsandt zu werden.

Sonstige Meldungen.

Paris, 6. September. Dem „Petit Parisien“ zufolge soll in einigen marokkanischen Orten unweit von Udscha und der Grenze von Oran sich eine franzosenfeindliche Bewegung bei den Beni Senassen bemerkbar machen, so daß die Entsendung von Söldnerabteilungen nach dem Markt Cherra, 40 Kilometer nördlich von Udscha gelegen, ernstlich erwogen werde.

Tanger, 6. September. Aus Fez wird gemeldet, daß der Sultan Abdul Aziz am Abend des 2. September die Gräber der großen Stadtheiligen und die Moschee Mulay Ibrahim besucht hat; dies sei ein sicheres Zeichen dafür, daß der Sultan nach Rabat abreisen werde. Die Abreise soll auf den 7. September festgesetzt sein.

Die Abreise wird wahrscheinlich das Signal für die Mobilisierung Mulay Hafids in Fez sein. Abdul Aziz scheint sich in Sicherheit zu bringen.

Casablanca, 6. September. Die Auswanderung von Juden und Spaniern dauert fort. Sie reisen zu Hunderten nach Spanien und Frankreich, da sie der festen Ueberzeugung sind, daß für längere Zeit der Handel vollständig unterbrochen bleiben wird.

Die Entschädigung der Deutschen.

Drei Abgesandte der Deutschen von Casablanca, deren Eigentum durch das Bombardement und die Plünderung zerstört worden ist, sind am Donnerstag in Berlin eingetroffen und haben dem Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn v. Tschirschky, eine Denkschrift überreicht, in der sie ihre Schäden aufzählen und fordern, daß ihnen die deutsche Regierung Entschädigung verschaffe.

Es fragt sich nun, wer soll die Entschädigung zahlen? Frankreich oder Marokko? Marokko ist so gut wie zahlungsunfähig, Frankreich aber hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Marokko allein den Schaden verschuldet und daher von Frankreich keine Entschädigung verlangt werden könne. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt nun heute den Franzosen anraten zu können, im eigenen Interesse zu zahlen, weil sie doch die „gute Stimmung Europas“ brauchen. Dabei kommt das Wort zu folgenden verhänglichen Ausführungen:

„... Und hat Frankreich nicht selber ein Interesse daran, die deutschen Kaufleute von Casablanca für ihre Verluste zu entschädigen, anstatt diese ehrenvolle Aufgabe den zahlungsunfähigen Marokkanern zu überlassen? Wenn Marokko uns etwas schuldet, gewinnen wir einen Anspruch, erhalten wir auch das Recht, die Schuld in Marokko einzutreiben, irgendeinen Gebietszins zu pfänden. Nach den Bestimmungen der Haager Friedenskonferenz würden wir an das Schiedsgericht zu appellieren haben. Aber da Marokko auch dann nicht zahlen würde, ständen alle Wege uns offen.“

Solche Ausführungen sind Wasser auf die Mühle der deutschen Kriegstreiber vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Das deutsche Volk hat allen Anlaß, dagegen zu protestieren, daß etwa die Entschädigungsansprüche deutscher Kapitalisten zum Vorwande einer Beteiligung Deutschlands am Marokkofeldzug genommen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. September 1907.

Freisinnige „Hampelmänner“.

Der Pastor Richard Schmidt in Rastow, dem das „Berliner Tageblatt“ nachrühmt, daß er sich „schon durch eine Reihe von Schriften wie durch persönliches Auftreten als ein Vorkämpfer des liberalen Gedankens erwiesen“ habe, veröffentlicht eine Flugchrift „Liberale Pflicht“, in der er zu einer Ablehnung der konservativ-liberalen „Paarung“ gelangt und die führenden Kreise des Freisinnigen namentlich in den Fraktionen folgendermaßen apostrophiert:

„Meine geehrten Herren! Sie sind nicht dazu in den Reichstag gewählt worden, damit Sie dem Reichskanzler, der schon an und für sich mit Salfonscherzen die schwierigsten Fragen erledigt, das Leben leicht machen. Sie sind nicht dazu da, daß Sie einer konservativen Regierung von einer Session in die andere leicht hinüberhelfen. Wir Liberalen im Lande haben das Vertrauen zu Ihnen, daß sich die Freude an dem hampelmannähnlichen Witz, genannt konservativ-liberale Paarung, bei Ihnen nicht allzusehr festsetzt, so daß Sie sich an das Bild gewöhnen. Wir haben die Zurechtweisung, daß Sie nun endlich einmal der Regierung un-bequem werden und auch solche Forderungen stellen, deren Erfüllen nur gegen die Stimmen der Konservativen erfolgen kann. Die ganze Paarung ist Unsinn, wenigstens, wie dem Zitatensammler den Ruhm nicht neiden wollen, durch seinen Plutternwitz ein Kunststück vollbracht zu haben, indem er zwei Gegenätze zu einer, wenn auch lächerlichen Einheit gliederte.“

Wir fürchten, die blockbegeisterten freisinnigen „Hampelmänner“ werden diesen ehrlichen Liberalen entgegen ebenso abkanzeln, wie Herrn Raumann — oder sie werden ihn einfach totschweigen. Richard Schmidt muß schon mit den Reden von Jericho Fanaren blasen, um den entarteten Freisinn an seine „liberale Pflicht“ zu mahnen. Statt an die Führer, sollte er sich einmal energisch an die freisinnigen Arbeiter wenden! —

Der gedächtnischwache Herr Arendt.

Man schreibt uns: In Ihrem Leitartikel vom 4. d. M. wiesen Sie darauf hin, auf wie schwachen Füßen die Rechtfertigung des Abgeordneten Arendt steht, indem derselbe in seiner Broschüre „Ein Meinid?“ hauptsächlich durch Bekanntgabe einzelner Briefe aus seiner Korrespondenz mit dem Kolonialdirektor Dr. Kayser den Beweis dafür erbracht zu haben glaubt, daß nicht seine eidlische Aussage im Münchener Petersprozeß, sondern die der Frau Kayser unrichtig ist. Vielleicht weisen Sie zur Beleuchtung der mangelhaften Beweisführung des Abgeordneten Arendt auch noch auf folgendes hin:

Die Herr Arendt in seiner Broschüre richtig angibt, hielt Dr. Kayser am 10. Oktober 1896 im Kolonialrat eine Rede, in welcher er seine Verhandlungen mit dem Abg. Arendt in Sachen Peters bekannt gab und die von Herrn Arendt in dieser Angelegenheit ausgegangenen Veröffentlichungen für unrichtig erklärte.

Die Folge dieser von Herrn Arendt begreiflicherweise unangenehm empfundenen Kayser'schen Rede war, wie Herr Arendt selbst in seiner Broschüre erklärt, seine Erwiderung im „Deutschen Wochenblatt“ vom 22. Oktober 1896. Herr Arendt sagt in dieser Erwiderung u. a.:

Da die Verhandlungen zwischen uns und unter vier Augen geführt wurden, so glaubte Dr. Kayser augenscheinlich, daß ich seine Be-

haupthaltungen nicht wiederlegen könnte. Er vergaß eins: Scripta manent (Geschriebenes bleibt). Herr Dr. Kayser hat mir Briefe geschrieben, welche seine Darstellung unserer Verhandlungen völlig Lügen strafen.

Der Abg. Arendt wußte hiernach also den Angriff des Kolonialdirektors Kayser vom 19. Oktober 1906 sofort, nämlich durch eine Veröffentlichung drei Tage nach der Kayser'schen Rede zu parieren, und zwar besonders dadurch, daß er Herrn Dr. Kayser an die von diesem ihm geschriebenen Briefe erinnerte!

Merkwürdigerweise sagt nun aber Herr Arendt auf S. 10 seiner Rechtfertigungsschrift:

„Als Dr. Kayser 1896 seine Rede im Kolonialrat hielt, in der er die ersten Verdächtigungen gegen mich aussprach, wußte ich nichts mehr von den anderthalb Jahre vorher erhaltenen Briefen.“

Wie Sie bereits hervorgehoben haben, muß die Logik des Herrn Arendt einigermassen wundernehmen, da er es als recht unwahrscheinlich ansieht, daß jemand, der höflich eingeladen ist, später infolge seines unpassenden Benehmens hinausgeworfen wird.

Sie haben Sie nun einen Beweis weiterer Merkwürdigkeit an der Person des Abg. Arendt, da er zwar sofort auf den Angriff des Dr. Kayser mit Hinweis auf den mit letzterem gepflogenen Briefwechsel antwortete, dann aber — nach einer anderen Angabe in seiner Broschüre — damals, als Dr. Kayser seine Rede im Kolonialrat hielt, von diesem sehr ausgedehnten Briefwechsel nichts mehr wußte!

Was mag sich der Abg. Arendt bei diesen Widersprüchen in seiner Rechtfertigungsschrift wohl gedacht haben? Und sollte sich Herr Arendt bei dem von ihm dokumentierten schwachen Gedächtnis trotz seiner positiven Erklärungen bei seiner eidlischen Vernehmung an Vorgänge erinnern, die länger als zehn Jahre zurückliegen, wenn er schon nach Verlauf von erst 1 1/2 Jahren des umfangreichen Schriftwechsels mit dem Kolonialdirektor Kayser sich nicht mehr zu erinnern wußte?! —

Liberaler Arbeitgeberpartei und sozialdemokratische Arbeiterpartei!

Die „Frankfurter Zeitung“ gehört notorisch zu den Blättern, die stets die „vernünftigen“, „realpolitischen“ Gewerkschaftler gegen die „fanatischen“, „orthodoxen“ Politiker innerhalb der Sozialdemokratie auszuspielen suchte. Der Sieg der Gewerkschaftler werde, so versicherte das Frankfurter „Demokraten“-Blatt immer wieder, zur Gründung der Sozialdemokratie, zu ihrer Entwidlung und zu einer demokratischen Arbeiterpartei führen.

So ging das Jahre hindurch. Aber die brave Frankfurterin kann auch anders. Heute spielt sie die weit-sichtigeren Politiker gegen die engherzigeren Gewerkschaftler aus.

Wohl in einer Berliner Wahlvereinsversammlung ein Unternehmender, der sich einem scharfmacherischen Unternehmerverband angeschlossen hatte, aus der Partei ausgeschlossen werden soll, ist die „Frankf. Ztg.“ urplötzlich der Ansicht geworden, daß nicht die orthodoxen Politiker, sondern die realpolitischen Gewerkschaftler die schlimmste Gefahr für die sozialdemokratische Partei bedeuteten. Sie schreibt:

„Der Sozialdemokratie gehört eine ziemliche Anzahl kleiner Arbeitgeber an; ihnen wird der Ausschluß zu denken geben, und andere Arbeitgeber wird sie nicht mehr leicht an sich ziehen. Aber darin liegt ja gerade das charakteristische Merkmal der Sozialdemokratie, daß sie offenbar mehr und mehr eine bloße Arbeiterpartei wird. Sie könnte eine Volkspartei werden, so lange in ihr die politischen Elemente über die gewerkschaftlichen dominierten; sie würde es nicht, weil sie ihre allgemeine Politik nicht danach einrichtet. Seit es aber klar ist, und seit dem Wamheimer Parteitag ist es ganz klar, daß die Gewerkschaften in der Sozialdemokratie die Führung bekommen, kann sie gar nicht mehr anders als die Interessen der industriellen Arbeiterschaft mehr und mehr zu ihren alleinigen zu machen... Die Sozialdemokratie wird eine bloße Arbeiterpartei. Daraus ergibt sich, welche große Aufgabe der Liberalismus, den die Sozialdemokratie ablösen wollte, behalten hat.“

Es ist wirklich schwer, es den demokratischen Sozialphilosophen recht zu machen!

Der Liberalismus soll nun also alle Arbeitgeber gegen die „bloßen Arbeiterpartei“ gemordene, gewerkschaftlich beferrigte Arbeiterpartei sammeln! Wir wünschen dem Liberalismus viel Glück dazu. Um so leichter wird es der Sozialdemokratie sein, die Arbeiter ihren Reihen einzugliedern! —

Matrularbeiträge.

Die Tatsache, daß die Rechnung der Reichshauptkasse für das Etatsjahr 1906 mit einem Ueberschuß von 27,2 Millionen Mark abschließt, erleichtert auch den Einzelstaaten ihre Belastung durch die Matrularbeiträge, doch stellt sich immerhin die Gesamtlast, die den Einzelstaaten aus dem letzten Jahr verbleibt und die sie in das neue Etatsjahr mit herübernehmen, auf die respektable Summe von fast 53 Millionen Mark.

Nach der jedenfalls aus dem Reichshauptamt stammenden Darstellung der „Verl. Politischen Nachrichten“ betragen nach dem Etat für 1906 die ungedeckten Matrularbeiträge, d. h. diejenigen, die nicht durch Ueberweisungssteuern ausgeglichen waren, 81,8 Millionen Mark. Diese ungedeckten Matrularbeiträge zerfallen nach dem Reichsfinanzreformgesetz von 1906 in zwei Teile, in solche, die von den Einzelstaaten nach der Abrechnung bezahlt werden müssen, und in solche, deren Erhebung von den Einzelstaaten im Juli des darauffolgenden Rechnungsjahres statifindet. Die Summe der ersteren Kategorie der ungedeckten Matrularbeiträge berechnet sich nach der Kopfzahl der jedesmaligen Bevölkerung. Für jeden Kopf werden 40 Pf. erhoben. Für 1906 beträgt diese Summe rund 24,8 Millionen Mark. Dieser Betrag verminderte sich nun tatsächlich nicht, weil noch einmal die andere Kategorie der ungedeckten Matrularbeiträge durch den verhältnismäßig günstigen Abschluß der Reichskasse aus der Welt geschafft wird. Diese andere Kategorie, die gestundeten Matrularbeiträge, die nach Abzug der 24,8 Millionen von den 81,8 Millionen rund 57 Millionen ausmachen, haben zunächst eine Verminderung dadurch erfahren, daß die 1,9 Millionen Mark an Ueberschuß, die sich für 1906 bei den Ueberweisungssteuern über den Etatsanfang erhoben, auf Beschluß des Bundesrats von ihnen in Abzug gebracht wurden. Es waren danach an gestundeten Matrularbeiträgen noch 55,8 Millionen Mark übrig, d. h. die Summe, die, wie aus der Veröffentlichung des Finalabschlusses der Reichshauptkasse ersichtlich ist, zunächst noch als Einnahmeposten in das Rechnungsjahr 1907 für die Reichskasse übernommen worden ist.

Von dieser Summe werden geschlicher Bestimmung gemäß die 27,2 Millionen Mark in Abrechnung gebracht werden, die sich bei der Reichskasse als Mehrertrag für 1906 ergeben haben. Dem-

gemäß verbleiben für die Einzelstaaten aus dem Jahre 1906 an gestundeten Matrularbeiträgen noch 28,4 Millionen Mark. Deren Erhebung findet erst im Juli 1907 statt. Die Gesamtbelastung der Einzelstaaten aber, die ihnen aus dem lehrerfloffenen Jahre auch nach dem verhältnismäßig für die Reichskasse günstigen Ergebnis noch verbleibt, setzt sich aus diesen gestundeten und den gleich nach der Abrechnung zu zahlenden Matrularbeiträgen, also aus den 28,4 und den 24,8 Millionen Mark zusammen, und macht insgesamt 53,2 Millionen Mark aus.

Vennigsen-Erzberger.

Die Privatklage des Gouverneurs a. D. von Vennigsen gegen Erzberger kam heute vor der achten Ferienkammer des Landgerichts I Berlin als der Berufungsinstantz zu neuer Verhandlung. Das Schöffengericht hatte Herrn Erzberger seinerzeit zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Nach längerem Widerstreben Vennigsens gab sich schließlich der Privatkläger mit einer Ehrenerklärung Erzbergers zufrieden.

In dem Falle Vennigsen konnte allerdings Herr Erzberger für sich geltend machen, daß er einem verzeihlichen Irrtum zum Opfer gefallen sei. Anders liegen die Dinge in einem anderen Falle. Herr Erzberger hatte bekanntlich behauptet, daß zwei deutsche Blätter beschönigt worden seien. Als Herr Erzberger aufgefordert wurde, die Namen dieser Blätter zu nennen, blieb er unter faden-scheinigen Verlegenheitsausflüchten die Antwort schuldig. Es soll nun Leute geben, denen Herr Erzberger die Namen dieser Blätter genannt hat. Warum rücht da Herr Erzberger nicht auch vor der Öffentlichkeit mit seiner Wissenschast heraus? Um Antwort wird gebeten! —

Ein Glück für die Rekruten!

Das Kriegsgericht der ersten Division in München verurteilte im Juli dieses Jahres den Bizefeldwebel der II. Kompanie des II. Infanterieregiments, Karl Schneider, der seine Geliebte, ein hochschwangeres Mädchen, das ihn trotz aller Korbzeiten aufopfernd mit Geld unterstützte, in der entsetzlichsten Weise mißhandelt hatte, zu der ausfallend niedrigen Strafe von sieben Monaten Gefängnis, von der vom Staatsanwalt beantragte Degradation aber jäh das Gericht ab. Der Bizefeldwebel wäre also wahrscheinlich der Armes als Vorgesetzter erhalten geblieben, allein gestern stand er bereits wieder wegen Unterschlagung vor dem Gericht. Er hatte seinem Buher 1,70 M. und ein Taschentuch unterschlagen. Außerdem hatte der Bizefeldwebel den Buher um 300 M. angepömpelt und die Geliebte des Soldaten wäre bereit gewesen, dem Bizefeldwebel die geforderte Summe zu geben. Durch die erste Verurteilung des Bizefeldwebels wurde zum Glück das Mädchen abgehalten, das Geld dem Bizefeldwebel auszuhandigen. Sie hätte wohl nie mehr etwas zurück erhalten, denn der Bizefeldwebel hat nach erfolgter Anzeige nicht einmal die unterschlagenen 1,70 M. seinem Buher zurück-erstattet. Das Kriegsgericht verurteilte Schneider, der sich durch allerlei Ausflüchte zu entlasten suchte, zu 18 Tagen gelindem Arrest und zur Degradation.

Nach 27 Jahren!

Wie so mancher Elend-Vollbringer hatte im Jahre 1880 ein junger Mann namens Alois Schott nicht Lust, sich beim preussischen Militär drücken zu lassen. Er zog es vor, nach Frankreich zu gehen. An das Staatsverbrechen, sich dem Militärdienst zu entziehen, denkt natürlich heute niemand mehr: so mag sich Schott gefügt haben, als er jetzt nach 27 Jahren als Familienvater und gereifter Mann in seine Heimat zurückkehrte. Aber wenn auch bei allen Menschen die Unart Schotts vergessen worden ist, die Militärbehörde hatte sie nicht vergessen. Sie verhaftete den armen Teufel und das Kriegsgericht in Hagenau verurteilte ihn dieser Tage zu sechs Monaten Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Nach 27 Jahren! —

Morenas Mannschaffenschwund.

Nach einem vom Kommandeur der Schutztruppe für Südwestafrika, Oberleutnant v. Storff, eingegangenen Telegramm ist die Pottentottenbande, welche am 26. August die Pferde-wache eines Telegraphenpostens etwa 80 Kilometer südlich Haganu erfolglos angegriffen hatte, in die Kolabari zurückgekehrt. Ihre Stärke wird auf etwa 35 Mann geschätzt.

Die Mitte dieser Woche sollte die englische Grenzpolizei östlich Arica auf 100 Mann verstärkt sein. Verabredung war, daß alsdann die Truppen in Umas und Ubadis gemeinsam mit ihr gegen Morena, der noch bei Wadrediermund steht, vorgehen sollten. Die Offensive ist jedoch zunächst eingestellt, da am 29. August Woten der bei Morena befindlichen Bundeswache in Warmbad eintrafen und um Frieden baten. Nach Mitteilung dieser Woten sollen sich bei Morena nur etwa 70 Bundeswachen, sein Bruder und einige Kaffernfamilien befinden; auch soll er nur über eine geringe Anzahl Gewehre verfügen. Die Woten sind am 31. August mit dem Ueberweisungsbefehl von Warmbad aus zurückgeschickt. Sobald die Besserung der Lage sich bestätigt, wird in der Zurücksendung der Helmschiffe fort-gesetzt. Den Zeitpunkt hat sich der Kommandeur vorbehalten.

Öffentlich! —

Schweiz.

Eine proletarische Rassenkudgebung für die neue Gemeindeordnung.

Zürich, 5. September. (Fig. Ver.) Gestern abend versammelten sich auf Rotwandwiese 5000—6000 Arbeiter, um zugunsten der neuen Gemeindeordnung der Stadt Zürich zu demonstrieren. Die Genossen Schaymann und Greulich hielten kurze, wirksame Referate, in denen sie namentlich dem arbeiterfeindlichen und profitwütigen Unternehmertum gegenüber den Reinstundentag und die Minimallohne von 5 und 5,50 Fr. verteidigten. Greulich betonte rückhaltlos, daß die nächste Revision der Gemeindeordnung den Achtstundentag und einen anständigen Lohn für die städtischen Arbeiter bringen müsse. Planmäßig soll durch die günstige Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter auf die Gestaltung derselben in den privaten Betrieben eingewirkt werden. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige begeisterte Annahme.

Die Herbstsession der Bundesversammlung.

Bern, 5. September. (Fig. Ver.) Am 16. September tritt hier die Bundesversammlung zu ihrer Herbstsession zusammen, für die bereits nicht weniger als 83 verschiedene Punkte vorgesehen sind. Wir erwähnen nur die Initiativbeschlüsse betreffend die gesetzliche Regelung der Wasserkräfte und das Verbot des Absinths, Zivildienst, Gewerbegesetzgebung, Kranken- und Unfallversicherung, Versicherungsvertrag. Es werden wohl verschiedene dieser Punkte wieder nicht erledigt werden. —

England.

Auf die lange Bank.

London, 5. September. Wie das Reutersche Bureau vernimmt, kann das englisch-russische Abkommen in nächster Zeit noch nicht veröffentlicht werden. Es muß erst noch durch die beiden Souveräne bezeugt werden, und dann sind auch noch einige geringe Einzelheiten zu ordnen. —

Portugal.

Die russische Aera.

Lissabon, 6. September. Die Polizei unterfragte das Erschmen des „Blattes „Revidades“ auf einen Monat wegen eines Artikels über die innerportugiesischen Angelegenheiten.

Kanada.

Japanische Auswanderer, die nach Kanada gehen, werden seit Anfang September unter Kontrolle gestellt, indem die Auswandererschiffe offizielle Erlaubnis einholen müssen. Bisher bestand diese Kontrolle nur für die Schiffe nach Hawaii und Südamerika. Neben den starken Zustrom von japanischen Arbeitern hat man sich in Kanada in letzter Zeit zwar bitter beklagt, aber es heißt, daß die neue Kontrolle nicht Kanadas wegen eingeführt sei, sondern zum Schutz der Auswanderer selbst. In Japan selbst ist die Auswanderung, soweit Arbeiter in Betracht kommen, zwar durch das sogenannte „Auswanderungsschutzgesetz“ gewissen Einschränkungen unterworfen worden. —

Die russische Revolution.

Die Bundesbrüder des Jaren.

Odessa, 6. September. Die Ausschreitungen der Schwarzen Hundert dauern fort. In mehreren Stadtteilen und auf dem Dampplatz nahmen dieselben gestern einen ersten Charakter an, so daß Polizei einschreiten mußte.

Dem Hilfsverein der Deutschen Juden gingen folgende zwei Berichte über die Ereignisse in Odessa zu:

Odessa, 8. September. Jede Möglichkeit, auf telegraphischem Wege irgend welche Berichte über die Vorgänge der letzten Tage in Odessa zu übermitteln, war ausgeschlossen. Soweit sich die traurigen Vorgänge übersehen lassen, seien sie nachfolgend geschildert.

Die Verdrigung des Polizeisekretärs des Petropawlowskirebiers, Belbin, die am Sonntag statifinden sollte, hatte eine Panik in der jüdischen Bevölkerung hervorgerufen, da man wußte, daß derartige Verdrigungen immer als Provokation zu Programmen dienen. Die Verdrigung war leider nicht unterbrochen. Als der Leichenzug sich von der Grabenstraße zum christlichen Friedhof bewegte, löste in den entlegenen Stadtteilen jedes Leben auf. Zum Unglück fiel die Verdrigung mit der Gedenkfeyer für die im Jahre 1906 während des Programms getöteten Juden zusammen. Die Juden, die sich zu dieser Feiertag auf den jüdischen Friedhof begaben, waren die ersten, die den Gewalttaten der Hooligans zum Opfer fielen.

Die sogenannten Gelblusenmänner (Hooligans) versuchten die Tore des jüdischen Friedhofes zu sprengen und begannen dabei auf die Juden loszuschlagen, wobei einer, Israel Sabai, auf der Stelle getötet und eine ganze Anzahl anderer verwundet wurden. Der Getötete sowie die Verwundeten wurden in das jüdische Krankenhaus gebracht. Auch dorthin schickten die Hooligans ihnen Schüsse nach. Die Augen flohen durch das Fenster des Krankenhauses. Zu gleicher Zeit begannen auf dem Tolkusmarkt Ausschreitungen der schwarzen Art; dort wurde kein Mensch verschont. Ein alter 66jähriger Jude, Sirij Sigelmann, wurde mit Hautschuldmitteln grauam geschlagen, und als er niederfiel, trat man mit Füßen auf ihm herum! Dorthin wurden die Juden Lewitin, Isak Toln, Abraham Rogow sowie viele andere durch Messer- und Stichwunden.

Die Polizei blieb völlig untätig; der stellvertretende Polizeimeister Kislakowski begab sich zwar in das jüdische Krankenhaus, wo er die Verwundeten und ihre Angehörigen zu beruhigen suchte und die Leichen der Getöteten, Sabai und Sandler, besichtigte, aber er tat nichts, um dem Programm selbst ein Ende zu machen.

Das Schreien auf den Straßen dauerte noch bis 11 Uhr nachts an.

Gestern, Montag, sehten die Gelblusenmänner ihre Greuel-taten fort. Schon am frühen Morgen sprang eine Gruppe Hooligans in den Straßenbahnwagen auf der Linie Torgowaja—Malorossiska und fiel über die dort befindlichen Juden her. Nach der Verdrigung der Schutzleute, die während der Explosion getötet worden waren, verteilten sich die Hooligans in kleine Gruppen und zogen in alle Teile der Stadt. Auf der Prochorowstraße hörte man bereits Schüsse fallen, und bald wurden vier Juden mit Schusswunden ins jüdische Krankenhaus gebracht. Die Hooligans passierten ungehindert die Prochorowstraße und gelangten in die Hauptstraßen Odessa, Rischleuska und Terbasowka. Überall auf ihrem Wege mißhandelten und verwundeten sie die Juden, die ihnen in den Weg kamen. Auch verschiedene Läden und Wohnungen blieben nicht verschont; sie erschlugen Fensterbänke, rümierten Ladeneinrichtungen und schossen auf diejenigen, die sich in den Läden zu verbergen suchten. Ein Obsthandler, Joseph Barbelat, wurde dabei schwer verwundet, ebenso ein herrlicher Buchhalter Dobromoloff, den man irrtümlich für einen Juden hielt. — Ins jüdische Krankenhaus wurden ferner eine Anzahl Juden gebracht, die Brandwunden aufwiesen, so Wolf Polatoff, Barschaja, Samuel Nachj und andere. Einen bejammerswerten Eindruck machte im Krankenhaus die Einlieferung der verwundeten Kinder: vier Knaben und Mädchen von vier bis acht Jahren!

Das Verhalten der Polizei während des Programms war empörend. Sie ließ die Hooligans ruhig ihre rachsüchtige Arbeit verrichten. An einigen Orten gab sie sich den Anschein, als suchte sie die Hooligans zu zerstreuen, sie ließ aber sofort wieder zu, daß sie sich an derselben Stelle wieder versammelten. —

Der stellvertretende Stadthauptmann Raboff hat dem Rabbiner Dr. Aminowitsch, der bei ihm über die Greuel-taten Klage führte, die jüdische Bevölkerung zu beruhigen und ihr zu erklären, er habe die energischsten Maßnahmen getroffen, um die einzelnen Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Es ist charakteristisch, daß dieser Chef der Polizei den Rabbiner darum bat, ihm einen ausführlichen Bericht über das Vorgefallene sowie über die Verwundeten und Getöteten zu erstatten, als wüßte er selber nichts von all dem Schandbaren, das geschah. —

Odessa, 4. September. Schon vier Tage herrschen hier Ereignisse der schwersten Art, denen viele Tote und Verwundete bereits zum Opfer gefallen sind. Obwohl bereits seit zwei Tagen ein Aufruf des Stadthauptmanns Magoschew in den Odessaer Zeitungen erscheint, der allen Ruhestörern mit strengsten Strafen droht, dauern die Ausschreitungen an und haben sich am Mittwoch sogar noch verschärft. Die Polizei versucht zwar die Grausamkeit der Hooligans einzudämmen, hindert aber nicht die Ausbreitung der Ausschreitungen innerhalb der Stadt.

Die „Voss. Ztg.“ erhielt folgendes Telegramm:

Petersburg, 6. September. In Odessa dauern die Ausschreitungen der schwarzen Banden fort. Gestern wurde ein Räubersführer beim Ueberfall auf ein jüdisches Haus verhaftet, jedoch nach väterlicher Ermahnung durch den Generalgouverneur wieder freigelassen!

Aus der Partei.

Zum Essener Parteitag.

Ueber das Arrangement des Parteitags gab die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund in ihrem Essener Teil bekannt:

„Der Parteitag tagt vom Sonntag, den 15. bis inklusive Sonnabend, den 21. September, im großen Saale des Herrn Raab in Essen-Rüttenscheid, Franziskastraße 1 (gegenüber dem Rüttenscheider Rathaus). Die Eröffnung des Parteitages erfolgt am 15. September, abends 7 Uhr. An der Franziskastraße, schräg gegenüber dem Tagungslokal, wird ein Festzelt errichtet, wofür die Hauptpolizei die Genehmigung erteilt hat. Wenn möglich, findet bereits am Sonnabend, den 14. September, eine öffentliche Ver-

Sammlung im Tagungslokal oder im Festzelt statt, bestimmt sind aber schon folgende Arrangements getroffen: Sonntags vormittags 11 Uhr im Festzelt: Große Matinee mit Ansprache; nachmittags 4 Uhr: Beginn des Begrüßungsfestes im Zelt. Ansprachen durch mehrere Reichstagsabgeordnete sind zugesagt. Im Tagungslokal beginnt die Begrüßungsfeier nach Abschluß der Eröffnung des Parteitages. Eine 40 Mann starke Kapelle ist für die Eröffnungsfeier engagiert. Das Essener Sängerkorps in einer Stärke von 300 Mann wird ein vom Genossen Seidel-Zürich gedichtetes und vom Herrn Dirigenten Hübenal komponiertes Begrüßungslied und anderes zum Vortrag bringen. Tagungslokal und Festzelt erhalten würdevolle Dekoration. Das Parterre des Tagungslokales ist während der Tagung nur für die Delegierten und die Presseberechtigte bestimmt, da die Raumbereitstellung für Gäste den Zutritt nicht gestattet. Die geräumige Galerie und das Festzelt stehen zur allgemeinen Benutzung offen. Es sind schon in diesem Frühjahr Akkordarbeiten für organisierte Arbeiter ausgegeben mit 10 Feldern für Karten a 30 Pf., welche (vollgelebt) in der Zeit vom 1. bis 10. September bei dem Parteitagskassierer Max Kuntz, Essen, Kasernenallee 70, gegen eine Berechtigungskarte für alle Veranlassungen aus Anlaß des Parteitages freien Zutritt für die ganze Parteitagswoche, insbesondere auch zu den Abendveranstaltungen, die im Stadt- und Landkreise stattfinden, gewähren. Organisierte Arbeiter, welche diese Karte nicht erwerben können, zahlen für Sonntags 1 Mark, zu den Einzelveranstaltungen in der Woche je 50 Pf. und zu den besonderen Versammlungen in der Woche das festgesetzte Eintrittsgeld. Auf die Berechtigungskarte ist immer eine Dame frei, desgleichen auf die Sonntagskarte zu 1 Mark, jede weitere Dame zahlt 50 Pf. Kinder haben keinen Zutritt. Zur Erlangung dieser Karten ist der Organisationsnachweis erforderlich. Unorganisierte zahlen am Sonntag, den 15. September, 5 Mark, zu den Einzelveranstaltungen 2 Mark.

Da die Essener Genossen ein besonderes Festzelt errichteten, sind ihre Ausgaben natürlich sehr hohe und daraus sind wohl die hohen Eintrittspreise zu erklären, die sie ansetzen. Wir können trotzdem nicht umhin, zu bedauern, daß mit der guten alten Regel, wonach der Zutritt zu den Verhandlungen des Parteitages für Parteigenossen ganz frei oder doch gegen geringes Entgelt offen stand, gebrochen worden ist.

Unsere Toten. In Greiz starb der Genosse Eduard Rodrad, ein Oesterreicher, der, trotzdem er Ausländer war, immer in den vordersten Reihen der Kämpfer gestanden hat. Er hat die Gefahren, die ihm daraus erwuchsen, die drohende Ausweisung nicht geachtet. Seit längerer Zeit litt er an der Zuckerkrankheit. Die Thüringische Versicherungskasse hatte das Heilversuchen übernommen. Im Frühjahr dieses Jahres befand er sich in Karlsbad zur Kur, die ihm auch Hoffnung machte, daß sich sein Gesundheitszustand wieder heben würde. Es war jedoch eine Täuschung. Dann wurde er im Landkrankenhaus untergebracht, wo ihm eine Fußgugel abgelöst wurde. Als die Wunde nach mehreren Wochen nicht zugeheilt war, mußte er noch die Ablösung des Beines oberhalb des Knies über sich ergehen lassen. Bald darauf hat ihn der Tod erlöst und ihn davor bewahrt, schließlich nach den Regeln unseres „humanen“ Zeitalters als Ausländer wegen Unterhaltungsbedürftigkeit aus dem Ort, der ihm zur zweiten Heimat geworden war, in seine Heimatgemeinde abgeschoben zu werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein nicht befangener Amtsrichter. In dem Preßprozeß gegen den Genossen Fröhlich vom „Volksblatt“ in Halle a. S., über den wir bereits telegraphisch berichteten, wird uns unterm 5. September noch mitgeteilt:

Beleidigt sein wollte die Selbstwehr Polizei, der in einem Artikel von einem Korrespondenten irrtümlich Parteilichkeit bei Maßnahmen bezüglich der Sonntagsarbeit vorgeworfen worden war. Den Vorfall bezügl. der bekannte Amtsrichter Hoffmann, der unserem Genossen gelegentlich eines früheren Prozesses „gemeine Gesinnung“ vorgeworfen hatte. Genosse Fröhlich lehnte den Richter als befangen ab. Der aber bestritt, daß er befangen sei. Der Amtsrichter beantragte vier Monate Gefängnis und das Gericht erkannte auf zwei Monate solcher Strafe. Der unbefangene Amtsrichter erging sich in der Urteilsbegründung, nach der sich bekanntlich kein Angeklagter mehr verteidigen kann, in allerhand Angriffen auf Fröhlich. So warf er unserem Genossen, der das Opfer einer Täuschung geworden war, „frivole Nichtachtung der Ehre anderer“ vor. Welches Maß von Nichtachtung der Ehre anderer der Angeklagte besitzt, so meinte der Amtsrichter, gehe daraus hervor, daß er bereits einmal wegen Preßbeleidigung mit einem Jahre vier Monaten Gefängnis verurteilt ist. Diese Strafe liegt zur vierzehn Jahre jurid. und datiert aus der Zeit nach dem Fall des Sozialistengesetzes, also aus einer Zeit, in der man auf Grund „des gemeinen Rechts“ mit aller Schärfe gegen sozialdemokratische Preßblätter vorging. Und noch eins. Während namhafte Juristen Gesetzentwürfe vorbereiten, nach denen Strafen, die zehn Jahre zurückliegen, der Vergessenheit anzuheben seien, zieht dieser Richter jene Vorstrafe bei der Strafabmessung in Erwägung. — Das ist ein unbefangener Richter, wie würde da wohl ein befangener urteilen? Hätte Herr Hoffmann nicht selbst gesagt, daß er nicht befangen ist, dann hätte man es ihm fast nicht geglaubt.

Eine verpuffte Aktion Dernburgs. Das „Volksblatt für Gotha“ teilt mit: Die unsere Leser wissen, wurde gegen acht hiesige Genossen wegen „Beleidigung“ von Kolonialbeamten in Reden während des Wahlkampfes eine Untersuchung eingeleitet. Mehrere der Angeklagten erhielten gestern eine Zuschrift, wonach die Untersuchung gegen sie eingestellt ist. Ob alle außer Verfolgung gesetzt worden sind, ist uns bis jetzt noch unbekannt.

Gewerkschaftliches.

Der Brand von Antwerpen.

Antwerpen, 9. September. (Fig. Ber.)

Aus einem ursprünglichen kleinen Streik, der im Wesen nicht bedeutungsvoller war als Hunderte von Lohnkämpfen, wie sie tagtäglich sich ereignen, ist durch die frevelhafte Haltung der Unternehmer ein grauenhaftes Drama geworden, dessen letzte Szene eine furchterliche Feuersbrunst war, wie sie die Stadt noch nicht gesehen. Natürlich, die Unternehmer haben den Brand nicht gelegt, so wenig wie die Streikenden, aber die Unternehmer hatten die Möglichkeit, den Kampf zu beenden und damit wäre die Stadt und die Hafenarbeiterbevölkerung von Unheil und tausendfältigem Kummer verschont geblieben. Es gehörte wenig Scharfsinn dazu zu wissen, daß in einer Stadt wie Antwerpen, die alles mögliche Gefindel anschwemmt und erzeugt wie alle großen Hafenstädte, so außerordentliche Verhältnisse, wie sie ein Streik von mehr als 15 000 Menschen mit sich bringt, auch leicht genug außerordentliche Folgen haben kann. Bürgergarde, konsignierte Truppen, Gendarmen, Polizisten — alles das genießt jetzt Antwerpen zu seinem „Schutz“ — aber es war tausendmal mehr beschützt, als die paar Hundert Holz- und Getreideverlader für ihren einen Frank Lohnerhöhung ruhig streikten und die Polizisten sich ein bißchen mehr um die dem Brandstiften, Stehlen und ähnlichen Verrichtungen sich hingebenden Elemente kümmern konnte, die nun ungestört ihr Handwerk treiben konnten. Man hat wohl drei erwachsene Personen, möglicherweise sogar auch Schuldige verhaftet — aber es ist eine von niemand be-

strittene Tatsache, daß eine Anzahl halbwüchsiger Jungen, Augenzeugen behaupten sogar Kinder, den Brand in verschiedenen Holzdepots mit Petroleum angestekt haben, gerade so, wie sie am Tage vorher, Waren stahlen, als sich die Polizei mit den Säbeln und Revolvern auf die Streikenden stürzte. An jugendlichen, knabenhaften Verbrechern fehlt es in Antwerpen weniger noch als in anderen großen Städten. Im übrigen bestätigt die oben ausgeführte Auffassung ein großer Teil der Presse, sofern sie nicht direkte Unternehmerpolitik macht.

Der Brand begann Mittwoch gegen 5 1/2 Uhr am Ferdinandspolder in der Nähe des größten Bassins, des sogenannten Kattendijl, wo immense Holzvorräte lagern. Aber bald flammten an verschiedenen Bassins, so am Canal de l'Ancre, im Campine-Bassin und Bassin Nua u. a. Feuerherden auf. Infolge der Materialbeschaffenheit — Holz, Baumwolle, Heu — gewann die Feuersbrunst grauenhaft rasche Ausdehnung, die unglücklicherweise durch starken Wind begünstigt wurde. Dazu war die Wasserversorgung eine schwierige, und die Gefahr drohte, wenn man den Herd nicht einschränkte, daß das umliegende Häusermeer, das mehrere Millionen repräsentierende städtische Holzdepot und der Kattendijl ein Raub der Flammen werden könnte. Nachdem der Brand die Nacht und den Vormittag hindurch gewütet, gelang es dem tapferen Feuerwehrcorps Antwerpens, durch die Geniesoldaten und durch Feuerwehrrabteilungen aus Brüssel und Gent unterstützt, um Mittag gänzlich die Gefahr zu beseitigen. Der Schaden ist ein kolossaler, er wird von einer Seite auf vier Millionen geschätzt — ob die Versicherungsgesellschaften alles zahlen, ist noch sehr die Frage. Einzelne Firmen erleiden einen Schaden von 300 000 und 400 000 Fr. Viele Häuser sind zerstört, die Familien um Hab und Gut gekommen. Am Hafen ist Militär und Bürgergarde und die Truppen sind alle in den Kasernen konsigniert. Alle im Urlaub befindlichen Offiziere sind einberufen.

Die heutige Unternehmerversammlung hat den bereits gestern gemeldeten Vorschlag des Bürgermeisters abgelehnt und willigt auch weiter in kein Schiedsgericht.

Die Partei hat vorläufig 1000 Fr. gezeichnet und der Generalrat wird täglich Redner nach Antwerpen schicken. Die Doder haben heute eine von 4000 Streikenden besuchte Versammlung abgehalten, die ohne Zwischenfall verlaufen ist. Die Antwerpener Organisationen halten heute eine Beratung ab.

Gestern sind wieder 60 Gendarmen eingetroffen — Antwerpen bietet den Anblick einer belagerten Stadt — allüberall Uniformen — der wogende Rhythmus der Arbeit, der sonst das charakteristische Gepräge der Hafenstadt bildet, hat der Herrschaft wilder und banger Erregung Platz gemacht. Der Brüsseler „Matin“ berichtet, daß nicht mehr als 600 englische Streikbrecher im Hafen arbeiten. Die gestern angekommenen englischen Streikbrecher — es heißt 650 — wurden von der Bürgergarde nach den Schiffen gebracht.

Im Hafen herrscht ein unbeschreibliches Chaos und alles ist mit Waren überfüllt. Die mit der Bahn kommenden Waren werden nicht mehr verladen. — Der heutige Tag ist ruhig verlaufen. Auf die bange Frage, wann die Lösung komme, bringen die eifrigsten Interviewer keine Antwort. Vorläufig heißt es auf beiden Seiten: Kampf bis ans Ende!

Er schießt nicht auf die Arbeiter!

Antwerpen, den 6. September. Gestern wurde ein Mitglied der Bürgerwehr verhaftet, weil es sich geweigert hatte, scharfe Patronen in Empfang zu nehmen.

Gelogen wie telegraphiert!

Die Unternehmer lassen durch Wolffs Bureau verbreiten: Antwerpen, 6. September. Die Arbeit ist heute morgen auf sämtlichen Schiffen wieder aufgenommen worden mit Hilfe auswärtiger Arbeiter, deren Zahl etwa 3500 beträgt und die an Bord der der Seevereinigung gehörenden Schiffe wohnen. Der Präsident der Vereinigung hat mehrere Drohbriefe erhalten. Die Zahl der Arbeitswilligen ist also um 800 größer als vor etwa 14 Tagen. Damals schrieb unser Korrespondent: „Im Hafen wartet Arbeit für 15 000 Menschen — man hat zur Not 2700...“ Und jetzt soll mit 3500 Mann die Arbeit „auf sämtlichen Schiffen wieder aufgenommen“ sein!

Militärischer Schutz.

Brüssel, 6. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der heutige Tag verlief ruhig. Die Streikbrecher arbeiten unter militärischem Schutz. Die Bürgergarde der Vororte ist einberufen worden; von Ostende ist ein Infanterieregiment angekommen. Die Zahl der Streikbrecher wächst infolge des militärischen Schutzes; es ist die Ankunft neuer Streikbrecher gemeldet. Eine Versammlung der Streikenden, in der Ansele, der Deputierte Langendonk und der Gewerkschaftssekretär Vergmans unter stürmischem Beifall sprachen, protestierte gegen die Unterstellung, daß Streikende mit der Brandlegung in Verbindung ständen. Die Brandstiftung sei das Werk von zweifelhaften Individuen und Agent provocateurs. Große Gewerkschaften bewilligten namhafte Unterstützungssummen für die streikenden Arbeiter. Der Unternehmerpräsident Steinmann verweist förmlich der Belagerungszustand. Plakate der Arbeiter mahnen zur Ruhe und Einigkeit. Der anständige Teil der Bevölkerung hält die Brandlegung für das Werk nichtstreikender Elemente.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!
Die Firma Bode u. Roges (Znh. Haase), Köpenickerstr. 145, gehörte seit 2 Jahren zur Tarifgemeinschaft für die Selbstmetall-Industrie Berlins und Umgegend, abgeschlossen vor dem Berliner Gewerbegericht 1904. Die Firma hat nun am 1. September d. J. den Tarif gelündigt und ist gleichzeitig dem Kühnemännerverband beigetreten, um die im Tarif festgelegten Mindestlöhne (60 Pf. pro Stunde) nicht mehr zahlen zu brauchen. Herr Haase glaubt nun wahrscheinlich vom Kühnemännerverband genügend Drucker für 60 Pf. pro Stunde zu bekommen, weshalb er den zurzeit bei ihm beschäftigten Druckern bereits 50 Pf. pro Stunde anbot. Da die Kollegen die Arbeit darauf einmütig niedergelegt haben, so ist Zugang streng fernzuhalten.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! Die Dreher der Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau bei Berlin haben wegen Alfordpreiserhöhungen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Volkser! Die Kollegen der Firma Heder, Münchenerstraße 9, stehen im Streik. Herr Heder, der nach 14wöchentlichem Streik im Juni 5 Proz. Lohnaufschlag bewilligte mit der weiteren Abmachung, daß am 1. September nochmals eine Erhöhung der Alfordpreise um 7 Proz. stattfinden solle, glaubt nunmehr in der Lage zu sein, sein gegebenes Wort nicht halten zu brauchen, worauf die Kollegen am 2. September die Arbeit nicht wieder aufnahmen.

Verbandsleitung der Tapezierer Berlins und Umgegend.

Achtung, Dachbeder Berlins! Die Differenzen mit der Firma Gustav Adolf Bernide haben ihre Erledigung gefunden. Den Kollegen steht es frei, in der Werkstelle Arbeit anzunehmen.
Zentralverband der Dachbeder, Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Stuarbeiter! Unseren Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß in Eisenberg die Stuarbeiter und -Arbeiterinnen Forderungen an die dortigen Fabrikanten eingereicht haben und die dortigen Kollegen und Kolleginnen mithin in eine Lohnbewegung getreten sind. Aus diesem Grunde ist Zugang von Stuarbeitern und -Arbeiterinnen nach Eisenberg streng fernzuhalten.
Deutscher Buchbinderverband, Ortsverwaltung Berlin.

Proletarische Völkerverbrüderung.

Im Anschluß an den Internationalen Kongreß trat am 22. August in Stuttgart auf Antrag der skandinavischen Delegierten der ungelerten Arbeiter eine Konferenz zusammen, die von Vertretern des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen (Deutschland), Verband der Arbeiterschaft der chemischen, Papier- und Gummiindustrie (Österreich), Arbeitsmannsbund (Dänemark), Arbeitsmannsbund (Norwegen) und Groß- und Fabrikarbeitersverbände (Schweden) besetzt war. Zweck der Konferenz war die Anbahnung internationaler Verbindungen zwischen den genannten Organisationen.

Nach eingehender Debatte, in der stets der Gedanke der proletarischen Einheit hervorgehoben wurde, einigte man sich dahin, ein Sekretariat zu errichten, in dem alle die ungelerten Arbeiter genannter Länder betreffende Angelegenheiten zusammengetragen und zum allgemeinen Nutzen bearbeitet werden sollen.

Nachdem Genosse Frey-Hannover sich auf Anfrage zur Uebernahme des Sekretärpostens bereit erklärt hatte, wurden als vorläufige Grundregeln folgende vier Punkte zum Beschluß erhoben:

1. Daß die Frage (der internationalen Verbindung) in allen fünf Organisationen zur Erwägung gestellt werden soll.
2. Zu diesem Zwecke sollen schnellstens Berichte über Beschaffenheit, Umfang und Statuten der Organisation ausgetauscht werden.
3. Es soll durch Briefwechsel zwischen den Leitungen der fünf Organisationen versucht werden, so bald wie möglich einen Entwurf für die statutenmäßige Basis der vorläufigen gemeinsamen Arbeit zu schaffen.
4. Es wird beschloffen, den deutschen Verband der Fabrikarbeiter usw. als Sekretariat für die gemeinsame Arbeit zu betrauchen und auch, daß die Ausgaben des Sekretariats von allen hier vertretenen Organisationen gemeinsam getragen werden sollen.

Damit ist auch für die ungelerten Arbeiter eine internationale Verbindung geschaffen, deren Fehlen in den Kämpfen, namentlich in der skandinavischen Papierindustrie, bereits schwer empfunden wurde.

Zimmer fester schlingt sich der Einigkeit Band um das internationale Proletariat, bis endlich die vollständige internationale Völkerverbrüderung in Erfüllung gehen wird.

Ausland.

Der Bantistlerstreik in Kopenhagen ist beendet. Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der ausländischen Bantistler wurde eine volle Einigung erzielt und der Vermittlungsvorschlag vom 23. August angenommen. Die Arbeit wird am 9. September wieder aufgenommen werden. Der Streik hat 4 Monate gedauert.

Ein Streik der Bergleute

droht im Kohlengebiete von Northumberland auszubrechen, und zwar handelt es sich hier um einen Konflikt wegen der Zugehörigkeit zur Organisation. In diesem Revier sind etwa 40 000 Bergleute organisiert, während etwa 8000 dem Verbands fernstehen. In der letzten Zeit hat eine sehr energische Agitation stattgefunden zu dem Zwecke, die Indifferenten der Organisation zuzuführen. Es ist auch gelungen, einen Teil derselben zu gewinnen, gegen den Rest aber, der sich nicht überzeugen lassen will, beabsichtigt die Bergarbeiterorganisation nunmehr schärfere Maßnahmen anzuwenden. Die Bergleute einiger Schächte haben bereits die Kündigung eingereicht, weil sie mit den Indifferenten nicht mehr länger zusammenarbeiten wollen. Die Unternehmer aber sind, wie „Daily News“ mitteilen, entschlossen, eventuell die Schächte zu schließen. Sollten die Arbeiter wegen dieser Streikfrage in einzelnen Schächten die Arbeit niederlegen, so wollen dies die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung beantworten. Sie hätten nichts gegen die Organisation, im Gegenteil, es wäre ihnen lieber, mit den verantwortlichen Führern der Gewerkschaft zu unterhandeln, aber es müsse Sache der Arbeiter selbst bleiben, die Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen.

Eingegangene Druckschriften.

„Blut“. Wochenblatt für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: G. Bernhard.) Heft 38. Vierteljährlich vom Verlag 4 N. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goebelstr. 69.
Jahresbericht der Königlichen Bibliothek zu Berlin 1906/07. 64 Seiten. Selbstverlag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eingestürztes Gerüst.

Dortmund, 6. September. Drei Bauarbeiter stürzten infolge Gerüstbruchs ab; einer wurde schwer, die beiden anderen leichter verletzt.

Explosion in einer Gasanstalt.

Nizza, 6. September. In den hiesigen Gaswerken erfolgte heute eine Explosion, wobei dreizehn Arbeiter, darunter mehrere lebensgefährlich, verletzt wurden.

Nord und Selbstmord.

Landau (Pfalz), 6. September. (W. S.) Der dem Trunke ergebene, mit seiner Frau in Unfrieden lebende Hausbesitzer Jettl aus Pflingting tödete heute früh im Streit seine Frau und erschoss sich dann.

Großfeuer in Konstantinopel.

Konstantinopel, 6. September. (Melbung des Wiener L. L. Teleg. Korresp.-Bureaus.) Gestern brach im Stadtviertel Jediale ein Brand aus, durch den etwa hundert Häuser und Kaufläden eingäschert worden sind.

Großkapitalistische Korruption.

New York, 6. September. (W. S.) Der Rechtsbeistand der öffentlichen Betriebskommission ersuchte den Staatsanwalt, wegen ungesetzlicher Praktiken der Interborough Company wie wegen der Zerschlagung der Geschäftsbücher, Verteilung unverdienter Dividenden, gesetzwidriger Anteilen und Fälschungen strafrechtlich vorzugehen.

Die Kolonialresolution und die deutsche Delegation.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ behauptet Genosse Richard Fischer in seiner „Erklärung“: „Wurm habe den parteigefährlichen Charakter der Resolution von Kol-David nicht erkannt, sonst würde er nicht gemeinsam mit David die Abänderungsform vertreten haben.“

Diese Darstellung vertritt die Vorgänge in der deutschen Delegation noch mehr als schon Fischers Rede am Dienstag. Der wirkliche Hergang war folgender:

Meinungsdivergenzen waren nur über Absatz 1 der Kolonialresolution von Kol-David, der sich David angeschlossen hatte. Gegen diesen Absatz 1 hatten Ledebour und ich einen Antrag eingebracht, der von der Kommission abgelehnt und als Minderheitsresolution vor den Kongress gebracht wurde.

Die deutsche Delegation stimmte in ihrer Sonderberatung dem Absatz 1 von Kol-David zu, da infolge Zeitmangels die Debatte zu kurz gewesen war, um den Sachverhalt klarzustellen. Erst als auf Protest der rheinischen Delegierten gegen diese Annahme des Absatzes 1 eine zweite Sitzung der deutschen Delegation stattfand, konnte ich den grundsätzlichen Widerspruch darlegen, der zwischen dem ersten Satz des angenommenen Absatzes 1 und unserer bisherigen Stellung in der Kolonialpolitik lag.

Dieser erste Satz lautete: „Der Kongress stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird.“

Das heißt also: Die Kolonien haben für die Arbeiterklasse Nutzen, nur nicht so viel, wie Bülow, Dernburg und ihr Reichsverband behaupten.

Die Delegation gab nun auf meinen Vorschlag dem Genossen David und mir die Befugnis, diesen ersten Satz zu ändern, aber nur diesen ersten Satz, wie Genosse David selbst in seiner Zuschrift an den „Vorwärts“ (Nr. 205 vom 3. d.) ausdrücklich erklärt, indem er schreibt:

„Trotzdem übernahm ich den Auftrag, mit dem Genossen Wurm gemeinsam eine bessere Formulierung zu suchen, nachdem auf meine Anregung ausdrücklich festgestellt worden war, daß die Formänderung sich nur auf den ersten Satz beziehen dürfe, der zweite Satz dagegen unverändert erhalten bleiben müsse.“

In der Beratung, die zwischen David und mir stattfand, erklärte sich dieser zu der von mir vorgeschlagenen „besseren Formulierung“ bereit. Sie bestand darin, daß dieser erste Satz vollkommen beseitigt wurde und an seine Stelle ein neuer Satz mit ganz anderem Inhalt trat, der aus einem von David in der Kommission gestellten Antrage stammte.

Diesem neuen ersten Satz stimmte ich selbst zu; er lautete:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die produktiven Kräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will.“

Also keine Silbe mehr vom „Nutzen der Kolonien für die Arbeiterklasse“, den Davids bisheriger erster Satz, den er so heiß verkörpert hatte, verkündete!

Der zweite Satz mußte ich unverändert lassen, da ja die deutsche Delegation David und mir nur die Vollmacht gegeben hatte, den ersten Satz zu ändern. Dieser zweite Satz lautete:

„Der Kongress verwirft nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik, da diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“

In der Kommission hatten Ledebour und ich diesen Satz belämpft, weil er geeignet sei, Verwirrung zu stiften, denn unter Kolonialpolitik werde doch nur die kapitalistische Eroberungs- und Ausbeutungspolitik verstanden und nicht diese, sondern eine Kulturpolitik, eine Politik der Kolonisierung und Zivilisation ist das Ziel des Sozialismus. Auch könne der Wortlaut dieses zweiten Satzes zu der Annahme verleiten, wir verwirfen nicht die heutige Kolonialpolitik, sondern wollten sie nur unter sozialistischem Regime zivilisieren.

Deshalb fragte ich den Genossen David in der deutschen Delegation ausdrücklich, ob er etwa diesen zweiten Satz so gedeutet wissen wolle, daß wir uns durch ihn in irgend einer Weise für die kapitalistische Kolonialpolitik festlegen und uns verpflichten, ihr Mittel zu bewilligen.

Und angesichts der deutschen Delegation wies David eine solche Auslegung zurück, auch keiner der ihm Rahstehenden trat für sie ein. Wenn also Genosse Fischer meint, ich hätte den parteigefährlichen Charakter der Resolution von Kol-David nicht erkannt, so scheidet dabei der erste Satz ganz aus, denn dieser wurde auf meine Veranlassung hin ausgetilgt. Und beim zweiten Satz habe ich wie die ganze deutsche Delegation der Erklärung Davids Glauben geschenkt, daß dieser zweite Satz über die „Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime“ unserer bisherigen Haltung in der Kolonialpolitik entspricht, mithin jedes „parteigefährlichen Charakters“ entbehrt.

Der den Vorgang nachträglich anders darzustellen sucht, hat ein recht schlechtes Gedächtnis, oder — sein Kerger spielt ihm einen schlimmen Streich.

Berlin, den 6. September 1907. Emanuel Wurm.

Die Parteipresse über den Internationalen sozialistischen Kongress.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

III. „Vollstimme“ (Chemnitz):

Mit gespanntester Aufmerksamkeit wurde wohl in der ganzen Welt den Beschlüssen des Kongresses über den Militarismus und über die internationale Aktion entgegengefeuert. Die Erörterungen über dieses Thema haben ausschließlich in der Sektion stattgefunden. In den ersten Tagen schien es, als ob bei den vorhandenen Gegensätzen eine Verständigung ausgeschlossen sei. Auch der Militarismus kann erfolgreich nur bekämpft werden, wenn sich in allen Ländern gleichzeitig der Angriff des Proletariats gegen ihn richtet. Bei dem Abscheu, den die sozialistische gefürchtete Waffen aller Länder gegen den Krieg mit seinen furchtbaren Greueln haben, besteht absolute Übereinstimmung in dem Wunsch, daß es gelingen möge, gegen den Ausbruch von Kriegen mit ihren furchtbaren Greueln vorbeugende Maßregeln zu ergreifen. Für die Tollheiten des Franzosen Herzé hat die deutsche Arbeiterklasse aber keine Sympathie übrig. Bestimmte Vorschriften darüber, wie der Kampf gegen den Militarismus und gegen den Krieg zu führen sei, mußte die deutsche Delegation unter allen Umständen ablehnen. Dem ist in der Resolution Rechnung getragen worden, deren Annahme deshalb debattelos und einstimmig erfolgen konnte. Die Willensbindung der Internationale allein wird schon geeignet sein, ganz wesentlich als Friedensfaktor zu wirken.

„Rheinische Zeitung“ (Böln):

„Neben Herzé, der trotz eines starken Anhangs weniger ernst genommen wird, vertrat Jourés mit klammernder Verbundenheit die Forderung scharferer Abwehrmaßnahmen gegen den Krieg und sog durch das Pathos seines Vortrages, weit mehr aber noch durch

die Macht seiner Argumente die Zuhörer gewaltsam in seinen Sinn. Und wenn dieser unstrittig beste Kopf des internationalen Sozialismus die Propaganda der Tat als das wirksamste Agitationsmittel und die beste Vorbedingung des praktischen Erfolges empfahl, selbstverständlich nicht die anarchistische Propaganda des Bombenwerfens und des Mordens, sondern die frisch-fröhliche und kampfesmutige direkte Einwirkung der proletarischen Macht in gegebenen Situationen, so kann er damit gerade uns Deutsche lehren, der Bedeutung der unmittelbaren Aktion mehr als bisher unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wäre wirklich traurig bestellte um die politische Arbeiterbewegung in Deutschland, wenn sie niemals mehr in die Wagschale zu werfen hätte als die Zahl ihrer Parlamentsmandate. Die deutsche sozialistische Bewegung übertrifft die aller anderen Länder, insbesondere diejenige Frankreichs, an Disziplin, an zahlenmäßiger Stärke und auch an proletarischen Geist, doch in bezug auf Taktik war sie bisher allzusehr in bestimmte Formeln gezwängt, die uns für die großen Gegenwartsaufgaben nicht mehr zu genügen scheinen. Wir hatten mit Jourés die Durchdringung der deutschen Arbeiterbewegung mit mehr Aktionstriebe für eine ebenso nützliche wie notwendige Sache, so wenig wir die den besonderen Verhältnissen Preußen-Deutschlands entspringenden Schwierigkeiten künftiger politischer Weichen außer acht lassen. Auf alle Fälle aber sollen wir uns hüten, auf die Kritiken geschäpfter ausländischer Freunde nur mit selbstgefälliger Genügsamkeit zu reagieren.“

„Volksblatt“ (Kassel):

„Um die Resolution, die sich mit dieser Frage befaßt, ist am längsten und bestigsten in den betreffenden Kommissionen gefritten worden. Die deutschen Genossen sind vollkommen eingekreist von allen übrigen Nationen! So mühten wir oft hören. Warum? Weil die Vertreter aller übrigen Nationen mehr oder weniger direkte Aktionen unter Anwendung bestimmter Mittel — Kasernenagitation, Soldatenstreik und Massenstreik im Falle eines Krieges — gegen den Militarismus verlangten, während die deutschen Genossen sich auf solche „bestimmte Mittel“ unter keinen Umständen festlegen wollten. Sie mühten deshalb manches Spottwort über ihren „Patriotismus“ einstecken. Daß angesichts der Verhältnisse, unter denen wir in Preußen-Deutschland leben, die Festlegung auf bestimmte Mittel eine Torheit sein würde, werden unsere Leser ohne weiteres einsehen. Berücksichtigt man die lebhaften Auseinandersetzungen wegen dieser Fragen, so darf unsere Freude über die schließlich Einigung um so größer sein.“

„Vollstimme“ (Frankfurt):

„Der barbarischen Kriegsrüstung der Kulturstaaten... den Krieg bis aufs Messer! Aber nicht bloß in Worten, sondern in der Tat, mit Jugendorganisationen, mit parlamentarischen Aktionen, die jede Kriegsgefahr erspähen, denunzieren und hindern, mit außerparlamentarischen Massenbewegungen, wenn es zum Neuzerren kommt und notwendig wird. Kein Mittel im Kampf gegen den Rohloch Militarismus und für den Kulturfrieden ist ausgeschlossen. So hat der vielgeschmähte Hervéismus mit seinen zweifellosen Liebertreibungen doch befruchtend auf die Internationale und speziell auf unsere deutsche Bewegung gewirkt.“

„Vollzeitung“ (Mainz):

„Das Hauptergebnis dieser Debatten ist u. E. die Feststellung der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder den ehrlichen und ernstesten Willen haben, alles, was in ihrer Macht stehe, daran zu setzen, um Kriegsverwicklungen zu verhindern.“

Streit herrschte nur darüber, welches die wirksamsten Mittel zu diesem Zwecke seien. Man hat sich vernünftigerweise dahin geeinigt, daß man die Wahl der Mittel der gegebenen Situation überläßt. Die Verhältnisse liegen in den verschiedenen Ländern viel zu verschieden, als daß man hier im vorhin die Partei eines Landes auf bestimmte Mittel festlegen dürfte. Die Hauptsache ist, daß allerseits der ehrliche Wille herrscht, alles daranzusetzen, um eine Störung des Friedens unter den Kulturvölkern zu verhindern. Daß dieser ehrliche Wille überall vorhanden ist, das haben die Verhandlungen in Stuttgart in unzweideutiger Weise gezeigt.

Die Vollmachten sind erwacht. Sie werden sich nicht mehr blindlings gegeneinander heben lassen. Sie verlangen das Recht der Selbstbestimmung auch in den großen Fragen der auswärtigen Politik. Das mögen die Regierenden von nun an sich gegenwärtig halten! Auch mit dem Auspielen der Sozialisten des einen Landes als „Patrioten“ gegen die des anderen Landes als „vaterlandlose Wesen“ ist es nun ein für alle mal vorbei. Die Internationale weis, was sie will. Sie will den Frieden! Und: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg!“

Debatten über den Stuttgarter Kongress.

Leipzig.

In einer großen Versammlung der Leipziger Genossen führte Genosse

Kantsh

nach dem Bericht der „Leipz. Volkszeitung“ u. a. aus: Der Stuttgarter Sozialistenkongress, der soeben zu Ende ging, bot von der Massenversammlung auf den Stuttgarter Basen an bis zum Schluß, der alles einig sah, im ganzen ein herrliches Bild. Aber wie sich auf der Sonnenscheibe dunkle Flecken abzeichnen, so sind auch die Verhandlungen nicht ohne jeden unangenehmen Beigeschmack vorübergegangen. Hat sich doch die deutsche Delegation in wichtigen Fragen konservativer als die übrigen gezeigt — die Delegation des Landes, das sonst stets an der Spitze marschiert. Begehrlich wird das bei Betrachtung ihrer Zusammenfassung: ihre Hälfte bestand aus Gewerkschaftlern, und der „rechte Flügel“ der Partei erschien somit in einer Ausdehnung, wie er sie tatsächlich in der Partei nicht besitzt.

In der Frauenfrage ist die deutsche Delegation einhellig und führend vorgegangen. Die Verhandlungen über dieses Thema werden eine fröhliche Förderung der internationalen Frauenbewegung im Gefolge haben, zumal ihr nun ein besonderes internationales Sekretariat in Stuttgart, in der Redaktion der „Gleichheit“ geschaffen worden ist. Nicht minder zufrieden kann man auch mit den Beschlüssen der Konferenz über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sein. Daß die angenommene Resolution gerade von einem österreichischen Gewerkschaftler stammt, ist ein besonders erfreuliches Merkmal. Sind doch in Oesterreich die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften von besonderer Innigkeit; es sei nur daran erinnert, in welcher hervorragenden Weise die österreichischen Gewerkschaften den Kampf ums Wahlrecht aufgenommen haben. Die Resolution sagt alles, was wir brauchen. Sie macht der „Neutralität“ für immer ein Ende; sie erklärt, daß die Gewerkschaften nicht nur Berufsinteressen zu vertreten haben; sie verpflichtet sie, bei ihren Mitglieder Begeisterung für das sozialistische Ideal zu erwecken. Arbeiten die Gewerkschaften in diesem Sinne, dann können wir zufrieden sein! Verteidigung müssen in uns auch die Beschlüsse der Konferenz über die Frage der Ein- und Auswanderung erwecken. Daß die anarchistischen Bestrebungen der amerikanischen Gewerkschaftler, ein Monopol der Arbeiter in den höher stehenden Ländern zu schaffen, glatt zu Boden gefallen sind, ist um so erfreulicher, als gerade wegen der japanischen Einwanderung in Amerika ein Krieg in der Luft schwebt und das japanische Proletariat selber auf dem Kongress vertreten war... Und nun zur Kolonialfrage, wo die Geister besonders scharf aufeinanderprallten. Meinen „Hochverrat“ gegen die deutsche Delegation in der Kolonialfrage beging ich aus guten

Gründen. Was sie eigentlich bedeutet, die neue Erläuterung von der „sozialistischen Kolonialpolitik“, ist mir immer noch nicht klar geworden, denn die Äußerungen darüber von David, Südekum, Bernstein und von Kol widersprechen sich. David und Südekum behaupten, die deutsche Sozialdemokratie habe bisher immer sozialistische Kolonialpolitik getrieben. Von Kol aber warf den Deutschen in seinem Referate vor, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Pflicht vernachlässigt habe, weil sie bisher keine „sozialistische Kolonialpolitik“ getrieben habe! Ueberall Widersprüche! Und zu allem Ueberflus kommt da noch der „Stettiner Volksbote“ und entgegnet auf die Konstatierung des „Vorwärts“, daß er Ledebour und meine Rede mit drei Zeilen abgetan, die Davids und Bernsteins aber ausführlich gebracht habe: Ja, was Kantsh und Ledebour gesagt, war doch der bisherige Standpunkt der Partei, der den Lesern bekannt gewesen sei und deshalb nicht ausführlich wiederzugeben werden brauchte. Von Kol, David und Bernstein hätten aber etwas Neues gesagt! Da habe ich also doch den Standpunkt der bisherigen sozialistischen Taktik vertreten!

Nicht minder sonderbar als all die Gegensätze war die Abstimmung, bei der Genosse David eine eigenartige Rolle spielte. Die deutsche Delegation hatte in den Vorberhandlungen gar nicht mit der Möglichkeit gerechnet, daß etwa die Minderheitsresolution angenommen werden könnte. Als Singer über die Gesamtrésolution abstimmen ließ, schrie David laut in den Saal hinein: „Die deutsche Delegation stimmt mit Rein!“ Das geschah auf eigene Faust, ohne Auftrag, im Namen der deutschen Sozialdemokratie! Und Davids Auftreten war um so bestreuer, als ihm Plankusch vom Parteivorstand kurz vorher gesagt hatte, die deutsche Delegation müsse sich unter diesen Umständen der Stimme enthalten. Und seine Entschuldigung war noch schlimmer als die Tat selbst: er habe das nur gesagt, damit die deutsche Delegation wüßte, wie sie zu stimmen hätte! Die deutsche Delegation ist ihm also eine Hammelherde, die von dem Hirtenknaben David bald nach rechts, bald nach links geleitet werden kann. Es ist ein Skandal, daß die deutsche Sozialdemokratie in diesem Punkte erscheinen mußte. Sie hat freilich David die gebührende Antwort gegeben, indem sie dennoch mit Ja stimmte. Wüßte Jolliterung hätte ihr sonst vor Augen geführt, wohin man kommen kann, wenn man sich von den Revisionisten führen läßt.

Zwischen den früheren Beschlüssen der Delegationen und der Abstimmung standen die Verhandlungen im Plenum, die so recht zeigten, was es mit der „sozialistischen Kolonialpolitik“ auf sich hat. Von Kol erklärt, man müsse mit bewaffneter Hand in die Kolonien gehen, Bernstein spricht von dem „Herrschafts“verhältnis, David möchte in die Kolonien gehen, um für die Verbreitung des Kapitalismus zu wirken — statt des sozialistischen Ideals die Unterdrückung durch das Kapital! Man muß wahrlich zufrieden sein, daß das alles verhindert wurde!

Der Kampf gegen den Militarismus war ein weiteres Hauptthema des Kongresses. In Frankreich erkund... die bekannte antimilitaristische Agitation. Demgegenüber möchte man die Haltung Deutschlands im Ausland einen unerfreulichen Eindruck. Ich erinnere an die Rede Koskes, daß bei einem „Angriff“ jedermann freudig sein Gewehr auf den Buckel nehmen würde... Nun entstand ein zweiter solcher Eindruck im Ausland, als ob die deutsche Sozialdemokratie der Kriegsgefahr gegenüber die Hände in den Schoß lege — weil sie Angst vor dem Gefängnis habe!... Nicht fürcht distriert unsere Haltung, sondern die Lieberzeugung, daß die Mittel des Massenstreiks und der militärischen Insurrektion in Deutschland, wahrscheinlich auch in Frankreich nicht durchführbar sind... Unsere Organisation, unser Kampf würde auf Jahre hinaus lahmgelegt werden —, und das durch die Agitation für ein Mittel, dessen Brauchbarkeit für deutsche Verhältnisse uns selbst sehr fraglich erscheint.

Das bestehende Mißverständnis wurde noch verstärkt durch Bollmar, der Koskes Ausführungen unterstrich und den Massenstreik und die Insurrektion für die unsere französischen Genossen eintreten, als Kinderreien von oben herab abtat, doch wurde die Gefahr einer Uneinigkeit glücklich beseitigt und alle Mißverständnisse schließlich aufgelöst. Durch einstimmige Annahme der Resolution bewies die deutsche Sozialdemokratie, daß sie Kriegsgegnerin ist und sich nicht von der patriotischen Phrase verblenden läßt... Die Resolution zu der Frage des Antimilitarismus bildet den glücklichsten Schlusshakord.

Stärker und geeinter als je steht die internationale Sozialdemokratie für ihre große Sache. Und sie wird sie zum Siege führen. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner berichtete Genosse Lipinski über die Vorgänge in der deutschen Delegation. Zur Ungünstigkeitserklärung des Mandats der Genossin Luxemburg bemerkte er, den Leipziger Genossen sei die Sache sehr unangenehm gewesen, zumal es sich um Genossin Luxemburg handelte, die eben aus dem Gefängnis kam und nichts dazu getan habe, um das Mandat zu erhalten. Aber aus prinzipiellen Gründen habe man das Mandat nicht anerkennen dürfen. Weiter führte der Redner aus:

„Die Beschlüsse der deutschen Delegation über die Majsele, daß künftig für die Unterstügung Gemäßigter Partei und Gewerkschaften gemeinsam aufkommen sollen, bringen durchaus noch keine Klärung. Ein ganzer Hattenkönig neuer schwieriger Fragen taucht auf, und es ist zu wünschen, daß der Parteivorstand bis zum Essener Parteitag zu erkennen gibt, er könne von der bisherigen Stellung zur Majsele nicht abgehen, die er erst am letzten 1. Mai dargelegt hat. Die Delegation ist gewissermaßen bei diesem Beschlusse durch die Gewerkschaftler überführt worden, die im Gegensatz zu den Delegierten der Partei gleich zum Sonnabend voll angetreten waren. Koch eine Ergänzung zu den Beratungen über die Kolonialpolitik! In der Kommission standen sich die Genossen Ledebour und David gegenüber. Ledebour sprach dann in der Delegation eine halbe Stunde, ebenso David, und schließlich waren nur noch fünf oder sechs Minuten Zeit zur Aussprache. Als Plankusch Schluß machen mußte, waren die meisten Redner ausgeschaltet. So kam es, daß die Mehrheitsrésolution von der Delegation angenommen wurde. Wäre der deutschen Delegation Zeit zur Diskussion geblieben, so wäre sie nicht in diese unerfreuliche Situation gekommen, einen Standpunkt einzunehmen, der dem bisher von der Partei vertretenen entgegenge setzt war.“

Dresden.

Am Donnerstag erstattete Genosse Eduard Bernstein

Bericht im sozialdemokratischen Verein zu Dresden. Wegen seiner Haltung zur Kolonialfrage war er in einem Leitartikel unseres Dresdener Parteiblattes angegriffen worden, was dann zu einer Polemik mit Bernstein über die Stellung der Partei zur Kolonialfrage geführt hatte.

Ueber seine Ausführungen wird uns berichtet:

Genosse Bernstein in Proch zunächst von dem gewaltigen Eindruck, den der Kongress hauptsächlich deshalb gemacht, weil diesmal sämtliche Vertreter feste Organisationen vertraten und weil in den meisten Fragen eine erhebende Einigkeit erzielt wurde. Alsdann ging er auf die Verhandlungen des Kongresses näher ein und erklärte, weshalb er nicht in eine Kommission gewählt worden sei. Man habe eben den viel mehr interessierten Gewerkschaften den Vortritt gelassen. Hierauf ging Redner auf Einzelvorlesungen ein. So sei es des Kongresses nicht würdig gewesen, wieder wie in Amsterdam eine Vertretung Indiens vorzuführen. In Amsterdam habe man den alten Indier Dabadi Raarohje als

Vertreter der hungernden Indier und gegen England sprechen lassen, obwohl man wußte, daß Dabadi Naarobje seit 50 Jahren wohlhabender Kaufmann in der City von London sei. (Weiterzeit.) Schon Engels habe ihn jahrzehntlang gekannt, ebenso wie er ihm, Bernstein, seit langem bekannt sei. Bewußt hätte und schäme er den Mann, allein den Eindruck, als käme er aus Indien, hätte man nicht erwecken dürfen. In Stuttgart habe man nun gar eine indische Prinzessin vorgeschickt. Was die erzählte, das sei zum „auf die Säume Kleitern“ gewesen. Man sollte künftigen Kongressen nicht wieder so etwas vormachen. Bernstein legte alsdann eingehend dar, weshalb man den indischen Protesten gegen England nicht so großen Wert beilegen solle und versucht nachzuweisen, daß England Indien gegenüber seine Pflicht getan habe. Allerdings könne es ohne Indien auskommen, und besser wäre es sogar, wenn England Indien wieder los wäre. Obendrein aber auch noch zu versuchen, eine Resolution für Indien und gegen England beim Kongress durchzubringen, das sei direkt herabwürdigend!

Lebhaft wandte sich Bernstein alsdann gegen Ledebours Angriffe gegen den Kolonialrat in der Berliner Versammlung vom Dienstag. Von Kol habe auch in der Kolonialfrage seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan, und es sei unerhört, was Ledebour ihm unterstelle. (Zustimmung.) — Auch gegen die Berichterstattung des „Vorwärts“ über Stuttgart wandte sich Bernstein und führte verschiedene Mängel und Unrichtigkeiten an. Einer solchen Unrichtigkeit sei auch der Leitartikel der „Volkswacht“ gegen ihn entgangen. Der Jubel des „Vorwärts“ über die Annahme der Kolonialresolution mit 127 gegen 108 Stimmen sei deplaciert gewesen. Eine Mehrheit habe noch lange nicht recht, nur weil sie die Mehrheit sei. (1) Man hätte der Wahrheit die Ehre und ruhig zugeben sollen, daß die Abstimmung der deutschen Delegation einer Blamage sehr ähnlich gesehen habe.

Nachdem Genosse Bernstein alsdann seine Haltung zur Kolonialfrage eingehend zu rechtfertigen und an Zitaten seiner und Kantowskis Artikel und Engelscher und Lassalecher Ausführungen zu erklären versucht hatte, daß nicht er allein und nicht erst seit kurzem diesen opportunistischen Gedanken der sozialistischen Kolonialpolitik beizetrete, trat ihm in eingehender Rede

Genosse Albert entgegen. Er wandte sich namentlich gegen die von Bernstein propagierte Politik der Bevormundung über niedrig stehende fremde Völker, und erklärte diese Anschauung als im Widerspruch stehend mit sozialistischen und pädagogischen Grundsätzen. Erziehung (der Eingeborenen) heiße nicht Beherrschung, sondern Entwidlung, und wo Herrschaft, da sei auch Ausbeutung. Wolle man die Eingeborenen in den Kolonien zivilisieren, so dürfe man ihnen nicht Bevormundung, sondern Freiheit bringen. England habe ja in Transvaal damit die besten Erfahrungen gemacht. An der Hand der Heben Kautskis in Stuttgart, sowie der Genossen Karsti-Pole, Trade-Paris, Quela-London und Simons-Nordamerika führe Albert eine große Reihe Argumente gegen Bernsteins Ausführungen an und erkläre zum Schluß: Wenn Bernstein die Partei zu einer anderen Stellungnahme hätte bewegen und in bezug auf ihre bisherige Haltung desabouieren wollen, dann sei der Parteitag von Essen das zuständige Forum gewesen, nicht Stuttgart. Wir aber sahen fürs erste die Notwendigkeit einer „sozialistischen Kolonialpolitik“ nicht ein, sondern mühten erklären: So lange in unserem Vaterlande noch Millionen Not leiden und ohne Schuhe an den Füßen herumliegen, solange sollte man im eigenen Lande den herrschenden Klassen so viel zu schaffen machen, daß sie gar keine Zeit hätten, kapitalistische Kolonial- und Raubpolitik zu treiben.

Im Sinne Bernsteins sprachen noch die Genossen Kaul und Böbe, worauf im Schlußwort Genosse Bernstein sich ausführlich gegen Albert wandte und gegen ihn u. a. eine Stelle des Parteivorstandsberichts an den Stuttgarter Kongress zitierte. Er bleibe dabei, was er in Stuttgart dargelegt meinte, man solle sich doch nicht fräuben, schriftlich niederzuliegen, was man in der Praxis ja alle Tage tue.

Aus der Mitte der Versammlung wurde hierauf vorgeschlagen, Bernstein noch als zweiten Delegierten nach Essen zu wählen, damit er sich dort verteidigen könne. Nachdem aber Genosse Bernstein erklärt, die in Essen zu verhandelnden Fragen seien ihm lange nicht so wichtig wie die (später zu verhandelnde) Freizugsfrage, und daß in Essen Leute genug wären, die ihn, wenn er angegriffen werden sollte, verteidigen würden, zogen die Antragsteller den Antrag zurück. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Versammlung war von 500 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins besetzt.

Vierter Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 4. September.

Dritter Verhandlungstag. (Schluß der Abend Sitzung.)

Zu dem Punkt „Agitation und Gausinteilung“ sprachen noch mehrere Redner. Dann wird die Vorstandsvorlage, Gausinteilung betreffend, angenommen. Ein Antrag Mainz, der die periodische Herausgabe von ausfallenden Flugblättern verlangt, findet ebenfalls Annahme. Verschiedene Anträge auf Entlassung von besoldeten Gausleitern werden dem Hauptvorstande überwiesen.

Müller-Hamburg behandelt nun die Unterstützung und Beitragsfrage. Er begründet ausführlich die Erhöhung der Beiträge von 35 Pf. auf 50 Pf. wöchentlich und die damit zu verbindende Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Mit diesem Referat, das nebst den hierzu gestellten 40 Anträgen und dem Entwurf des Vorstandes der Statutenberatungskommission zur Grundlage dienen soll, schließt die Abend Sitzung.

Frankfurt a. M., 5. September.

Vierter Verhandlungstag.

In der Vormittagsitzung gibt zunächst Boh-Lübeden Bericht der Statutenberatungs-Kommission.

Die für die Allgemeinheit wichtigste Neuerung des Statuts ist der Vorschlag der Kommission, einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder, und neben der bisher bestehenden Krankenunterstützung die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Ueber diesen wohl wichtigsten Punkt des Verbandstages entspinnt sich eine ausgiebige Debatte, die Bergmann-Berlin eröffnet: Ich bin gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Frage ist für uns noch nicht spruchreif, es fehlen die finanziellen und statistischen Unterlagen. Die Unterstütsungsätze (je nach der Dauer der Mitgliedschaft 1 M. bis 1,50 M. pro Tag für männliche und 0,50 M. bis 1 M. für weibliche Mitglieder) sind zu hoch; die Erhöhung der Beiträge um 15 Pf. pro Woche gibt keine gesicherte Finanzierung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Deller-Offenbach verspricht sich bedeutende agitatorische Erfolge mit der Arbeitslosenunterstützung. Man könnte dann gegen die Gesellenvereine und Bruderschaften, die Krankenunterstützungen usw. eingeführt haben, besser vorgehen. Alle modernen Gewerkschaften hätten die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und seien gut damit gefahren. Die Erfolge würden auch beim Fleischerverbande nicht ausbleiben. (Weisfall.)

Hensel-Berlin: Wir vom Hauptvorstande haben die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht vorgeschlagen können. Die durch die beantragte Beitragserhöhung erzielt größere Einnahme würde heute kaum genügen, um die Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu decken. Die Mitgliederzahl müßte sich dann bedeutend erhöhen.

Flischowski-Frankfurt a. M. ist für Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Andere Organisationen seien beim Ausbau des UnterstützungsweSENS in die Höhe gegangen.

Müller-Hamburg spricht ebenfalls für die Erhöhung der Beiträge, und Einführung der Arbeitslosenunterstützung, erstere solle am 1. Januar 1908, letztere am 1. Oktober desselben Jahres in Kraft treten.

Robert Schmidt-Berlin: Ueber die Frage der Beitragserhöhung müssen Sie selbst entscheiden. Bei anderen Organisationen hat die Erhöhung der Beiträge keine Nachteile zur Folge gehabt. Die zu erörternde Frage: ob bei den Beiträgen von 50 Pf. die vorgeschlagenen Unterstütsungsätze bezahlt werden können, kann man, wenn man Vergleiche mit sonstigen Verbänden zieht, bejahen. Es liegen keine finanziellen Bedenken vor, um von der Einführung abzuraten, im Gegenteil ist die Sache ist bei Ihnen außerordentlich günstig. Genosse Schmidt vergleicht die Leistungen einzelner Gewerkschaften für Unterstütsungszwecke. Der Verband der Fleischer hat im vergangenen Jahre für Krankenunterstützung durchschnittlich pro Mitglied 0,23 M., der Metallarbeiterverband aber 2,40 M. ausgegeben. Und die Ausgaben für Reiseunterstützung sind bei dem Fleischerverbande pro Mitglied und Jahr auf 4 Pf., bei den Metallarbeitern auf 84 Pf. und bei den Holzarbeitern auf 88 Pf. gekommen. Ich empfehle Ihnen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und rate, diese nicht, wie die Kommission vorschlägt, erst am 1. Januar 1900, sondern schon früher in Kraft treten zu lassen. (Weisfall.)

Nachdem Kluge-Hannover ebenfalls für die Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung gesprochen, wird ein Schlußantrag angenommen.

Bei der Abstimmung wird die Beitragserhöhung von 35 auf 50 Pf. pro Woche und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 23 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Beitragserhöhung tritt am 1. Januar, die Arbeitslosenunterstützung am 1. Oktober nächsten Jahres in Kraft.

Es wird hierauf lebhaft über die Frage diskutiert, ob den Verwaltungsstellen 25 oder 30 Proz. von den Wochenbeiträgen bleiben. Die Statutenberatungskommission schlägt 20 Proz. vor. Dagegen wenden sich die größeren Verwaltungsstellen wie Berlin. Doch wird der Kommissionsantrag angenommen.

Auch die Frage, soll alle 2 oder 3 Jahre ein Verbandstag stattfinden, zeitigt eine ausgiebige Debatte. Der Hauptvorstand will nur alle 3 Jahre einen ordentlichen Verbandstag, die Statutenberatungskommission und die meisten Redner wünschen ihn alle 2 Jahre. Schließlich einigte man sich, daß der nächste Verbandstag Oster 1910 in Hannover stattfinden soll.

Das neue Statut wird hierauf en bloc mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Von den sonstigen Anträgen sind von allgemeinem Interesse: Der Antrag Hamburg und Lübede:

„Die Schaffung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes zu erstreben.“

Verbandsvorsitzender Hensel-Berlin erklärt hierzu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konferiert habe, man sei einen großen Schritt diesem Ziele näher gekommen. Der Hauptvorstand tue sein Möglichstes, um die Gründung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes baldigst herbeizuführen.

Die Verwaltungsstelle Lübede beantragt, jeden Herbst ein bis zwei Kollegen an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen in Berlin teilnehmen zu lassen. Dieser, sowie obiger Antrag, werden dem Hauptvorstand überwiesen.

Angenommen wird der Antrag Hamburg: Der Hauptvorstand möge die Lehrlingszucht energischer als bisher bekämpfen. — Damit schließt die Vormittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst ein kurzer Bericht Hensels über die internationalen Beziehungen entgegengenommen. Die internationalen Verbindungen sind zwar nicht befriedigend, man ist aber in dieser Frage um einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen. Ein Gegenseitigkeitsverhältnis soll festgelegt werden. Der Hauptvorstand sei soweit wie möglich bemüht, den internationalen Verkehr auszugestalten. — Zum 10. dänischen Schlichterkongreß, der nächsten Jahr stattfindet, wird Hensel delegiert.

Die Debatte über die Regelung der Gehalts- und Diätenfrage zeitigt diese Beschlüsse: Das Gehalt des Vorsitzenden wird auf 2000 M., des Kassierers auf 2000 M. und das der übrigen Beamten auf 1000 M. festgesetzt. Die Delegierten erhalten ohne Lohnentschädigung pro Tag 12 M. Diäten.

Bei der Wahl der Vorstandsmitglieder werden Hensel-Berlin als Vorsitzender und Krause-Berlin als Kassierer wiedergewählt. Flischowski-Frankfurt a. M. wird als Gauleiter bestätigt.

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß wird Hensel-Berlin delegiert.

Es folgen die üblichen herzlichen Schlüsse und Dankreden. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließt dann Kluge-Hannover den vierten Verbandstag.

Soziales.

Die Sperre als Kampfmittel.

Im Juli waren in der „Berliner Volkszeitung“ Anzeigen des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen über die Verhängung der Sperre gegen die Firma Paul Anger u. Cie. erschienen. Die Firma hatte hierauf Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, die dem Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin, und der „Berliner Volkszeitung“ bei Vermeidung einer gerichtsfest festzusetzenden Strafe untersagen sollte, „in der „Berliner Volkszeitung“ eine Anzeige zu veröffentlichen, in der gesagt wird, daß über die Klägerin die Sperre verhängt ist, daß die dort beschäftigten Zuschneider und Zuschneiderinnen die Arbeit niedergelegt hätten oder in Streik getreten wären, oder in der gesagt wird, daß diese Tatsachen zur Kenntnis der Detailgeschäfte gebracht würden, die von der Klägerin ihre Waren beziehen.“ Die Ferien-Zivilkammer des hiesigen Landgerichts wies in der Verhandlung vom 19. August den Antrag der Firma zurück. Dem in Ausfertigung vorliegenden Urteil entnehmen wir folgendes:

In der Verhandlung beantragte der durch Rechtsanwält Dr. Roth vertretene Verband der Schneider und Schneiderinnen, unter Hinweis auf Rand 54, S. 259 der Reichsgerichtsentscheidungen, daß ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung aber gegen § 228 Bürgerlichen Gesetzbuch nicht vorliege. Er legte dar, daß eine Fortsetzung der Annoncen nicht geplant sei und auch deshalb ein Grund zum Erlaß einer einstweiligen Verfügung nicht vorliege. Die durch Justizrat Wasse vertretene „Volkszeitung“ schloß sich diesen Ausführungen an und hob hervor, daß sie auch die Erläuterungen der Schneider über die fragliche Angelegenheit angenommen habe. Die Darlegungen der klagenden Firma ergeben sich aus dem nachfolgenden Teil der Urteilsgründe:

„Die die Klägerin selbst vorgebrachten, ist es zwischen ihr und dem Beklagten zu 1 zu Tarifstreitigkeiten gekommen. Infolge dieser Streitigkeiten ist es zur Verhängung der Sperre gekommen. Nach § 162 der Gewerbeordnung sind Vereinigungen der gewerblichen Geschäfte usw. zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie hier bei der Beklagten vorliegt, zulässig. Ausgeschlossen ist nur der Zwang zur Teilnahme an dergleichen Vereinigungen und Verabredungen durch die im § 163 am angeführten Ort angeführten Mittel. Die Annoncen enthalten lediglich die Aufforderungen, bei der Klägerin nicht in Arbeit zu treten, nichts weiteres; sie verstößen somit nicht gegen § 163 der Gewerbeordnung. Wenn Arbeiter der Klägerin beschäftigt, bedroht werden, so kann dafür der Beklagte zu 1 nicht verantwortlich gemacht werden, mag dieses auch infolge der Anzeigen geschehen sein. Die Sperre an und für sich ist, wie das Reichsgericht Rand 54 Seite 259 ausführt, im Lohnkampf ein zulässiges Kampfmittel. Daß der Beklagte zu 1 (der Verband) dabei ein ganz unbedeutendes Organ ist, kann als richtig nicht erachtet werden. Gerade er ist berufen, die Interessen der Schneider wahrzunehmen. Die seine Beschlüsse zustande kommen, ist seine interne Angelegenheit und deshalb

ohne Bedeutung. Daraus daß die Sperre ein Kampfmittel ist, folgt, daß sie dahin gerichtet ist und dahin gerichtet sein darf, den Willen des Verbandes der Arbeitnehmer den Arbeitgebern aufzuzwingen. Es liegt darin kein Eingriff in die Gewerbe-freiheit, wenn ein Arbeitnehmer gezwungen werden soll, nur gewisse Preislagen zu fabricieren.

Wenn trotz des klaren Wortlauts der Gewerbeordnung und der Darlegungen in der zitierten von uns im Juli 1906 abgedruckten Entscheidung des Reichsgerichts immer wieder versucht wird, durch zivilgerichtliche Entscheidungen die Anordnung und Durchführung einer Sperre zu vereiteln, so zeigt auch dies die dringende Notwendigkeit eines ausdrücklichen Schutzes des Koalitionsrechts an Stelle der vielerlei gegen die Ausübung des Koalitionsrechts ins Werk gesetzten Einengungen und Fallstricke.

Die Sklaverei der Konkurrenzklause.

Am 24. August hatten wir über die Verhandlung vor dem hiesigen Kaufmannsgericht berichtet, in der der Kommerzienrat Friedrich Buhle, alleiniger Inhaber der Schraubenfabrik F. Buhle, beantragte, den früher bei ihm angestellten Handlungsgehilfen Richard Lübede zur Einstellung seiner neuen Tätigkeit und zur Zahlung von 500 M. Konventionalstrafe zu verurteilen. Das Kaufmannsgericht lehnte zwar den Antrag auf Unterjagung der neuen Tätigkeit ab, gab aber leider dem Antrag auf Zahlung der Konventionalstrafe statt. Kläger hatte dann eine „Berichtigung“ und übermittelte, der wir am 27. August Raum gaben. Nunmehr sendet uns der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwält Dr. Eduard Bränkel folgendes Schreiben:

„In der Prozeßsache des Kommerzienrats Buhle gegen Herrn Richard Lübede, in der kürzlich das Kaufmannsgericht Herrn Lübede durch eine bemerkenswerte Entscheidung zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 500 M. wegen Verletzung der Konkurrenzklause verurteilt hat, bitte ich Sie als Rechtsbeistand des Herrn Lübede um gefällige Aufnahme folgender Erklärung:

Herr Kommerzienrat Buhle verfenet eine als „Berichtigung“ bezeichnete Mitteilung, der auch Sie Aufnahme gewährt haben. Diese „Berichtigung“ enthält mehrere Unrichtigkeiten.

a) Es ist unrichtig, daß die Mitteilung des Herrn Lübede vom 9. März 1907 die Erklärung enthalten habe, mein Mandant müsse die Stellung aufgeben, „um sich zur Erholung nach außerhalb zu begeben“. Herr Lübede hat vielmehr lediglich in vorhergegangenen Mitteilungen darauf hingewiesen, daß er fürchten müsse, durch Fortsetzung der ihm von Herrn Kommerzienrat Buhle zugewiesenen Art der Beschäftigung in dem Isolierzimmer seine Gesundheit zu schädigen. Mein Mandant hat also nicht, wie es nach der „Berichtigung“ des Herrn Buhle den Anschein hat, versucht, diesen über den Grund und Zweck seines Austritts zu täuschen.

b) Es ist unrichtig, daß die Dauer der Arbeit in dem Isolierzimmer von Herrn Buhle „nur“ auf 7 Stunden täglich festgesetzt war. Mein Mandant ist im Besitze der schriftlichen Anweisung, von 9—5 Uhr zu arbeiten.

Herr Lübede beabsichtigt übrigens, gegen das Urteil des Kaufmannsgerichts die Berufung vor dem Landgericht einzulegen. Erst dieses Gericht dürfte also das letzte Wort in dieser Sache zu sprechen haben.“

In der Berufungsinstanz dürften die Chancen des Beklagten nicht ungünstig sein, da die Klage auf Unterlassung der Tätigkeit und Zahlung der Strafe unzulässig ist (§ 940 B. G. B.), das Gericht nicht das Wahrecht des Klägers, das eine oder das andere zu verlangen, hätte ausüben, sondern die Klage abweisen, zum mindesten aber die exorbitant hohe Konventionalstrafe um das Hundertfache hätte herabsetzen sollen. Wie immer aber der Ausfall des Prozesses in zweiter Instanz sein wird, auch der Fall Buhle wider Lübede ist ein Beweis mehr für die dringende Notwendigkeit des Verbots der Konkurrenzklause allen Arbeitern, nicht bloß den Handlungsgehilfen gegenüber.

Bezahlung für Ueberstunden.

Der Monteur G. verlangte für eine große Zahl von Ueberstunden, die er während einer Auslandsmontage in Rumänien für die Siemens-Schubertwerke gemacht hatte, durch Klage beim Berliner Gewerbegericht Bezahlung. Der Vertreter der Firma berief sich auf § 13 der beim Engagement vom Kläger anerkannten Dienstverpflichtung, wonach mit Rücksicht auf die Auslandszulage die Ueberstunden bei Auslandsmontagen nicht bezahlt würden. Der Kläger wollte diese Bestimmung nicht für sich gelten lassen, so weit es sich um die Montage in Rumänien handelte. Die Kammer 5 wies die Klage mit folgender Begründung ab: In Frage kämen die Auslandsvorschriften der Dienstordnung. Da sie Kläger unterschrieben habe, so gelten sie auch ohne daß im Einzelfalle darauf Bezug genommen werde. Die Ueberstundenbezahlung sei dadurch ausgeschlossen. Nun berief sich Kläger auf den § 12 b. Der Kommerzienrat aber im wesentlichen auf dasselbe hinaus. Für den Fernverkehr bestimmt auch § 12, daß erforderlich werdende Ueberstunden ohne besondere Bezahlung zu leisten seien. Eine Ausnahme werde allerdings vorgeesehen, indem es dann u. a. heiße: Es könne ausnahmsweise bei andauernden besonderen Leistungen eine Vergütung eintreten; sie werde dann besonders festgesetzt. — Nach dieser Bestimmung bestche zwar die Möglichkeit der Ueberstundenbezahlung, aber noch keine Verpflichtung dazu. Jedenfalls könne sie nicht durch Klage erzwingen werden.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterlohn und Haushaltkosten im Jahre 1906.

In seiner Korrespondenz schreibt der Genosse Calver: Die Polemik über diese Frage, die davon ausging, daß der „Vorwärts“ Ende 1906 von „Gungewählten“ sprach, während auf der anderen Seite eine Zunahme der Konsumkraft der Arbeiter im Jahre 1906 sowohl gegen 1905 als auch ganz besonders gegen 1903, dem lehtvorhergegangenen Wahljahr, behauptet wurde, hat insofern einen sachlichen Nutzen gehabt, als der „Vorwärts“ seine ursprüngliche, scharfe Stellung klipp und klar aufgehoben hat. Er schreibt nämlich in seiner Nummer vom 31. August wörtlich: „Dem Urteil Calvers haben wir entgegengestellt, daß für einzelne Gruppen sich die wirtschaftliche Lage wohl etwas verbessert haben kann, für einen anderen Teil der Arbeiter sei die Lebenshaltung ziemlich gleich geblieben, während unabweislich für eine große Menge die Lohnzunahme hinter der Steigerung der Warenpreise zurückgeblieben ist.“ Dieses sachliche Entgegenkommen, das freilich noch keine Uebereinstimmung bedeutet, läßt es angezeigt erscheinen, die Diskussion über die wichtige Frage vorläufig ruhen zu lassen. Nur das eine mag noch bemerkt sein, daß die berufsgenossenschaftlichen Nachweisungen sehr wohl benützt werden können und sollen, nur nicht in der Weise, wie es vom „Vorwärts“ geschehen ist. Ueber die Verwertbarkeit dieser Lohnnachweisungen ist das Nähere ausgeführt in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik (Band 109: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. S. 49—102).

Genosse Calver bleibt bei dem Versuch, die Streitfrage zu verwickeln. Er hat das eiferrige, durch sein Beweismaterial gestützte Urteil abgegeben, daß die Ueberstunden eine weitere Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht verhindern hätten, die Verteuerung aus anderen Ursachen resultierte und trotz der Preissteigerungen ein allgemeiner weiterer Aufstieg für das Jahr 1906 zu konstatieren sei. Wenn er jetzt auf das Jahr 1903 hinweist, so ist das ein mindestens eigenartiges Verfahren. Im Jahre 1903 waren die Löhne seit 1900 nichtig gefallen, die Warenpreise jedoch nicht. Da braucht man wirklich nicht von Problemen zu sprechen, wenn man nachweist, daß im Jahre der Hochkonjunktur die Lebenshaltung besser war als im Krisenjahr. An dem Status eines Jahres mit niedrigem Einkommen und hohen Warenpreisen eine Hebung der sozialen Lage

der Arbeiter nachzuweisen, war bisher das schöne Vorrecht der kapitalistischen Interessenträger. Der Ausdruck „Hungertwahlen“ bezog sich auf die damalige Fleischsteuerung, durch welche die Arbeiter zweifelloso beeinträchtigt wurden. Gab Calwer diesem Worte eine andere Deutung und glaubte er mit dem Hülfsmittel seiner Wissenschaft dagegen losziehen zu müssen, dann müßte diese Wissenschaft auch hieb- und stichfest sein. Er hat aber mit einem Urteil, das mehr auf Annahme und vorgefaßter Meinung als auf Tatsachen beruht, den Gegnern der Arbeiterbewegung ganz unnötigerweise vollkommene Waffen in die Hand gedrückt.

In der in der vorigen Sonnabendnummer abgedruckten Polemik Calwers gegen den „Vorwärts“ erklärt er, die strittige Frage bedeute für ihn ein Problem. Wie hat er das Problem gelöst? In seinem „Handel und Wandel 1906“ schreibt er:

„In welchem Grade das Arbeiter Einkommen gewachsen ist, das ist auch nicht annähernd zu schätzen.“ (Seite 319.)

Calwer hat weiter berechnet, daß der Fleischverbrauch im Jahre 1906 gegen das Vorjahr um 1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen ist. Trotzdem ist das Problem für Calwer gelöst!

Zur Frage: „Wie wirken die Handelsverträge und der neue Zolltarif?“ schreibt die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen: Jede exakte Untersuchung muß sich in erster Linie auf die handelsstatistischen Materialien stützen. Die Zahlen der Ein- und Ausfuhr nach dem 1. März 1906 sind mit denen vor diesem Termin zu vergleichen; selbstverständlich nicht nur die Gesamtzahlen, sondern auch die Zahlen für alle einzelnen Artikel. Eine Vergleichung solcher Art ist aber heute, nachdem seit März 1906 ein neues statistisches Warenkennzeichen zur Anwendung kommt, nur in beschränktem Umfange und nur nach schwierigen, umständlichen Berechnungen möglich. Private Kreise können diese Berechnungen überhaupt nicht anstellen, weil sie das für die Gestaltung der Zahlen ausschlaggebende Material nicht in Händen haben und deshalb nicht mit Sicherheit übersehen können, aus welchen Spezialartikeln sich eine statistische Zusammensetzung zusammensetzt. Die einzige Stelle, von der die Arbeit geleistet werden könnte, ist das statistische Amt des Deutschen Reiches. Hier kennt man die genaue Zusammenfassung und Bedeutung aller einzelnen Positionen und ist in der Lage, das gleichartige einander gegenüberstellen zu können. Die Arbeit erfordert aber einen so bedeutenden Aufwand an Zeit, daß sie mit dem für die laufenden Geschäfte zur Verfügung stehenden Personal unmöglich geleistet werden kann. Es ist deshalb auch durchaus nicht verwunderlich, wenn den bisher erschienenen statistischen Nachweisungen solche Berechnungen zur Herbeiführung der Vergleichbarkeit mit den früheren Jahren nicht beigelegt sind. Es wird der Bewilligung besonderer Mittel bedürfen, um dies umfangreiche, praktisch hoch bedeutsame Werk in Angriff nehmen zu können. Das sollte aber möglichst bald geschehen, denn schon heute macht sich die mangelnde Vergleichbarkeit nicht nur für wirtschaftspolitische Erörterungen, sondern auch für geschäftliche Zwecke sehr übel bemerkbar. Es läßt sich unmöglich annehmen, daß die Reichsregierung die Inangriffnahme einer solchen Arbeit nicht schon aus eigener Initiative in Aussicht genommen haben sollte. Sie selbst hat für alle weiteren handelspolitischen Entschlüsse dieses Material dringend nötig.

Bankrott. Zu dem Thema Verlängerung des Reichsbankprivilegs wurde eine Resolution einstimmig angenommen. Diese fordert eine in den Grundzügen unveränderte Verlängerung des Reichsbankprivilegs etwa auf 35 Jahre, Beibehaltung der gegenwärtigen steuerfreien Notengrenze und den Ausbau des Giroverkehrs, eventuell unter Anlehnung an die Posteinrichtung. Die Resolution besagt ferner, die Höhe des Reichsbankdiskonts sei nur durch die allgemeine, wirtschaftliche Lage bedingt, eine Veränderung der Währungsposition, ebenso wie die Verstaatlichung der Reichsbank, sei unzulässig und eine Erhöhung des Grundkapitals und des Reservefonds der Reichsbank nicht erforderlich.

Der Eroberungszug der Pankees in Südamerika. Die amerikanische Kapital von den Vereinigten Staaten aus die übrigen Länder der beiden Kontinente, besonders Südamerika, erobert, wird in einem Finanz-Magazin, dem „Bankers Magazine“, von sachverständiger Seite aus beleuchtet. In Mexiko sind 700 Millionen Dollar angelegt und es werden immer neue Gelegenheiten wahrgenommen, sich dort einzunisten. In Kuba sind seit dem spanisch-amerikanischen Kriege 150 Millionen Dollar von amerikanischen Kapitalisten angelegt worden und unter den übrigen westindischen und mittelamerikanischen Staaten ist nicht einer, in dem nicht mindestens 10 Millionen profitbringend investiert wurden. Wie in dem Magazin bemerkt wird, steht man erst am Anfang eines großartigen Eroberungszuges durch Südamerika. Besonders viel verspricht man sich von der Entwicklung in Brasilien, eines Landes voll unererschöpfter Reichtumsquellen. Am Laufe eines Jahrzehnts erwartet man, daß der panamerikanische Handel sich auf 1000 Millionen Dollar belaufen werde. Im abgelaufenen Rechnungsjahre hatte er die Höhe von 610 Millionen erreicht; vor zehn Jahren waren es erst 208 Millionen. Die Ausfuhr aus den spanisch-amerikanischen Ländern nach den Vereinigten Staaten betrug im vorigen Jahre 300 Millionen Dollar, die Vereinigten Staaten sandten nach jenen Ländern für 250 Millionen Waren. Verhältnismäßig hat der Handelsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und den spanisch-amerikanischen Ländern mehr zugenommen als der mit irgend einem anderen Lande der Handelswelt; Argentinien hatte 60 Proz., an Zunahme aufzuweisen, Brasilien 50, Mexiko 200 und Zentralamerika 80 Proz. Die Pankees rechnen auch damit, daß viel europäisches Kapital in Südamerika Anlage suchen wird, besonders in Brasilien.

Elektrischer Betrieb der schweizerischen Eisenbahnen. Mit Vertretern der Regierung des Kantons Uri haben Vertreter des Bundesrats, der Bundesbahnen und der Gotthardbahn einen Vertrag abgeschlossen, wonach Uri für den elektrischen Betrieb der Gotthardbahn dem Bunde circa 20 000 bis 25 000 Pferdekräfte auf die Dauer von 50 Jahren auf der Reich überläßt gegen eine Abfindungssumme von 250 000 Fr. und einen Jahreszins von 72 000 Fr. Der Bund übernimmt ferner die Verpflichtung, 7000 Pferdekräfte für industrielle Zwecke zu reservieren und den Gemeinden die Kraft zur Beleuchtungszwecken zum Selbstkostenpreis zu liefern. Mit den bereits im Tefin gesicherten Wasserkräften verfügt der Bund über 50 000 für den Betrieb der Gotthardbahn, womit er der größte Wasserkraftbesitzer im Lande ist.

Gerichts-Zeitung.

Die Leiden eines Lehrers mit zu liberaler Gefinnung. In dem mittelfränkischen Dorfe Rothbach lebt ein Volksschullehrer im verzweifeltsten Kampfe mit den liberalen Gebietern der Schule; dem Bezirksamt und dem protestantischen Pastor, welche Faktoren zusammen die Disziplinarkommission und somit die Vorgesetzten des Lehrers bilden.

Der Lehrer — Müller ist sein Name — hat den großen Fehler, im Gegensatz zu seinen Gebietern nicht liberal zu sein; er gehört dem bayerischen Bauernbund an. Diesen Fehler des „Untergebenen“ könnten seine Gebieter aber schließlich noch verschmerzen, wenn der „Kerl“ nicht die „Freiheit“ besitzen würde, wirklich liberal zu sein, trotzdem er in politischen Versammlungen die offiziellen Liberalen bekämpft und zwar aus dem Grunde bekämpft, weil er die Liberalen als das Gegenteil von liberal hat kennen lernen müssen!

Der „inoffizielle“ liberale Lehrer hat im März vorigen Jahres angesichts der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl in einer Versammlungsrede vor Bauern unter anderem gesagt, daß die Kinder in der Schule zu viel biblische Geschichten auswendig lernen müßten, wodurch die Ausbildung in anderen, für das praktische Leben nützlichen Lehrfächern schwer beeinträchtigt würde. An die Konstatierung dieser Tatsache knüpfte der Lehrer die Bemerkung,

daß der Geisteslicht anscheinend daran gelegen sei, die Bauern in der Dummheit zu erhalten. Diese ganz allgemein gehaltenen Worte wurden dem Lehrer zum Verhängnis. Denn durch den überwachenden Gendarmen bekam die Disziplinarkommission davon Kenntnis und die Folge dieses taktlosen Verhaltens eines Untergebenen gegenüber seinem Vorgesetzten, dem Pfarrer Haas, war ein auf dem Disziplinärweg erteilter Verweis mit Eintragung in die Qualifikationsliste des Lehrers. Außerdem erwuchsen dem Lehrer aus diesem Disziplinärverfahren 17 M. Kosten.

In einer zweiten Bauernbundesversammlung gab der wegen seiner liberalen Anschauung von seinen liberalen Vorgesetzten disziplinierte Lehrer von dem Vorfall Kenntnis und außerdem verteidigte der Bauernbundesredakteur Anton Remminger die Sache in seiner „N. B. Landesztg.“. Das trug dem „untergebenen“ Lehrer einen zweiten disziplinären Verweis ein. Bemerkenswert bei der Sache ist, daß der Pfarrer als Ankläger bei der wiederholten Disziplinierung des Untergebenen auch zugleich als Richter mitwirkte.

Mit dem zweiten Verweis wurde dem Lehrer die Geschichte doch endlich zu dumm. Unter Beobachtung der gleichen Sittlichkeitsformen, die man ihm, dem „Untergebenen“ gegenüber angewandt, reichte er an die Regierung von Mittelfranken Beschwerde ein. Durch die Art der Abfassung der Beschwerdeschrift fühlten sich der Bezirksamt und der Pfarrer als Einzelpersonen, ferner beide zusammen als Disziplinarkommission und endlich auch noch das Bezirksamt als solches beleidigt. Es lagen also 4 Strafanträge von zwei Personen in ein und derselben Sache vor. In der Verhandlung vorm Amtsgericht Neustadt a. Rhön vertrat der Bezirksamtssekretär, also der „Untergebene“ des eigentlich beleidigten Bezirksamtmannes, die Anklage. Er beantragte gegen den „Untergebenen“ seines Chefs die Kleinigkeit von 4 Monaten Gefängnis! Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe.

Der Lehrer legte Berufung ein, weil er unter Verweigerung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht freigesprochen wurde, der Rechtsanwalt erlosb Berufung, damit der „Schulmeister“ von der nächsten Instanz gehörig eingesperrt werde.

Die Berufsungsverhandlung vor dem Landgericht in Jülich gestaltete sich recht interessant. Dem liberalen Pfarrer Haas genügte der liberale offizielle Ankläger nicht, er trat in dieser Verhandlung als Nebenkläger auf und brachte als seinen Vertreter, damit also als zweiten Ankläger gegen den wegen seiner wirklich liberalen Anschauung mit ihm in Konflikt geratenen „Untergebenen“ auch noch den Vorsitzenden des nationalliberalen Vereins in Rürberg, den Rechtsanwalt Weyer, mit.

Ein als Sachverständiger vernommener Lehrer aus Jülich erklärte, wenn dem angeklagten Lehrer zugemutet wird, in 100 Stunden pro Jahr 83 biblische Geschichten „durchzulernen“, so sei das entschieden zu viel. Es sei ein großer Irrtum, zu glauben, die Religiosität des Kindes werde dadurch vermehrt, daß man möglichst viel biblische Geschichten und Sprüche in die Köpfe einpaukt, das sei lediglich eine Gedächtniskultur und die religiösen Erbauungstunden würden dadurch zu gefährdeten Drillstunden.

Ferner wurde in der Verhandlung gegen den Willen des Pfarrers ein von diesem an das Bezirksamt gerichtetes längeres Schreiben vorgelesen, das alles, nur nicht den christlichen Geist der Liebe und Duldsamkeit atmet, und das von direkten Beleidigungen gegen den Lehrer nicht frei ist. Trotzdem ließ der liberale Pfarrer durch seinen liberalen Anwalt das Gericht um eine Freiheitsstrafe für den Lehrer bitten. Der Staatsanwalt erklärte, daß er zwar den Antrag des Anwalts in der Vorinstanz, der auf vier Monate lautete, für zu hoch halte, jedoch eine Freiheitsstrafe sei für den Lehrer am Platz; er beantragte 6 Wochen Haft.

Der Verteidiger, Genosse Dr. Sühheim, schilderte die Leiden, die der Lehrer mit wirklich liberalen Anschauungen von seinen angeblich liberalen Vorgesetzten zu erdulden hatte und beantragte unter Berufung auf § 193 Freisprechung, denn eine Beschwerde gegen Ungerechtigkeiten oder vermeintliche Ungerechtigkeiten der Vorgesetzten sei ohne Angriffe auf jene nicht denkbar und zudem sei aus Form und Umständen die Absicht der Beleidigung nicht zu erkennen. (Es handelte sich um Worte wie: „das ist das Gegenteil von Mut“, „es fehlt dem Bezirksamtmann wohlwollende Objektivität“, „der Abschnitt 3 des Disziplinarbefehls enthält eine Lüge“ usw.)

Das Urteil verwarf beide Berufungen. Es bleibt also bei der Geldstrafe von 100 M.

Dieser Fall ist zur Beurteilung unserer heutigen Liberalen sehr wertvoll. Er zeigt aber auch, wie den Lehrern das Recht der freien Ueberzeugung und politischen Betätigung genommen wird, wie sie niedergezwungen werden, wenn sie wirklich liberale Anschauungen zum Ausdruck bringen, niedergezwungen von den nämlichen Liberalen, die vor den Wahlen, aber auch nur vor den Wahlen sich dem Volke als einzige Verteidiger der Kultur empfahlen, in der Praxis aber mit den Märdern und Dummhännern Hand in Hand gehen in dem Bestreben, dem Volke die Religion, recht viel Religion zu erhalten!

War man bei diesem Prozesse auch bestrebt, seine politische Seite abzuleugnen und nur die angeblich beleidigende Beschwerdeschrift als Objekt der Verhandlungen gelten zu lassen, so vermochten die „Vorgesetzten“ des „Untergebenen“ nicht zu verhindern, der Geschichte des Liberalismus ein hübsches Momentbild einzubringen und den Tiefstand unserer Schulen sowie die geistige Anstrenge der deutschen Staatsbürger aufs neue in beschämender Weise zu zeigen.

Ist die widerrechtliche Benutzung eines Automobils strafbar?

Eine sehr aktuelle Rechtsfrage, die schon wiederholt zu den weitgehendsten Erörterungen Gelegenheit gegeben hat, ist nunmehr vom Reichsgericht entschieden. Es handelte sich um die vielfach erörterte Frage, ob die widerrechtliche Benutzung eines Automobils als Diebstahl oder als ein *furtum usus*, d. h. als eine straflose Entwendung zu Gebrauchszwecken anzusehen sei. Der Chauffeur Max Koshan stand am 2. Januar d. J. vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des Diebstahls. Der Tatbestand war folgender: Der Angeklagte hatte zu wiederholten Malen im April v. J. des Nachts aus einer in der Turmfabrik gelegenen Automobilwerkstatt und Garage den vierfüßigen Benzinstwagen des Rechtsanwalts Eisbach herausgeholt und mit Bekannten eine nächtliche Spazierfahrt gemacht. Auch aus der Automobilwerkstatt am Lehrter Bahnhof hatte der Angeklagte im Februar v. J. wiederholt ein dem Fabrikanten Schulz gehöriges Automobil des Nachts zu Spazierfahrten benutzt. Die Besitzer der Fahrzeuge erlangten auch keine Kenntnis davon, daß die Wagen in dieser Weise hinter ihrem Rücken benutzt wurden. Der Angeklagte reinigte die Fahrzeuge sofort nach der nächtlichen Fahrt, so daß ihnen nicht das geringste anzuhaben war. Erst durch einen Zufall kam man nach geraumer Zeit hinter das Treiben dieses nächtlichen Automobilisten. Da er sich nur durch Benutzung eines Nachschlüssels, der zu der Garage paßte, in den Besitz des Wagens setzen konnte, wurde gegen ihn Anklage wegen schwereren Diebstahls erhoben. In der damaligen Verhandlung machte Rechtsanwalt Brugsch als Verteidiger geltend, daß, so eigenartig der Fall aus liege, niemals eine Verstrafung des Angeklagten eintreten könne, da die Tatbestandsmerkmale des § 242 St.-G.-B. keinesfalls durch die Handlungsweise des Angeklagten erfüllt seien. Die Absicht des Chauffeurs sei in erster Linie gar nicht auf eine Zueignung des Automobils selbst gerichtet, vielmehr habe er sogar die Absicht gehabt, das Fahrzeug am nächsten Morgen schön blank gepußt wieder in den Gewahrsam des Besitzers zurückzubringen. Die Benutzung des Automobils selbst sei strafrechtlich nicht zu verfolgen, da hierin ein *furtum usus* zu er-

blicken sei, der straflos bleiben müsse. Die Strafkammer erkannte auch diesen Ausführungen gemäß auf Freisprechung des Chauffeurs. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Das Reichsgericht erkannte auf Aufhebung des freisprechenden Erkenntnisses unter folgender interessanten Begründung: Das Landgericht habe in seinem Urteil eine rechtsirrtümliche Auffassung über den Begriff Zueignung zum Ausdruck gebracht. Das Erfordernis der Zueignungsabsicht in dem Diebstahlsparagrafen 242 St.-G.-B. besage, daß derjenige, der eine fremde bewegliche Sache einem anderen wegnimmt, dies in der Absicht tun muß, die Sache in sein Vermögen zu bringen, sei es, um sie für sich zu behalten und sie ihrer wirtschaftlichen Bestimmung gemäß zu benutzen oder sie auf Grund einer besonderen Willensentschließung einem Dritten zuzuwenden. Eine solche Absicht fehlt, wenn der Täter die fremde Sache lediglich zu dem Zwecke wegnimmt, um sie zu beschädigen oder zu vernichten. Eine dahingehende Entscheidung des Reichsgerichts in einer anderen Sache, auf die das freisprechende Urteil der Strafkammer gestützt wird, sei jedoch in dem vorliegenden Falle als nicht anwendbar anzusehen. Daß der Angeklagte, als er von dem Benzinstwagen in den Automobilen Besitz ergriff, lediglich die Absicht gehabt habe, die Eigentümer durch die Vergasung beim Verbrennung zu schädigen, ist bei Lage des Falles von vornherein ausgeschlossen. Der gegebene Sachverhalt spreche vielmehr dafür, daß er das Benzinstwagen als Antriebsmittel zur Fortbewegung des Fahrzeuges habe verwendet, in diesem Sinne also seinen Interessen hat dienlich machen wollen. Hat der Angeklagte aber auf solche Weise das fremde Benzinstwagen seiner Substanz nach für sich verbraucht, so hat er es, wenn auch nur vorübergehend, seinem Vermögen zugeführt. Darin liegt aber, daß er sich rechtswidrig angeeignet hat. Die Ansicht des Vorderrichters, daß der Angeklagte gar nicht das Benzinstwagen in sein Vermögen gebracht habe, sei absolut irrig, da gerade der wirtschaftliche Wert einer Sache ja zumeist darin besteht, daß sie durch den Gebrauch verzehrt (begru. zerstört) wird. Durch den Gebrauch des Benzinstwagens habe aber der Angeklagte sein Vermögen in indirekter Weise bereichert. Daß der Angeklagte im vorliegenden Falle mit der in der Absicht einer Zueignung betriebligen Benutzung des Automobils auch eine Wegnahme des Automobils ohne die Absicht einer Zueignung verbunden hat, vermag an der rechtlichen Beurteilung der Sache nichts zu ändern. — Das Reichsgericht führt demnach aus, daß sich der Angeklagte lediglich durch die Benutzung des in dem Automobil enthaltenen gewesenen Benzinstwagens strafbar gemacht habe, nicht aber auch durch die vorübergehende Benutzung des Automobils selbst. Dies führt zu der Konsequenz, daß der Angeklagte in dem vorliegenden Falle nur das fremde Benzinstwagen aus dem Reservoir hätte herauslassen und es mit eigenem, mitgebrachtem Benzinstwagen wieder füllen müssen, um absolut straflos zu bleiben. Die Strafkammer nahm der Entscheidung des Reichsgerichts gemäß nunmehr einen Diebstahl an und erkannte auf die bei schwerem Diebstahl niedrigste zulässige Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Ein „Heiratsvermittler“ auf der Anklagebank.

Wegen Betruges hatte sich gestern vor dem Nürnb. Schöffengericht der „Privatdetektiv“ und Inhaber des Heiratsvermittlungsbüros „Zukunft“, Ernst Rodrian, zu verantworten. Angeklagter übernahm im Dezember 1906 von dem jetzigen Walter Grütter das Bureau „Zukunft“ und annoncierte in bürgerlichen und sich parteilos nennenden Zeitungen:

„Eine Witwe mit 250 000 M. Vermögen möchte sich bald verheiraten.“

Aus wie viel Dummheit der Leserkreis der Blätter, die solche Annoncen aufnehmen, besteht, läßt die Tatsache ablesen, daß nach den besagten Blättern die „Zukunft“ Rodrian mit nicht weniger als 1840 Bewerberinnen um die reiche Witwe aus dem Monde in Verbindung trat. Er verlangte per Nachnahme 1320 Mark. Hunderte lösten die Nachnahme ein und erhielten dafür — 4 oder 5 wertlose Photographien, unter denen sollten sie auszuwählen. Wer nun die Adresse der also Ausgewählten zu erfahren verlangte, erhielt von Rodrian a b e r m a l s N a c h n a h m e f e r d u n g e n im Betrage von 22,50 bis 38 M. Der Inhalt war wertlos Zeug. 274 Geschädigte, darunter verschiedene Arbeiter, haben Anzeige erstattet. Natürlich ist durch den Angeklagten kein einziges „Geschäft“ zustande gekommen, die auf die Annonce Hineingelassen sind ledig geblieben. Angeklagter bestreitet sich schuldig gemacht zu haben. Denn er habe stets heiratslustige Damen mit Vermögen bis 3 Mill. Mark auf Lager gehabt, er habe auch mit einem leidenschaftigen Weizen in Verbindung gestanden usw. Der Amtsanwalt beantragte wegen des gemeingefährlichen fortgesetzten Betruges 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erhob diesen Antrag zum Erkenntnis.

Nicht minder schuldig als der Angeklagte, wenn auch nicht im strafrechtlichen Sinne, dürften die Blätter sein, die solche Schwindelannoncen aufnehmen und durch ihren redaktionellen Teil eifrig bemüht waren, die Dummheit ihrer Leser möglichst zu vergrößern. Rodrian sollte zum Generaloberst des liberal-konservativ-parteilosen Blocks ernannt werden.

Schadenersatz wegen unvorteilhafter Jagdverpachtung.

Der Gemeindevorsteher M. von A. ist Mitglied der Jagdgenossenschaft in Groh-Sooko in Polen. Als Vertreter der mit der Jagdverpachtung beauftragten zwei Schöffen verpachtete er für das Jahr 1906 die Jagd für 50 M. an seinen Kassen, obgleich dem Angebot ein anderes eines Gutsbesizers Meier in Höhe von 300 M. gegenüberstand. Da die meisten Mitglieder der Jagdgenossenschaft diese Verpachtung beanstandeten und eine Schädigung der Genossenschaft erlitten, klagte die Jagdgenossenschaft gegen den Gemeindevorsteher M. auf Zahlung der Differenzsumme von 250 M. an die Genossenschaft.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Posen sowie in diesen Tagen das Reichsgericht erkannten die Klage als gerechtfertigt an und beurteilten den Beklagten zur Zahlung der 250 Mark. In den Entscheidungsgründen des Oberlandesgerichts ist ausgeführt: Der Beklagte habe den Schaden zu ersetzen, da er als Beamter, wenn nicht vorsätzlich, so doch grobfahrlässig seine Amtspflicht verletzt habe. Zwar sei darin, daß er es unterlassen habe, die Nacht öffentlich durch Meißelgebote zu vergeben, eine Verletzung der Amtspflicht noch nicht zu erblicken, dagegen bestehe das schuldhaftige Verhalten darin, daß er das Angebot von 300 M. des Gutsbesizers M. unberücksichtigt gelassen habe.

Kantisierte Zentrumsblätter haben einige Tage vor der bayerischen Landtagswahl in dem schwarzen Reichheim an der Donau eine liberale Versammlung gesprenzt und die Liberalen verhaßen. Einer der frommen Leute erhielt 10 M. Geldstrafe, der andere 14 Tage Gefängnis.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 9.		am 4. 9.		Wasserstand	am 6. 9.		am 5. 9.	
	1906	1905	1906	1905		1906	1905	1906	1905
Remel, Aist	218	—	218	—	Dassel, Spandau	115	—	115	—
Bregel, Insterburg	214	—	214	—	Rathenow	146	0	146	0
Wegsel, Rhön	102	—	102	—	Spreew, Spremberg	90	0	90	0
Oder, Rastorf	402	+263	402	+263	Deeslow	187	0	187	0
• Krossen	113	—	113	—	Wesler, Wittenberg	-71	+13	-71	+13
• Frankfurt	128	+3	128	+3	Witten	20	+26	20	+26
Wartze, Schörm	42	+5	42	+5	Rhein, Walsbühl	—	—	—	—
Landesberg	36	+3	36	+3	Raub	174	-1	174	-1
Rehe, Borsdam	23	+3	23	+3	Adin	161	-7	161	-7
Elbe, Zeitz	-3	+1	-3	+1	Redar, Heilbronn	40	+8	40	+8
• Harb	93	+7	93	+7	Rain, Wertheim	—	—	—	—
• Magdeburg	98	0	98	0	Rasel, Trier	—	—	—	—
• Saale, Großh.	92	+12	92	+12					

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — ? Unterpegel.

Nach geographischer Richtung betrug der Wasserstand der Oder bei Rastorf heute zwischen 12 und 1 Uhr nachts 410 cm, um 8 Uhr vormittags 380 cm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 7. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Rignon.
Kgl. Schauspielhaus. Ein Falliment.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Kammerspiele: Frühlings Erwachen.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Leistung. Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Schmuggler.

Schiller Charlottenburg. Götz von Berlichingen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Ridelungen.
Neues Schauspielhaus. Hertha's Hochzeit.

Neues. Ueber den Wassern.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Susannchen.
Zentral. Daphnis in der Unterwelt.

Kleines. Vater und Sohn.
Reibend. Haben Sie nichts zu verzeihen?
Trianon. Fräulein Josette - meine Frau.

Thalia. Ihr Sechster. Uebel.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachmittags 5 Uhr: Lily Böck.
Die Löwenbraut.

Theater an der Spree. Der Aktienbuddler.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Sylvester Schaffer. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Herrfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Wagnere. Lona Nansen. Spezialitäten.
Wintergarten. Anne Dirksen. Spezialitäten.

Prater. Der Tanzentel.
Luisen. Turandot.
Kasino. Die wilde Jagd.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Tausendstr. 65a.

Abends 8 Uhr: Von der Spitze zum Watzmann.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:

Die tanzenden Männchen.
Sonntag: Die tanzenden Männchen.
Montag: Kunst. (Neu einstudiert.)

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Ueber den Wassern.
Morgen und folgende Tage:
Ueber den Wassern.

Kleines Theater.
Zum 52. Male:

Vater und Sohn.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr zum 53. Male:
Vater und Sohn.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Frühlingsluft.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Friedrich-Schauspielhaus
Wilhelmstr. 30/31.
Seit abends 8 Uhr:

Die Nibelungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.
Abends 8 Uhr: Die Nibelungen.
Montag: Die Nibelungen.

9 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Sonnabend, den 7. September:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwank in 3 Akten von
Raouice Denequin und Pierre Gédé.

Zentral-Theater.
Heute und folgende Tage:
Daphnis in der Unterwelt.
Sonntag nachmittags: Gelfa.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.
Attraktionen 1. Ranges.
Unter anderem:
Das schwimmende Theater.
Das Tollste vom Tollen.
Die 5 Marnos
erstaunliche Akrobaten.

The Newports
Erstaunliche
und 8 erstaunliche Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Passage-Theater.
Lona Nansen.
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung!
Zum ersten Male:
Der Fabrikant. 8 Uhr.
Schauspiel in 3 Akten.
Anf. 7 Uhr. Kasse 3 Uhr. Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Arzt. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Morg.: Gille-Soir. Tanz.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
Sonnabend, 2. Novbr.,
ist für Festität noch frei!
Dienstag u. Freitag: Galt.
der Berliner Volksbühne

Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Sonnabend, den 7. September:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwank in 3 Akten von
Raouice Denequin und Pierre Gédé.

Zweiter Berliner Wahlkreis.

Sonntag, den 8. September,
in den Gesamträumen der
Berliner Bock-Brauerei
(Tempelhofer Berg):

Volkstfest

Konzert * Kinematograph
Turnerische Aufführungen
Kinderspiele
Großer Ball.

Herrn, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.

Konzert u. Ballmusik: Berliner Sinfonie-Orchester.
(Dirigent: Maximilian Fischer.) 239/19*

Turnerische Aufführungen und Kinderspiele: Mit-
glieder des Arbeiter-Turnerbundes.

Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon-
zur Stocklaterne gratis.

Die Kasseküche ist von 2 bis 6 Uhr geöffnet.
Billetts im Vorverkauf 20, an der Kasse 30 Pf.
Anfang 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis.

Um recht zahlreiche Beteiligung bittet

Das Komitee.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.

Turandot.
Sonntag nachm.: Gespenster.
Abends: Gebildete Menschen.
Montag: Turandot.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roth. In Saale gewacht von
Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

Apollo
Theater
15. Debuts d. neuen Spezialitäten
8 Uhr: Silvester Schaffer,
der berühmte Nibelungenkämpfer.
Ton Wilson u. Mit Helvia, Bar-Mit.
Ponschorys Trautzsch. Mit.
Geschwister Amoros,
equilibristische Reubett.
Ines et Takt,
musikalische Exzentriks u. a. m.

Kasino-Theater.
Lötzingstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Ludwig Fulda.
Lustspiel in
4 Akten v.
Bocher d. glänz. Eröffnung v. Prog.
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

DERNHARD ROSE THEATER
St. Franziskanerstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende
September-Programm
Speziell 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung!
Zum ersten Male:
Der Fabrikant. 8 Uhr.
Schauspiel in 3 Akten.
Anf. 7 Uhr. Kasseküche 3 Uhr. Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Passage-Theater.
Lona Nansen.
14 erstklassige Nummern.

Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Sonnabend, den 7. September:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwank in 3 Akten von
Raouice Denequin und Pierre Gédé.

WINTERGARTEN
Anne Danerey, Pariser Sang.
The 8 English Girls,
Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten.
„Die Bauernjungen im Walde“.
Le Roy Talma u. Bosco,
Zauberer.
Agost, komischer Jongleur.
George B. Reno Company,
amerikanische Exzentriks.
Anne Dirksen.
Olga Preobrazjensky, Prima
Ballerina, u. M. Legat, Solotänzer
v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papinta, amerikan. Phantasie-
und Spiegeltänzerin.
Kellino Truppe, in Venedig.
The Hartleys, Springer. Der Biograph.

Gebr. Herrfeld-
Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettsvorverkauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske von Anton u.
Donat Herrfeld. Musik v. L. Hal.
Dazu die Separat-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat
Herrfeld in den Hauptrollen.
„Das Lied der Liebe“ und das
„Anekdoten-Couplet“ aus der
Operetten-Burleske „Mad. Wig-
Wag“ sind im Theater sowie in
allen Musikalienhandlg. zu haben.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstr. 57-62; Sternwarte.
Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

ZOOLOGISCHER
ZGARTEN
Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Schluss des Abonnements am
8. September.
Beginn der Vorstellungen:
18. September.

Walhalla-
Variete-Garten
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Neue Spezialitäten.
Heben eines Automobils
mit den Zähnen.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Rastanien-Allee 7/9.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Tanzentel.
Außerdem:
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönd. Allee 148, Rastanien-Allee 97/99.
Stilles Volks-Theater Berlins.
Heute Sonnabend:
Großes Sommernachtsfest.
Alle Frei- und Ehrenarten haben
Gültigkeit.
Das glänz. September-Programm
mit
Karl Braun
u. u. u.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Morg.: Gille-Soir. Tanz.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
Sonnabend, 2. Novbr.,
ist für Festität noch frei!
Dienstag u. Freitag: Galt.
der Berliner Volksbühne

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Arzt. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Morg.: Gille-Soir. Tanz.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
Sonnabend, 2. Novbr.,
ist für Festität noch frei!
Dienstag u. Freitag: Galt.
der Berliner Volksbühne

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Arzt. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Schmuggler.
Komödie in 4 Akten v. Arthur Dinter.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Montag, abends 8 Uhr:
Honna Vanna.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
Wolfgang v. Goethe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Honna Vanna.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Wer wirklich volkstümlichen
echt Berliner Humor
liebt, der besuche das
Theater an der Spree
Köpenickerstraße 68,
wo jeden Abend 8 Uhr
„Der Aktienbuddler“
Posse mit Gesang und Tanz
gespielt wird. Die besten Possenkräfte wirken mit:
Josefine Dora, Heinz Gordon, Marie Grimm-Einödshofer.
Preise der Plätze: Parkett 1,50 M.
I. Rang 1,50 „
II. Rang Balkon 1,20 „
III. Rang 0,90 „ etc. etc.
65/10*

Wir gehen zu
Castan, 165 Friedrichstr. 165
um das Neueste zu sehen - den
Rechtsanwalt Hau
und andere Sehenswürdigkeiten.

Kunst-Abend unter Leitung von
Margar. Walkotte
am Sonntag, 15. September, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Als Gast: Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos,
Beethoven-Sinfonie usw.
Mitwirkende: Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos u. G.;
Magarethe Walkotte, Vortragskünstlerin; Elsa Thiele,
Koloraturängerin; Otto Wiemer, Rezitator und Dialekt-
Humorist; Bernhard Nietzsche, am Flügel. 296/4*
Entree 60 Pf., Abendkasse 75.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anschließend Tanz.
Vorverkauf: Zigarrenhandlung Horsch, Engel-Ufer 15.

Parteiengenossen, Kollegen usw. Hiermit zur Kenntnis, daß ich
das Lokal von Herrn Hübnor,
Mannstr. 65a übernommen habe. Um zahlreichem
Besuch bittet
der alte T-e-u-e-r von Rixdorf Herm. Schmidt.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien im?
Nach Pichelswälder
alten Freund.
Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein
Herrnprecher Spandau: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

„Flora“ Spandau, Pichelsdorferstr. 39.
Sonntags Gr. Ball.
Anfang 3 Uhr:
Familien können Kaffee trinken!
56200* Emil Koepnick.

Vorwärts Restaurant, Spandau, Schönwalderstr. 80.
Einziges Partielokal u. Bundesfeier-
stelle auf dem Wege zum Sportpark.
Jeden Sonntag gr. Ball. Paul Kumpf.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Morg.: Gille-Soir. Tanz.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
Sonnabend, 2. Novbr.,
ist für Festität noch frei!
Dienstag u. Freitag: Galt.
der Berliner Volksbühne

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Arzt. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Morg.: Gille-Soir. Tanz.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
Sonnabend, 2. Novbr.,
ist für Festität noch frei!
Dienstag u. Freitag: Galt.
der Berliner Volksbühne

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Arzt. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 7. September, veranstalteten die Gefangenenvereine „Liederhain“, „Eintracht II“ und „Bel-Canto“-Sicherheitskomitee in dem gesperreten Lokal „Hertels Schützenhaus“...

Die Lokalkommission.

Deisensee. Die nächste Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Montag, den 9. September...

Der Vorstand.

Konow. Am Mittwoch, den 11. August, findet die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins im Lokal des Herrn Schmidt...

Der Vorstand.

Zossen. Wir machen nochmals auf das am Sonntag, den 8. September, stattfindende Sommerfest des Wahlvereins aufmerksam...

Berliner Nachrichten.

Zur Eisenbahnkatastrophe in Strausberg.

In der vergangenen Nacht ist es dem Kriminalkommissar Weiß gelungen, den Verfertiger des bei Strausberg gefundenen Schlüssel zu ermitteln. Es ist der Schlossermeister Haube...

Der unmögliche Täter trug ein unruhiges Wesen zur Schau. Bei sich führte er einen schließigen Revolver mit Dolchhale. Er trug einen schwarzen, reifen Filzhut mit kleiner, niedriger Krempe...

Hässelhaft ist der Verbleib des Bankiers Raschütz aus Königsberg. Dieser ist, wie seine Frau telegraphiert hat, mit dem Zuge 6 von Königsberg abgefahren. Er wollte in Berlin einen Geschäftsfreund treffen...

Kein Platz in den Krankenhäusern!

Ueber die Anweisungen Kranker, zu denen die Krankenhäuser unserer Stadtgemeinde sich genötigt sehen, berichten wir kürzlich auf Grund der Abweisungsstatistiken...

Winter, im Sommer sei das etwas völlig Unbekanntes. Hier aber scheint aus der amtlichen Statistik hervorzugehen, daß diesmal der Platzmangel zum Sommer hin sogar noch fühlbarer geworden ist.

Im einzelnen ergibt für die sechs Monate der beiden Vierteljahre die Statistik ein sehr lehrreiches Bild. Abweisungen wurden gezählt: im Januar 943, im Februar 672, im März 447, im April 447, im Mai 410, im Juni 414. Die Abweisungen erfolgten mit fünf verschiedenen Begründungen: „Krankenhausbekämpfung nicht erforderlich“...

Es ist gleichgültig, ob die Ärzte bewußt oder unbewußt den Begriff „schwer krank“ je nach der Jahreszeit und dem Zubrang bald enger bald weiter fassen. Die Wirkung für die Abgewiesenen bleibt dieselbe. Für die Abgewiesenen bedeutet es auch keinen Unterschied, ob man ihnen sagt, ihre Aufnahme sei „nicht dringend“...

„Etwas mehr Bewissenhaftigkeit, Herr Pastor!“ In dem Artikel, den wir unter dieser Ueberschrift in Nr. 208 veröffentlicht haben, ist ein Fehler zu berichtigen. Aus dem Satz: „Seine Wohnung muß von dem Mädchen, das in der Charité einbunden wurde, dort nicht richtig angegeben worden sein“...

Aus dem Fenster gestürzt.

Ein aufregender Vorfall hat sich gestern Abend in der Panstraße zugetragen. Während die in der Panstr. 42a wohnhafte Ehefrau Wehberg Einkäufe gegangen war, kletterte ihr vierjähriges Töchterchen auf die Fensterbrüstung...

Der Brand des „Victoria-Speichers“ in der Köpenickerstraße kostete der städtischen Feuer-Sozietät rund 600 000 M. und der des Speichers an der Wälfenstraße im Frühjahr d. J. rund 250 000 M. Infolge dieser beiden und mehrerer anderer Brände müssen die Beiträge der Hausbesitzer für die städtische Feuer-Sozietät beträchtlich erhöht werden.

Zentralverein für Arbeitsnachweis. Die Abteilung für Hausangestellte des Zentralvereins für Arbeitsnachweis beantwortet zahlreiche an sie gerichtete Anfragen dahin, daß die bisher bestehende Vermittlungsstelle Gormannstr. 13 weiter in Tätigkeit bleibt. Der Verein ist durch eine erhöhte Subvention der Stadt Berlin in die Lage versetzt, in der Linstraße eine Filiale zu eröffnen...

Ein Leichenfund, der anscheinend auf einen Kindesmord zurückzuführen ist, ist gestern am Schönholzer Bahnhof gemacht worden. An der Böschung war von einer unbekanntem Frauensperson ein Paket niedergelegt worden, das den Leichnam eines mehrere Tage alten Knaben enthielt. Eingehüllt war der tote Körper in zwei schwarze Schürzen, eine Bluse und in grobes Wadepapier...

Vor die Lokomotive geworfen. Einen schrecklichen Selbstmordversuch unternahm vorgestern ein unbekannter etwa 45-jähriger Mann. In der Nähe des Potsdamer Bahnhofes warf sich der Lebendmüde vor die Lokomotive eines einfahrenden Vorortzuges.

Die Maschine ging teilweise über ihn hinweg und richtete ihn entsehrlich zu. In hoffnungslosem Zustande wurde der Selbstmordkandidat, in dessen Tasche man eine Fahrkarte Berlin-Potsdam vorfand, nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Ein Opfer seiner Kurzsichtigkeit ist der Töpfer Hermann Gramwald aus der Chausseestr. 38 geworden. Gestern nachmittag war er im Begriffe gewesen, nach der im Kellergehoß belegenen Wohnung zu gehen. Infolge seiner Kurzsichtigkeit sah er nicht den ersten Treppenabsatz und stürzte kopfüber die Treppe hinunter.

Befnahme von Telegraphendrahmarbern. Ein gefährliches Abenteuer ist durch die Polizei unschädlich gemacht worden. Vor einigen Tagen wurde in Vogelldorf ein ungewöhnlich dreister Telegraphendrahmstahl ausgeführt. Drei junge Männer waren mit einem zweispännigen Fuhrwerk vor einem Restaurant vorbeigefahren...

Wegen einer Gasexplosion wurde am Freitag die Feuerweh nach der Schützenstr. 73/74 alarmiert. Dort wird zurzeit ein Laden umgebaut, Gasröhren gelegt und dergleichen Arbeiten mehr. Als der Monteur die Leitung nachsah, erfolgte die Explosion. Feuerstöße und der Zug von den Decken, Wänden usw. wurden zerstört.

Wer war der Tote?

Am 28. Juli 1907 wurde bei der Schneidemühle Dombrowka, Landkreis Posen, in einem Biederbüsch die schon sehr stark in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mannes, dessen Gesicht völlig unkenntlich war, aufgefunden. Der Verlorbene war 1,83 Meter groß, kräftig, hatte dunkelblondes Haupthaar, gesunde Zähne, jedoch fehlte oben rechts, sowie unten rechts und unten links je der zweite Backenzahn.

Die Großhändler der Zentralmarkthalle haben eine Agitation eingeleitet, um ihre lange Arbeitszeit einzuschränken. Sie versammelten sich am Freitagabend zur Besprechung ihrer Angelegenheiten in Dräfels Festsaal. Die Engros-Standhaber müssen jetzt um 8 Uhr morgens schon am Platz sein und bis 10 Uhr arbeiten...

Die folgende Resolution wurde angenommen: „Die am 6. September, abends 7 1/2 Uhr, in Dräfels Festsaal versammelten Engros-Standhaber empfinden den Anfang des Engros-Marktes um 8 Uhr früh als unnötige Härte im Engros-Handel. Schwere Schäden an der Gesundheit der Engros-Händler erwachsen denselben aus dieser Bestimmung.“

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht um 12 1/2 Uhr kam auf dem Bahnhof der Hochbahn am Barisdauer Platz Feuer aus. Es brannten bei Ankunft der ersten Löschzüge in der Ladierwerkstatt die Dachkonstruktion, der Fußboden, Balken, Rade, Farben und Delle usw. Durch kräftiges Wassergeben mit zwei Schlauchleitungen gelang es dem Brand auf die Werkstatt zu beschränken.

Der neunte Zug hatte in der Hottwellstr. 5 zu tun, wo vor dem Hause Nr. 6 ein beladener Lastwagen auf den Schienen lag und ein Rad gebrochen war. Die Feuerwehre befreite das Verkehrshindernis. In der Hochmeisterstr. 27, Linienstr. 11/12 und an anderen Stellen brannten Kleider, Möbel, Gardinen u. a.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Ueber den Internationalen Kongress in Stuttgart referierte am Dienstag Genosse Rietzsch, der in fesselnder Weise ein Stimmungsbild gab. In 2 1/2 Stunden, oft von Weisfall unterbrochen, erschöpfte Redner das Thema, so daß von einer Diskussion Abstand genommen wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Doppels Festsaal stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Rixdorf nimmt mit lebhaftem Lobauern Kenntnis von den terroristischen Maßnahmen der ungarischen und rumänischen Regierungen, welche glauben, den Sozialismus derart bekämpfen zu müssen, daß sie keine Vorläufer ohne jeden gesetzlichen Grund und Gefängnis

werfen, sie dort misshandeln und des Landes verweisen. Die heutige Versammlung protestiert aufs schärfste gegen diese maßlosen Unterdrückungen und hofft, daß diese nur dazu beitragen werden, den Siegeslauf des Sozialismus zu beschleunigen. Die Berichtserstattung von der Kreisgeneralversammlung wurde vertagt. Genosse Bittel kritisiert die Brutalität der Unternehmer im Senftenberger Braunkohlenrevier, die 14 000 Bergarbeiter wegen der geringen Forderungen in den Streik treiben.

Es wird noch mitgeteilt, daß am 10. September zugunsten der Konsumbewegung eine Versammlung bei Hoppe stattfindet, in der Genosse Böhrer referieren wird. Am 17. September findet in der „Neuen Welt“ eine Versammlung (Sichtbildvortrag) statt. Es sollen hier die modernen Verkehrsverhältnisse im Gegensatz zu Niddorf den Versammelten vor Augen geführt werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die erste vom Wahlverein veranstaltete Theatervorstellung am 22. September stattfindet. Zur Aufführung gelangt „Emilia Galotti.“

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag — die erste nach den Ferien — leitete der Stadtverordneten-Vorsitzer mit Nachrufen für den verstorbenen Oberbürgermeister Hermann Bobbin und den kürzlich aus dem Leben geschiedenen Stadtv. Wabing ein.

An erster Stelle der Tagesordnung stand die Entscheidung über 10 Einwendungen gegen die kommunalen Wählerlisten. Der Wahlprüfungsausschuß hatte die Proteste vorgeprüft und empfahl dem Stadtv. Wabing, des Brauers Reimher, des Arbeiters Kaiser, des Schlossers Bader, des Schriftsetzers Wänke und des Arbeiters Dierberg als berechtigt zu entsprehen. In einem Hause — so führte Stadtv. Wabing als Referent aus — habe zwar die Ehefrau des Wählers den Einspruch eingereicht, doch sei der Ausschuss der Meinung, daß diese im Sinne der Städteordnung dazu legitimiert ist, da sie mit dem Ehegatten den für die Einwohnerrechte zur Verbindung gemachten „Wohnsitz“ teilt und damit einpruchsberechtigt ist. Die Versammlung schloß sich den Vorschlägen des Ausschusses an. Die Einsprüche des Zimmermanns Needen sowie der Arbeiter Wetter, Müller und Maciejewski wurden zurückgewiesen.

Die für das 4. und 5. Postamt benötigten Aushängelisten für die Wetterarten werden bewilligt.

Die Befolgungsbedingungen für die neu zu besetzende Stelle des ersten Bürgermeisters werden entsprechend den Vorschlägen des Wahlausschusses festgelegt. Danach ist ein Anfangsgehalt von 15 000 M. jährlich vorgesehen, das von drei zu drei Jahren um 1000 M. bis zu 18 000 M. steigt. Für die demnächst vorzunehmende Wahl wurde der Ausschuss um sechs Mitglieder vergrößert, darunter auch die Genossen Hoppe und Iden.

In der folgenden geheimen Sitzung lagen mehrere Beamtenanstellungen vor, welche keinen Widerspruch fanden. Auch den von der Tiefbaudeputation beantragten Ankaufen zweier Grundstücke in Bahmannsdorf und Selchow wird debattelos zugestimmt.

Wismersdorf.

In der am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse S. Schulz über die Aufgaben des Parteitag, der diesmal in der dreifachen Hochburg, des Kapitolismus, des Militarismus und des Nationalismus, der Kanonenschießerei stattfand. Während man auf dem vorherigen Parteitage glaubte, in Essen über die bevorstehende Wahlschlacht beraten zu müssen, sei es jetzt die Hauptaufgabe des Parteitag, auf Mittel zu finden, die Idee, das Ideal des Sozialismus in den Massen zu verbreiten und zu befestigen. Die Wahlen haben uns gezeigt, daß das Mittel der „nationalen Phrase“ und die stumpellose gemeine Art des Reichsverbandes es wohl vermocht haben, die indifferenten, durch unseren Wahlsieg von 1903 erschreckten Spießbürger anzurufen, nicht aber uns unsere Anhänger absperrig zu machen. Obwohl große Massenversammlungen gut und notwendig seien, dürfe doch auch die Kleinarbeit nicht vernachlässigt werden, und es sei ganz richtig, was schon Kaustich vor Jahren sagte: „An Anhängern lehre es was durchaus nicht, aber an tüchtigen Parteigenossen!“ Deshalb müssen Wege gefunden werden, auf denen man an die Masse der Arbeiter herankomme in Gegenden, wo wir Versammlungen nicht abhalten können, weil uns keine Lokale zur Verfügung stehen, oder an diejenigen, die Versammlungen nie besuchen. Unsere eigenen Parteigenossen, die schon die Pflicht, Beiträge zu zahlen, erfüllen, müssen wir mehr über das Wesen des Sozialismus aufklären, damit jeder fähig und in der Lage ist, seine uns noch fernstehenden Mitkollegen für unsere Ziele zu gewinnen. Redner kommt dann auf das Verlangen einzelner Genossen nach „Aktionen“, auf Aenderung der Stellung der Partei zu sozialpolitischen Anträgen, und ist der Meinung, daß gar kein Grund vorliegt, die gute, altbewährte, in Dresden neubefestigte Taktik, welche die Partei groß gemacht habe, nun ins alte Eisen zu werfen. Was die Errichtung des Propagandabüros anbelange, so sei diese Frage dadurch, daß man hierbei Gefahr laufe eine „Meinungsabstimmung“ zu erhalten und so eine Uniformierung der Parteipresse herbeizuführen, mehr und mehr eine Personenfrage geworden; gelinge es die hierzu fähigen Genossen zu finden, werde das Bureau zur Hebung der Parteipresse viel beitragen können. Auch die Parteipresse solle von einer wertvollen, übersichtlichen Materialiensammlung ausgehoben werden und sei keineswegs so schlecht als ihr Ruf. In Beurteilung der Parteischnur wolle er sich größtmöglicher Reserve befleißigen, aber doch sagen, daß ein endgültiges Urteil jetzt überhaupt noch nicht gefällt werden könne. Wenn gesagt worden sei, ein halbes Jahr sei für den Kursus zu kurz, so müsse dies noch vielmehr von dem Kursus der Gewerkschaften, der nur einige Wochen dauere, gelten. Aber auch ein Jahr würde noch zu kurz sein, um als „fertig“ von der Parteischnur zu kommen. Dies sei jedoch gar nicht beabsichtigt; um die Grundlagen für eine Weiterbildung zu erhalten, reiche ein halbes Jahr aus. In der Parteipresse dreht es sich jetzt gewissermaßen nur noch um die Kostenfrage. Hoffentlich wird in Essen eine, wenn auch nicht ganz dem Wunsche der Gewerkschaften entsprechende Regelung gefunden. Die Alkoholfrage sei einer ersten Erörterung wert. Eine Diskussion des eingehenden Referats fand nicht statt. Nachdem Genosse Michel II von der Kreisgeneralversammlung Bericht erstattet hat, schließt der Vorsitzende nach Bekanntgabe einiger geschäftlichen Mitteilungen die Versammlung, die Genossen auf die Kämpfe im Rieder-Kaufinger Kohlenbeken hinweisend und zu moralischer und finanzieller Unterstützung der Bergarbeiter auffordernd.

Pankov.

Die Parteitags-Sammelkarte Nr. 11830 ist verloren gegangen. Geheiligte Karten auf derselben 7,85 M. Der Finder wolle dieselbe bei G. Höber, Pankov, Rozimilkanstr. 40 II abgeben oder unfrankiert per Post einsenden.

Schöneberg.

Der bürgerliche Misshandlung

Hat sich am Mittwochabend unter der Leitung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Lindenpark zu einer Besprechung zusammengeschunden, um gemeinsam bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen vorgehen zu können. Eingeladen waren alle bürgerlichen Vereine, soweit deren Mitglieder aus „patriotischen Männern mit reichstreuem, monarchischer und vaterländischer Gesinnung“ zusammengesetzt sind; ausgeschlossen dagegen „alle Sozialdemokraten, sowie jeder andere, der als ihr Bundesgenosse irgendwie, sei es direkt oder indirekt, deren Interessen vertritt.“ Es wurde noch jedem Verein dringend aus Herz gelegt, auf jeden Fall zu erscheinen und sich nicht etwa mit dem Hinweis darauf abhalten zu lassen: „er dürfe sühnungsgemäß keine Politik treiben“. Troßdem hatte eine ganze Anzahl von Vereinen es vorgezogen, der Einladung keine Folge zu leisten. Erschienen waren etwa 20 Vereine, darunter: außer den kommunalen Bezirksvereinen und dem Reichsverbande, der Haus- und Grundbesitzerverein, die Mittelstandsvereinigung, der Handwerkerverein, Portierverein des Westens, Verein für Handel und Industrie, Militäranwärterverein, konservativer und national-liberaler Verein, katholischer Verein, Windthorstbund, katholischer Arbeiterverein Sanct Matthias, Scheelcher Gesang-

verein, die Schühengilde, Friseurinnung und der Verein der Restaurateure. Auch der Herr Polizeipräsident Graf v. Westarp war erschienen, er wurde als neu gewonnenes Mitglied des Reichsverbandes von der Leitung lebhaft begrüßt.

Nachdem man eine Säuberung des Lokales von unberufenen Elementen vorgenommen hatte, suchte ein Herr Sommerburg von der Zentralleitung des Reichsverbandes den Anwesenden die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei den Stadtverordnetenwahlen vor Augen zu führen. Er entschuldigte sich auch, daß verheerend die liberale Verein, trotzdem darum gebeten wurde, nicht mit herangezogen worden sei; man würde sich freuen, wenn auch der liberale Verein dem gemeinsamen Vorgehen folgen würde. Die Debatte drehte sich dann um gegenseitige Auseinandersetzungen, die auf nichts weniger als auf eine Einigkeit schließen lassen. Schließlich wurde ein Wahlschlüssel gebildet, der eingehend die Vorbereitungen für einen gemeinsamen Wahlkampf treffen soll, und der auch sofort Verbindungen mit den noch nicht berücksichtigten Vereinen herzustellen hat. Man richtete den Wunsch an die Liberalen, wenigstens doch in der dritten Abteilung, wo es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt, mit den übrigen bürgerlichen Parteien ein Kompromiß zu schließen. — Die Liberalen werden sichtlich diesen Wunsch zu würdigen verstehen. Es wird ihnen auch nicht schwer fallen, denn vor einiger Zeit hat ja bereits der liberale Bezirksverein für den Berliner Ortsteil an den Haus- und Grundbesitzerverein das Ersuchen zu einem gemeinsamen Vorgehen gerichtet. Die Sozialdemokratie ist sich bisher nie im unklaren gegenüber ihren Gegnern gewesen. Sie wird den Kampf in der dritten Abteilung wie immer gegen das verelatete Bürgertum zu führen haben; mögen die Herren in der zweiten und ersten Abteilung sich gegenseitig die Köpfe zerschlagen.

Unsere Parteigenossen werden sicherlich die Zeit bis zu den Wahlen geduldig abwarten, um die Mandate der dritten Abteilung in den Besitz der Sozialdemokratie zu bringen.

Zeugen gesucht. Die Personen, die in der Nacht vom Sonnabend, den 31. August, zum Sonntag, den 1. September, den Zimmerer August Diegnau schwer verletzt aufgefunden und nach seinem Hause Eisenacherstr. 71 begleitet, werden gebeten, sich bei der Frau des Verletzten im Duergebäude eine Exzesse zu melden. Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Reinickendorf.

Ein Fall von Genickstarre ist der hiesigen Sanitätsaufsichtsbehörde aus Reinickendorf gemeldet worden. Hier erkrankte der fünfjährige bei dem Rentner Müller in der Köpfigstraße in Pflege befindliche Fritz Huhn unter Anzeichen, die auf Genickstarre hindeuten. Der behandelnde Arzt Dr. Salomon veranlaßte die Ueberführung des Kindes nach der Charité, wobei sich der Verdacht seiner Verletzung fand. Es sind sofort polizeilichereis die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.

Weißensee.

Die Errichtung einer Kochschule bzw. Volksschule geht seinem Ziele entgegen. Das alte Armenhaus in der Wöberstraße soll zu diesem Zweck umgebaut werden und sind die dazu erforderlichen Mittel von der Gemeindevertretung bewilligt. Im Erdgeschoß wird die Küche untergebracht, der Speiselaal befindet sich in den Partieräumen. Die unter Leitung einer geschulten Kochfrau bereiteten Speisen sollen gegen ein geringes Entgelt an die Gäste abgegeben werden. Der Betrieb steht unter Aufsicht des Gemeindevorstandes bzw. der Wohlfahrtskommission.

In Weißensee wird's helle! Das hängende Glühlicht, welches die doppelte Leuchtkraft der gewöhnlichen Lampen besitzt, soll zugleich mit Regulierung der verschiedenen Straßen eingeführt werden. Ein Teil der König-Chaussee und Charlottenburgerstraße wird bereits damit erhellert; seine Ausbreitung auf den Heinersdorfer Weg, die Langhans-, Albertinen- und Amalienstraße ist im Gange. Zugleich wird die Aufstellung neuer Laternen vorgenommen.

Röpenitz.

Verhaftung eines Zahnarztes. Unter dem schweren Verdacht, sich an einer seiner Patientinnen schwer vergangen zu haben, ist der Zahnarzt W. aus Röpenitz verhaftet worden. W. übte auch in dem benachbarten Ober-Schöneweide seine Praxis aus und an einem der letzten Tage wurde er von einem jungen Mädchen, das bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft angeheiratet ist, konfrontiert. Da die Zahnoperation eine schwierige war, so wurde das junge Mädchen in Karzole verlegt. Währenddessen soll sich der Arzt nun an der Patientin in schwerer Weise vergangen haben. W. wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Spandau.

Die erste Stadtverordnetenversammlung nach den Ferien wurde am Donnerstag abgehalten. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige, sie umfaßte 55 Nummern, von denen nur ein geringer Teil erledigt werden konnte. Nach Kenntnisnahme verschiedener eingegangener Schreiben beschloß die Versammlung die Abordnung des Stadtbaurats Paul zur Tagung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege und zur Versammlung der technischen Oberbeamten deutscher Städte. Bei diesen Reisen soll der Baurat auch gleichzeitig in einzelnen Städten Kranen mit selbständiger Vorwiegervorrichtung beschaffen. — Für die Realschule soll ein Regulativ sowie eine Geschäftsordnung für das Kuratorium dieser Schule erdacht werden. Nach dem Regulativ untersteht die Verwaltung der Schule einem Kuratorium von 6 Mitgliedern, bestehend aus dem ersten Bürgermeister als Vorsitzenden, einem Mitglied des Magistrats, drei Stadtverordneten und dem Leiter der Anstalt. Die Mitglieder dieses Kuratoriums werden auf 6 Jahre gewählt und bedürfen der Bestätigung des Provinzialschulkollegiums. Danach ist wohl ausgeschlossen, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, falls es in das Kuratorium gewählt werden sollte, betätigt würde; und das nennt man kommunale Selbstverwaltung. Die der Realschule zu überweisenden Mittel sind in einem Etat einzustellen und nur nach Maßgabe dieses Etats zu verwenden. Die Festsetzung des Etats erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung. Im Falle der Auflösung der Schule fällt das Vermögen an die Stadtgemeinde. Die Versammlung genehmigte ohne Debatte diese Vorlage. — Zur Begründung einer Musteranstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich soll eine Unterstiftung von 300 M. bewilligt werden. Der Referent, Dr. Engelhardt, der diese Vorlage empfiehlt, hebt hervor, daß diese Musteranstalt unter dem Protektorat der Kaiserin stehe, daß man zwar noch nicht ersehen könne, in welcher Weise der Verein vorgehen werde, die unterzeichneten Namen bürgten aber dafür, daß etwas gutes geleistet würde. Stadtverordneter Genosse Bied meint, daß der Magistrat vor einigen Jahren, wahrscheinlich in einem letzten Augenblick, der Versammlung eine Vorlage betreffs Einrichtung einer städtischen Molkerei gemacht habe. Nachdem aber der damalige Stadtverordnete, jegliche Stadtrat Kersten die Frage aufgeworfen, ob der Magistrat die Kühe vielleicht selbst melken wolle, sei die Vorlage wahrscheinlich aus Angst, daß der Magistrat die Kühe selber melken sollte, in die Versenkung, anscheinend in den Papierkorb verschwunden. Wegen die Einrichtung einer solchen Musteranstalt sei nichts einzuwenden, nur sollte sie von der Stadt in eigene Regie übernommen werden. Stadtverordneter Genosse Schmidt I ist der Ansicht, daß eine einmalige Unterstiftung nichts nütze, eine solche Anstalt müsse vom Staat aus Staatsmitteln errichtet werden. Wolle man die Säuglingssterblichkeit verhindern, dann müsse man auch für die Mütter sorgen. Im übrigen schließt er sich den Ausführungen Bieds an. In Spandau könne man sogar die Milchbereiterin, denn wenn einmal ein solcher vom Gericht verurteilt wird, beröffenliche man nicht einmal die Namen derselben. Oberbürgermeister Böke erwidert auf die Ausführungen Bieds nur mit einigen seiner bekannten ironischen Mäßen und Dr. Engelhardt wirft den beiden Genossen vor, sie seien wohl

gegen die Vorlage, weil die Anstalt unter dem Protektorat der Kaiserin stehe. Von seiten unserer Genossen wird dem letzteren, dessen soziales Verständnis dadurch im größten Licht erstrahlt, daß er Schulbrausebäder für einen Pumphaus erklärte, erwidert, daß sie gar nicht gegen die Vorlage stimmen wollen, ihnen sei es egal, welcher Name gebraucht werde; sie stimmen für alles, was gemeinnützigem Zwecken dient. Die Vorlage wird angenommen. — Damit auch dem Verdienste seine Krone wird, bewilligt die Versammlung dem Grundstücksbesitzer und früheren Stadtverordneten Rentier Kersten eine Provision von 500 M. für seine Bemühungen im Interesse der Stadt. (7) Dagegen will man einem Straßeneinigungsarbeiter, dessen Frau kürzlich gestorben und dessen beide Kinder krank sind, eine Unterstiftung von — 30 — Mark bewilligen. Man muß aber doch wohl bei diesem Kontrast ruhig geworden sein und erhöhte auf Anregung des Genossen Bied und des Stadtverordneten Biege die Unterstiftung auf 50 M. — Eine längere Debatte zeitigte die Vorlage betreffend Einteilung der Döberitzer Heeresstraße und Grundbesitz für dieselbe. Der Referent, Stadtverordneter Bender teilt die Vorlage in zwei Abteilungen. Zu der 1. Abteilung, das Profil der Straße betreffend, soweit diese Spandauer Gebiet berühren soll, gibt er eine anschauliche Erklärung. Danach soll die Straße einen mittleren Damm von 10,40 Meter Breite, rechts und links je eine Promenade von 5,40 Meter Breite, links einen Reitweg, rechts noch einen Damm, dann zu jeder Seite Bürgersteige erhalten. Die ganze Breite der Straße soll 40 Meter betragen. Die zweite Abteilung, betreffend den Bau der Straße selbst, den Zuschuß der Regierung und den Erwerb von Grundstücken will er in geheimer Sitzung behandeln wissen, da sonst die Stadt geschädigt würde. Hiergegen wendet sich ganz energisch der Stadtverordnete Ralmermeister und Spekulant Kupke sowie der Oberbürgermeister Böke loben die Vorteile, welche die Heeresstraße für Spandau bringe, über den grünen Klee. Sie weisen darauf hin, daß Spandau jetzt schon erhebliche Einnahmen durch die Umsatzsteuer habe. Daß der Morgen Land, der früher etwa 200 M. gelostet habe, jetzt schon bis auf 25 000 M. gestiegen sei. Daß eine bequeme Verbindung mit Charlottenburg und Berlin geschaffen werde usw. Aber man dürfe darüber nicht in öffentlicher Sitzung sagen, weil sonst die Stadt geschädigt werde. Genosse Schmidt I erwidert sehr treffend, daß den Hauptverdienst die Spekulanten schluden werden, wenn man nicht eine Wertzuwachssteuer einführe. Er ist auch der Ansicht, daß der Verkehr durch die Straße von Spandau abgelenkt werde. Ferner würden die langen Militärtransporte ganz unerquickliche Zustände schaffen und es wird nötig sein, für Postkasten Wartehallen zu errichten, damit sie darin das Vorüberziehen der langen Militärkolonnen abwarten können. Die Straße werde doch nur im Interesse des Militärischen gemacht und diesem gegenüber brauche die Stadt gar kein Entgegenkommen zu zeigen. Der Militärische habe Spandau durch seine Festungswerke sowie durch die militärischen Institute stets große Einschränkungen auferlegt. Nach weiterer Debatte, in der sich alle übrigen Redner für weitere Beratung in geheimer Sitzung aussprechen und dem Oberbürgermeister sowie dem Stadtverordneten Kupke Vorwürfe machen, daß sie schon zu viel aus der Schule geplaudert, wird die Weiterberatung in die geheime Sitzung verlegt. Nun kann ja der Stuhhandel losgehen. Die Bürgererschaft erfaßt ja nichts und steht nachher nur noch vor einer vollendeten Tatsache. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen geben jedem Wähler der dritten Abteilung die Möglichkeit, einmal mit solcher Angstmeierei und Heimplünderi aufzutreten. Es wurden dann noch einige kleinere Vorlagen erledigt und dann in die geheime Sitzung eingetreten.

Potsdam.

Die letzte Wahlvereinsversammlung nahm zunächst den Bericht des Genossen Förster über die Kreisgeneralversammlung entgegen und erklärte sich nach kurzen Debatten hierüber mit den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung einverstanden. In den zu wählenden Bildungsausschuß, welcher vom Wahlverein und vom Kartell je zur Hälfte gewählt wird, wurden die Genossen Boltländer, Rue, Weiskopf, Wetke und Ziemann delegiert. Dieser Ausschuss wird es sich vor allem angelegen sein lassen, eine agitatorische Tätigkeit für die Arbeiterbildungsschule zu entfalten. Weiter wurde eine neue Agitationskommission gewählt, bestehend aus den Genossen Förster, Riesel und Rosenbergl. Unter anderem wurde noch auf die in nächster Zeit wieder einsetzende Agitation für die Parteipresse hingewiesen und die Genossen aufgefordert, hierbei recht tätig zu sein.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht soll in Mississippi, Vereinigte Staaten von Nordamerika, eingeführt werden. Sobald die Legislatur zusammentritt, wird eine entsprechende Vorlage zur Beratung kommen. Eine allgemeine und sehr rühmliche Agitation wird seit Monaten schon im ganzen Staate betrieben. Die Opposition gegen ein Frauenwahlrecht ist sehr schwach geworden, jeder Spießbürger ist plötzlich dafür begeistert und vollständig einverstanden mit dem neuen Recht der Frau. Gewisse Gründe betreffen das. Man sucht in den Südstaaten der Union überall nach Mitteln, um die Regerverbößerung zu entzweien und in größerer Abhängigkeit zu bringen. Durch erwerbende Bestimmungen raubt man ihnen das Wahlrecht oder man greift zu Wahlbrieff, Rogeleien, Stimmenkauf, ja selbst zu direkten Erpressungen, um die Stimmen der Schwarzen zu ergattern. Trotzdem möchte man doch den Schein des Rechtes wahren. Im Staate Mississippi, wo die Regerverbößerung sehr zahlreich sind, sollen nun die Frauen der Weißen als Hilfsarmee gegen die Regerverbößerung herangezogen werden. Die Stimmen für die demokratische Partei um das Doppelte zu erhöhen, wenn das Frauenwahlrecht eingeführt wird. Daß die Regerverbößerer ihr Gegengewicht zur Geltung bringen können, fürchtet man nicht. Sie werden für unfähig gehalten, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, weil sie von der Politik nichts verstehen und sich auch fern von den Kammern kümmern werden. Im Konfall könnte man das Wahlrecht an gewisse Bedingungen knüpfen, z. B. an ein Minimum von Bildung und Besitz, wie es in einigen Südstaaten schon geschehen ist, um die Regerverbößerer zu verhindern. — Konflikt sagt man aber nirgends, daß hinter dem neuen Gesetz die Absicht verlächerter Unterdrückung der Regerverbößerer stehe. Die Weißen und ihre Frauen werden nachdrücklich aufgefordert, sich zu schützen gegen die drohende Oberherrschaft der Schwarzen. Der Jesuitismus hat auch in Amerika seine Gemeinde. Eine leise Wühlensandgebung der Regerverbößerer wird schon als Versuch angesehen, die Oberherrschaft an sich zu reißen, dagegen wird zum Kampf aufgerufen in der Erwartung, die Herrschaft über schwarze und weiße Arbeiter zu bekommen und zu erhalten.

Die sozialistischen Frauen werden sicher nicht verfehlen, die schwarzen Klassen Genosseninnen aufzuklären, sie werden nicht gegen diese, sondern für diese und mit ihnen kämpfen.

Die Organisation der Arbeiterinnen, jener gedrückten, indifferenten Arbeiterinnen, ist nun auch in Stragburg i. E. in Angriff genommen worden. Am Dienstag fand zu diesem Zweck eine Versammlung statt, in der sich nach einem Referat des Genossen Redakteur Schneider etwa 20 Arbeiterinnen in die Organisation der Gewerkschaften aufnehmen ließen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg und Umgebung. Montag, den 9. September, 6 1/2 Uhr, bei Ost, Reinigerstraße: Generalversammlung. Vortrag: Frau Thiel, Tempelhof, Neuwahl des Vorstandes. Bibliothekbücher sind behufs Revision abzugeben.

Verfammlungen.

Eine Versammlung aller in den Tarifverträgen der Selbstmetallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Montag im Gewerkschaftshaus. Während als Obmann der Schlichtungskommission gab einen Bericht über deren Tätigkeit, der sich auf die Zeit von 1904 bis jetzt erstreckt. Es ist daraus hervorzuheben: 1905 hatten 176 Firmen der Selbstmetallindustrie die Forderungen der Gürtler und Drücker bewilligt. In dem darauf abgeschlossenen Tarifvertrag war in § 9 vorgesehen, die Vorbereitung und der Abschluß eines Vertrages auch für die in den Betrieben beschäftigten anderen Arbeiter (Galvaniseure, Schleifer, Klempner usw.). Der Vertrag in dieser Ausdehnung wurde 1904 vor dem Gewerbegericht perfekt. Differenzen wegen der Auslegung des Tarifs gab es namentlich 1904 und 1906; sie wurden in der Schlichtungskommission beziehungsweise vor dem Gewerbegericht erledigt. 1906 war nur eine Sitzung der Kommission erforderlich und in diesem Jahre ist noch keine nötig geworden. Viele Diskussionen rief die Auslegung des § 9 des Vertrags von 1903 hervor, da bei manchen der Kontrahenten Unklarheiten herrschten. Die maßgebende Auslegung ist die: Wer den Tarif von 1903, betreffend Gürtler und Drücker, unterschrieben hat, der ist auch verpflichtet, die 1904 auf Grund des § 9 für die anderen Arbeiterkategorien getroffenen Abmachungen zu halten. Dies wieder festzustellen ist nötig, weil einzelnen die Bedeutung immer noch nicht recht geläufig war. — Die Kollegenchaft in der Zwischenzeit zu einem Bericht über die Tätigkeit der Kommission zusammen zu rufen, war nicht erforderlich, da die Streitfragen ihre günstige Entscheidung fanden. — Eine größere Rolle spielte auch die Frage der Ueberstundenbezahlung. Die Unternehmer vertritt den Standpunkt, daß mit dem festgelegten Aufschlag von 25 Proz. nur bezahlt werden sollte, was 54 Stunden wöchentlich überschreitet. Festgesetzt wurde dann aber nach dem Vorschlag der Arbeitnehmervertreter: Wenn ein Arbeiter an einem Tage, wo er erst einige Zeit fehlte, nach Feierabend arbeitet, dann ist diese Feierabendarbeit nicht mit Prozentzuschlag zu bezahlen, wenn die tatsächliche Arbeitsleistung an dem Tage einschließlich der Feierabendarbeit 9 Stunden nicht überschreitet. Was über 9 Stunden hinausgearbeitet wird, ist an jedem Tage mit dem Zuschlag zu bezahlen. (Eine Aufrechnung der Stunden von einem Tag zum andern gibt es nicht.) — Neben gab ferner eine Uebersicht über die verschiedenen Differenzpunkte, die erledigt wurden. — Einige Firmen wollten vom Tarif zurücktreten. Auch Bode und Bogas kündigte ihn; eine Firma, die häufig habe aufgesucht werden müssen, um die Verhältnisse zu regeln. Dadurch hätten sich ja die Zustände dort gebessert und, wie auch in anderen Betrieben, wo erst für den Mindestlohn eingetreten werden mußte, sei der Verdienst darüber hinausgegangen. Der Firmeninhaber wolle es nun mit den Rührmännern versuchen. Man werde aber den Herrn im Auge behalten und ihm zeigen, daß die Kollegen nicht etwa unter allen Bedingungen bei ihm arbeiten. — Im großen und ganzen könne man mit der Befolgung der Verhältnisse bei den Tariffirmen zufrieden sein. Man müsse aber auch jeder für die Organisation eintreten. (Lebhafte Zustimmung.) Nach einer Diskussion wurden noch verschiedene Verhandlungsangelegenheiten erledigt.

Genosse Liebkecht, der gestern von einer Reise nach Glogau zurückkehrte und deswegen erst jetzt den „Vorwärts“-Bericht las, schreibt uns:

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat Genosse Rehbein am Dienstag in der Generalversammlung des letzten Wahlkreises gemeint: „Wären Liebkecht und Ledebour Soldat gewesen, so würden sie einen anderen Standpunkt einnehmen.“ Ich bemerke demgegenüber, daß ich Soldat gewesen bin und diesen Reich sogar gründlich, bis auf die Nagelprobe, ausgespäht habe. Gerade meine militärischen Erfahrungen bilden einen wesentlichen Teil der Grundlage für meinen antimilitaristischen „Standpunkt“. Genosse Rehbein hat über meine Schrift offenbar geurteilt, ohne einen Buchstaben von ihr gelesen zu haben, was freilich mit vielen sozialistischen Feinden meines „Standpunktes“ gemeinsam hat.

Zu der Rehbeinschen Erklärung schreibt uns der Berichterstatter aus der Versammlung des 6. Wahlkreises:

Genosse Rehbein führte wörtlich aus: „... Auch gegen den Militarismus sagt die angenommene Resolution nichts Neues, da diese Taktik etwas Selbstverständliches ist. Jeder Parteigenosse wird seine Kinder auf die Schädlichkeit des Militarismus aufmerksam machen. Reiner Ansicht nach trifft auch Liebkecht mit dem ja Genosse Ledebour übereinstimmt, mit seinem abgeblähten Abklatsch der Herzeischen Ansicht nicht den Nagel auf den Kopf. (Unruhe.) Wären Liebkecht sowie Ledebour Soldat gewesen, so würden sie einen ganz anderen Standpunkt einnehmen. Jetzt können sie gar nicht beurteilen, welche harte Wüste und die Propaganda unter dem Militär zu finden geben würde. (Zuruf: Das kann man auch beurteilen, wenn man nicht Soldat gewesen ist.)“

Bei der Unruhe und den häufigen Unterbrechungen, die die Ausführungen des Genossen Rehbein hervorriefen, mag er wohl nicht

so genau auf seine eigene drastische Sachbildung geachtet haben, da ihn die Unterbrechungen und die Unruhe ziemlich erregt gemacht haben. Jedenfalls war es auffallend, wie Genosse Rehbein den Genossen Ledebour, der äußerst scharf gegen Herze polemisiert hatte, indirekt als einen Verfechter eines „Abklatsches“ der Herzeischen Ansichten hinstellen konnte.

Die Wuturufe sind allerdings, wie aus dem Bericht klar hervorgeht, erst dann gefallen, als Genosse Ledebour in ebenfalls erregter Weise die Versammlung auf die Schädlichkeit derartiger Anspielungen bei dem gegen den Genossen Liebkecht schwebenden Hochverratsprozeß warf.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexanderstr. 26. Gedruckt täglich von 9^{1/2}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. September, 8^{1/2} Uhr früh im Rathaus, Eingang Bödenstraße, Saal 109: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Vormittags 10^{1/2} Uhr in der Schule, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn R. D. Boege: „Die Anfänge der Kultur“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Montag, den 9. September, abends 8 Uhr, Sebastianstr. 30: Besprechende Versammlung für Mitglieder mit weicher Kostung. Tagesordnung: Verschiedenes.

Vermischtes.

Ein Gaunerstreich. Der wiederholt wegen Eigentumsvergehen vorbestrafte Arbeiter Otto Friedrich Johanns Dübber hatte in einer Gastwirtschaft in Hamburg in Erfahrung gebracht, daß ein Zimmermann eine Erbschaft von einigen tausend Mark gemacht habe. Wenn es dem Hauptmann von Köpenick gelungen ist, eine Stadtkasse zu plündern, dann muß es mir ein Leichtes sein, diese Erbschaft zu beschlagnahmen, dachte Dübber, der sich als Gerichtsvollzieher ausstufierte, eine Astenmappe unter den Arm schob und so in Abwesenheit des glücklichen Erben in dessen Logis erschien, um die Pfändung wegen rückständiger Steuern vorzunehmen, wie er zu der Logiswartin sagte. Er ließe sofort drei Siegel auf den Koffer, in dem er die Erbschaft verwahrt, und ließ dann durch einen noch nicht ermittelten Komplizen den Koffer und zwei Koffer aus dem Hause schaffen. Auf dem Korridor eines Nachbarhauses wurde der Koffer geleert, in dem sich aber nur Kleidungsstücke befanden, und dann wurden die erpauerten Gegenstände veräußert. Kurze Zeit danach wurde der Gauner in einer Wirtshaus verhaftet. Er leistete erheblichen Widerstand, der aber mit Hilfe der Gäste gebrochen wurde. In der Untersuchung stellte sich heraus, daß D. sich auch zwei Wagen angeeignet hatte. Die Strafkammer I des Landgerichts Hamburg verurteilte am Donnerstag den wegen Anmaßung eines Amtes, wiederholten Betrugs, Diebstahls und Widerstands zu 2 Jahren und 10 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust.

32000 Mark unterschlagen. Oberhausen, 6. September. Gestern nachmittag wurde der Stadrentmeister Rumpff wegen Unterschlagungen amtlichen Geldes in Höhe von 32000 M. verhaftet. Der Verhaftete legte ein teilweises Geständnis ab. 18000 Mark sind durch Ration gedeckt.

Den Nord eingekanden. Fünf Italiener, die kürzlich unter dem Verdacht verhaftet worden waren, den dreifachen Raubmord an den Scheuten Raaf und einer Unbekannten begangen zu haben, haben der „Deutschen Reichszeitung“ zufolge nach bisherigem hartnäckigen Weigern, gestern die Tat eingekanden.

Die Abfälligen Eisenbahnfälle.

Gernowitz, 6. September. Auf dem Bahnhof von Radouh entgleiste ein Lokzug. Der Heizer wurde getötet, der Lokomotivführer verletzt. 6 Waggons wurden zertrümmert.

Wien, 6. September. Nach einer amtlichen Bekanntgabe sind bei dem gestrigen Eisenbahnunglück bei Dufacojove 2 Personen getötet und 6 schwer verletzt worden. Außerdem haben sich 95 Personen mit leichten Kontusionen gemeldet.

Die Cholera im Anmarsch.

Lemberg, 6. September. Nach Blättermeldungen ist in Podwolozyska eine Frau unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben.

Tientsin, 6. September. Die Gerüchte über die Ausbreitung der Cholera in der Provinz sind übertrieben.

Sofnowice, 6. September. In zwei unweit von hier gelegenen Ortschaften sind gestern ein Bahnhofsgegendarm und die Frau eines Bahnhofsgegendarms an Cholera gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 100. Ohne Mittel eines Krates würden Sie die Aufnahme in eine solche Anstalt überhaupt durchsetzen können. — G. S. 81. Der Kaiser hat bis zum 30. September Kurzwort, darüber ob er einen Kränzen oder

Liebeswert hat, wollen Sie sich bei einem Kränzenbändler erkundigen. — N. 165. In einer Betrugsanfrage kann sich der Geschädigte nicht als Rechtsinhaber der öffentlichen Angelegenheiten. — G. S. 200. Auskunft über wie viel Zoll von und nach den einzelnen Ländern für bestimmte Waren bezahlt ist, erhalten Sie bei der Zollbehörde und im Bureau der Handelskammer, Dorotheenstr. — R. H. 3a.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 59—62, Bullenfleisch Ia 63—68, IIa 51—60, IIIa 46—56, da mager 40—48, Bräuer 54—62, Bullen, dünn 52—63, da holl. 0,00, Kalbfleisch, Doppeltender 100—115, Kalbfleisch Ia 75—85, IIa 63—73, Rülber ger. gen. 48—60, da holl. 0,00, dünn 0,00. Hammelfleisch Schlachtkörper 78—80, Hammel Ia 73—77, IIa 67—72, ungar. 0,00, Schafe 64—68. Schweinefleisch 60—66. Rehbock Ia per Hund 0,65—0,90, IIa 0,40—0,50, Rehbock Ia 0,50—0,35, da, IIa 0,00. Damhirsch 0,00. Wildschweine 0,20. Brühlinge 0,00. Stänbacher per Stück 0,40—0,60, Waidenten per Stück 0,00, Ardenten per Stück 0,00. Rehbock, junge große 1,00—1,30, mittel u. kleine 0,30—0,55, alte 0,75—0,88. Hühner, alte, per Stück 1,50—2,25, IIa 1,00—1,50, da, junge 0,30—1,20. Tauben 0,20—0,55, Haisentige 0,00. Enten per Stück 0,80—2,35, da. Hamburger per Stück 2,75—3,10. Gänse per Hund 0,55—0,68, da, per Stück 1,50—5,25, da. Hamburger per Pfd. 0,80, da. Oberbrücker per Pfd. 0,58—0,70. Poulets per Stück 0,90—1,35. Goularden per Pfd. 0,00. Decke per 100 Pfd. 118—131, da, matt 109—112, da, mittel 0,00, da, klein 0,00, da, groß 0,00. Hander, klein, matt 75, dito uml. 186, dito mittel 176. Schafe, klein 183, da, mittel 125—134, da, unsort. 140. Kalb, groß 94—110, da, klein und mittel 60, da, mittel 90—100, da, uml. 0,00, da, groß-mittel 94—98, da, klein 70—73. Rindgen, matt 0,00, Rohdamm 0,00. Karpen, 70er—90er, stumpf 0,00, da, 50er—60er 77—82. Blie 0,00. Runde Fische 61—81. Barie 0,00, dito klein 0,00. Karussiden 100—102, da, klein 0,00. Wels 0,00. Rastische 0,00. Waid 0,00. Quappen 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, da, IIa neuer 90—100, da, IIIa 0,00. Seelachs 10—15, Rindern, Kleier, Stige Ia 2—6, mittel der Stige 2. Damb. Stige 4—6, halbe Stige 2—3, pomm. Ia Schof 9, IIa 0,00. Bäcklinge, Kleier per Dtl. 2—3, Straß. 3,50—4,00, Borns. 0,00. Käte, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,90—1,10, klein 0,60—0,80. Deringe per Schof 5—9, Schellfische Stige 3—4,00, 1/2, Stige 1,50—2,00. Sardellen, 1902er per Anter 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90—95. Schottische Vollbringe 1905 0,00, large 40—44, fall. 38—40, mod. 38—42, deutsche 57—44. Deringe, neue Matjes, per 1/2, Ia. 50—120. Sardinen, russ., Rah 1,50—1,60. Bratheringe Jah 1,20—1,40, da. Bäckje (4 Liter) 1,40—1,70. Wrangungen, Schofjah 11, da, kleine 5—6, da, kleinen 14. Krebse per Schof, große 17,50, da, mittelgroße 0,00, da, kleine 4,50, da, unsortiert 6—9, Galtjer groß 0,00, da, unsortiert 2,40. Eier, Land-, unsortiert per Schof 3,60—3,80, da, große 4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 105—117, IIIa 100—108, abfahende 90—95. Saure Gurken, neue, Schof 4,00. Westergurken 4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. Aderfische 2,50—3,00, weiße runde 1,75—3,00, blaue 2,50—3,75, Rosen 1,50—2,50, Kieren 2,00—3,50. Borree, Schof 0,50—1,00. Weerrechtich, Schof 5—15. Spinal per 100 Pfd. 10—15. Seelste, per Schof 2,00—8,00. Zwiebeln per 100 Pfd. 3,00—6,00, da, Vert. 40,00—75,00. Schalotten 50,00—60,00. Petersille, grün, Schof 0,75—1,00. Kohlrabi Schof 0,75—1,25. Rettich, hart, per 100 Pfd. 0,07—0,10, da, fleischer Schof 3—4. Probieren, per 100 Pfd. 3,00 bis 5,00. Karotten, fleischer, Schof 2,00—3,00. Weizenfisch per Schof 4,00 bis 12,00. Kartoffel, Schof 6—12. Weizenfisch 4—10. Blumenfisch, fleischer 100 Stück 5—14, da, Hamburger 100 Stück 0,00, da, Berliner 100 Stück 13—18. Rastfischen, Schof 4,00—7,00. Petersillenzweig, Schof 2,00—4,00. Schoten per 100 Pfd. 20—35. Pfefferlinge per 100 Pfd. 6—8. Steinpilze per 100 Pfd. 20—30. Rastfischen per Schof 0,50—1,00. Salat per Schof 1,50—2,00. Gurken, Ummage, Schof 10—25, da, böhmische Schof 0,00, da, fleischer Schof 3,00—5,00. Bognen, grün, 100 Pfd. 12—22. Wachsbohnen, per 100 Pfd. 15—25. Tomaten per 100 Pfd. 5—15. Bantieren per 100 Pfd. 10—15. Jovannibeerer per 100 Pfd. 7—16. Pechelbeeren der 100 Pfd. 20—26. Rindgen, lamere, 100 Pfd. 10—12. Wännen, bel., 100 Pfd. 14—40. Tröler 22—40, fleischer 8—10, Solander 20—23. Rindgen, fleischer per 100 Pfd. 15—20, ital. in Wännen ja 12 Stück 0,85—1,50, da, in Rindgen Ia per 100 Pfd. 20—35, da, IIa in Rindgen per 100 Pfd. 8—24. Kirschen, ital., per 100 Pfd. 0,00, französisch 0,00. Keviel, italienische, per 100 Pfd. 8—15, ung. 10—13, fleischer 2—10. Granatäpfel Ia 15—25, da, IIa 10—20. Pfannkuchen, ital., per 100 Pfd. 0,00, fleischer 12—16, fleischer 8—14, ung. 6—13. Badener, fröh., 0,00, feis. 8—15. Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 16—25, italienische 15—25. Annas I, per Pfd. 1—1,20, da, II 0,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 10,00—18,00, da, 300 Stück 10,00—16,00, da, 200 Stück, 18,00—14,00, da, 150 Stück 6,50 bis 9,00. Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18,00—20,00, grün 0,00. Melonen, per 100 Pfd. fleischer 2—35, ital. 12—18, franz. 0,00, holl. 0,00, spanische 0,00, ungarische 10—12.

Witterungsübersicht vom 6. September 1907.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Eutinende	764 S		2 bedekt	12		
Damburg	765 S		2 wolfig	13		
Berlin	766 S		1 bedekt	14		
Frankf. a. M.	766 S		2 bedekt	16		
München	768 S		2 Regen	14		
Wien	767 S		1 bedekt	11		
Opavanba	765 S		2 wolfig	17		
Peteraburg	765 S		2 bedekt	16		
Seibitz	763 S		1 bedekt	16		
Bertheim	755 S		2 wolfig	12		
Quetz	763 S		1 bedekt	16		

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 7. September 1907. Nachts kühl, am Tage mild und vielfach heiter, aber noch veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Oscar Arnold Dresdenstr. 116 (Nein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft!
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Stille Herrenhüte v. 2,00—7,00
 Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00
 Mützen- und Damenhüte.

Sommerpreise.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
 Berlin O. 24, Bismarckstr. 15.
 Besuche für nur 12 Marken ab Montag
 von 10 Uhr an: 57882*

Prima Ia Galbheine (Stammte
 Marken) . . . pr. Str. 95 Pf.
 Ferdinand . . . 1,00 Pf.
 Wänerschiff . . . 1,02 Pf.
 Ia Diamant pr. Str. (110
 bis 120 Stk.) . . . 1,05 Pf.
 Ia Jule u. Htho. . . 1,05 Pf.
 Ia Antrogrit-Godap Str. 2,30 Pf.
 Koff., Steintafeln usw. zu den
 billigsten Tagespreisen. Antifurung
 frei Keller je nach Quantum pr. Str.
 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-
 Waggons und größeren Abfälligen
 verlangen Sie meine Spezial-Offerte

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung letzter
 August 1907

Herren-Garderoben
 Urspr. für Koch.
 Anfertigung nach Maass.
 Tadellose Ausführung.

Julius Fabian
 Schneidermeister.
 Gr. Frankfurterstr. 37, II
 Eingang Straußberger Gäß.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz,
 10—2, 6—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin II.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Laut Beschluss der ordentlichen Generalversammlung vom 12. August d. J. soll über den Antrag der Ortsverwaltung, betreffend die Erhebung eines Ortsbeitrages von 10 Pf. pro Woche für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder eine Urabstimmung vorgenommen werden.

Diese Urabstimmung findet nun am **Sonntag, den 8. September d. J.**, in der Zeit von **10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags** in folgenden Lokalen statt:

Paul Pielecke, Waldstr. 8.
Wilkes Festhale, Brunnenstr. 188.
Habes Salon, Kolbergerstr. 23.
Abendroth, Restaurant, Badstr. 42/43.
Frühels Allerleitheater, Schön. Allee 148.
Kellers Festhale, (Znh. Freyer), Kopenstr. 29.
Stablisement „Zud-Ost“, Waldemarstr. 75.
Paul Scholz, Paruthstr. 22, Ecke Jossenerstr.
Wiemers Restaurant, Wilowstr. 59.
Cibrovins, Alexanderstr. 8.

Die Abstimmung ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel, welche den Mitgliedern am Eingange der vorgenannten Abstimmungsstelle ausgehändigt werden.

Wer für den obenbeschriebenen Antrag ist, unterschreibt den Zettel mit **Ja**, und wer dagegen ist, mit **Nein**.

Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen und dem Abstimmungsleiter vorzulegen. Wer sein Mitgliedsbuch nicht mitbringt, hat kein Stimmrecht.

Wer mit seinem Beitrage über 10 Wochen im Rückstande ist, hat ebenfalls kein Stimmrecht.

74/18

Industrie-Festhale, Deuthstr. 19/20.
Zuf. Schöneberg, Martin Lutherstr. 51.
Content, Weisensee, Vohderstr. 5.
Gast. Tempel, Stralau-Kummelsburg,
Alt-Vorhagen 56, Ecke Bahnhofstraße.
Thiel, Nixdorf, Vergstr. 151.
Schulte, Ober-Schönebeide, Wilhelminen-
hoffstr. 43.
Martin Müller, Tempelhof, Berliner-
straße 41/42.

Zusammenbruch
 der Effektenbörsen ist die natürliche Folge der jetzigen falschen deutschen Wirtschaftspolitik. Die von der deutschen Presse absichtlich unterdrückte Broschüre Proestler hat schon seit Jahren darauf hingewiesen, leider vergeblich, zum Schaden des deutschen Volkes, des deutschen Nationalvermögens.

Das Wirtschafts- und Finanzbild der Gegenwart und der Zukunft
 ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einzahlung von Mk. 2,10, bzw. 66 Pfg. für das Inland, Mk. 2,20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.

Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Garderobe
 für Herren u. Knaben
 in größter Auswahl
 sehr billig
Robert Bohn
 Berlin, Invalidenstr. 125
 Laden u. I. Etage.
 Maßanfertigung
 unter Garantie.

Adtung! Hasselwerder, Nieder-Schönebeide.
 Inhaber: Albert Scheruch.
 Neben Dienstag
Großes Kinderfest.
 Jedes Kind erhält eine Kopfbedeckung und Kos gratis. Kasperltheater, Fackelparade, Verlosung und Frei-Tanz. Eintritt 10 Pf.
 Vom Schließenden Bahnhof bis Nieder-Schönebeide 10 Pf.
 Um geneigten Zutritt bittet
 54772* **Albert Scheruch.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Sonntag, 8. September,
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,

findet die
Wahl von vier Revisoren
in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Obiglos Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Lauers Restaurant, Schönhäuser Allee 134a.
- Siffins Festsäle, Memelerstr. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
- Fröhlichs Restaurant, Muskauerstr. 1.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch, Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle, Spandau, Linden-Ufer 17.
- Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstr. 18.
- Tempel, Kummelsburg, Alt-Borhagen 56.
- Pflizmann, Köpenick, Bahnhofstr. 1.
- Roskopf, Weissenfer, König-Chaussee 38.
- Halfes, Tegel, Brunowstr. 23.
- Mokulys, Tempelhof, Berlinerstr. 9.
- Wedhorn, Königs-Wasserhansen.

Ohne Mitgliedsbuch
kann niemand wählen!

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke**, Charitéstr. 3.

Montag, 9. September,
abends 8 Uhr:

Versammlung
der Elektromonteur und Hilfsmonteur
Berlins und Umgegend
in den **Andreas-Festfälen**, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Stellungnahme zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Referent: Kollege **Handke**. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, damit mir aber auch unteren Willen zwecks Verbesserung unserer Lage beweisen können, ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Montag, 9. September,
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
der in den Eisengießereien beschäft. Former
und Berufsgenossen
(Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes)
im **Weissen Saale der Germania-Prachtäle**, Chausseestr. 110.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die seitgeordneten Differenzen in unserem Beruf. 2. Bericht über unsere letzte Statistik. 3. Bericht über die allgemeine Bewegung.
In jedem Punkt Diskussion.
Höfliches und pünktliches Erscheinen erwartet.
148/7 Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.
Dienstag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Vortrag des Kollegen **Ritter** zur Verschmelzungsfrage zwischen Gewerkschaften und Krankenkassen. 3. Wahl eines Bureauangestellten. 4. Kassenanträge.
105/20 Die Ortsverwaltung.

Blitz=Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten**, Glitschinerstr. 72, Station im Hause. Günstigste Bezugspreise. Umfänglich:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Materialien und Weisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 50002
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Treppengeländer - Branche.

Montag, den 9. September 1907, bei **Voeker, Weberstr. 17:**
Versammlung
aller in Treppengeländerfabriken beschäftigten Tischler, Drechsler, Stellmacher, Maschinenarbeiter und Polierer.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsvermittlung in unserer Branche. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Jeder Kollege, der in der Branche beschäftigt ist, wird verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Branche der Vergolder.
Montag, den 9. September 1907, abends präzise 8 Uhr, im **Andreas-Garten (Merkowski)**, Andreasstr. 26:

Versammlung der Versilberer und Versilberinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage der in der Leistenbranche beschäftigten Versilberer und Versilberinnen. 2. Verschleudert.
Die Vertrauensleute werden ersucht, die in den betreffenden Betrieben beschäftigten Versilberer und Versilberinnen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Die Branchenleitung.

Tauftragung. Sagten allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Bruders herzlichsten Dank.
27426

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 54272*
Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt 10-12 Uhr.

Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Die schönsten 57462*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Ganzanzüge sind in
großer Auswahl stets zu Hause und
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Hofbahnstation Rottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Johann Eichner
(11. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalem-Kirchhofes (Hermannstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
235/14

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Johannes Eichner
am 4. d. M. an Nierenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalem-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erbetet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kohlenarbeiter
Karl Troge
im Alter von 44 Jahren am 5. d. M. an einem Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, vom Trauerhause Weidenstr. 9 aus nach dem Himmelfahrts-Kirchhofe, Nordend, statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitte!
74/19 Die Verwaltung II.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin. Zahlstelle I (Hilfsarbeiterinnen).
Am 5. September starb nach langem schweren Leiden an der Proletarierkrankheit im noch nicht vollendeten 25. Lebensjahre unser Mitglied
Elsa Fornfeist.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
27325 Die Zahlstelle I.
Die Beerdigung findet Sonntag (siehe Sonntagsummer).

Verein Berl. Hausdiener.
Mitgliedschaft I
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Max Krusch
Weissenfer, Gustav-Waldstraße verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr auf dem Weissenfer Kirchhof, Rälkestraße, statt.
74/20

Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Otto Fengler
Kronprinzenstraße verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus auf dem Lichtenberger Gemeinde-Friedhof, Reng-Stege, statt.
76/1
Die Ortsverwaltung I.

Sage dem Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“, insbesondere der I. Abteilung für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
27515 Witwe Elise Buggert.

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Heute Sonnabend: Eröffnung

unserer bedeutend vergrößerten Verkaufsräume.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsorot! Nachdruck verboten.

Knaben-Anzüge.

Herbst-Paletots * Herbst-Anzüge.

Einsegnungs-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten angefertigt.

Wir ersuchen höflich, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu können.

Unsere Maßabteilung ist einzig dastehend!

Heute Sonnabend, den 7. und Sonntag, den 8. September, verabsolgen wir beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine **hochelegante bunte Weste gratis!**

Der immerwährende Prachtkalender ist erschienen. Auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Montag geschlossen. - Eröffnung Dienstag nachmittags 5 1/2 Uhr.

Große Preisermäßigung meiner Modelle!

Konfektionshaus Westmann

Haupt-: Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden, an der Jerusalemstr.
Filiale: Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115, Andreasstraße.

Ich bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten.

Kostüme, Abendmäntel, Uebergangs-Paletots, Plüsch-Konfektion, Pelzstola, Jacketts, Kleider, Blusen, Röcke, Kinomos, für allerstärkste Figuren vorrätig
einfachste, mittlere, eleganteste Erzeugnisse der Saison, sollen jetzt nach soeben beendeter Engros-Saison bis zum 5. Oktober er.

ausverkauft werden!

In drei Serien
Uebergangs-Herbstpaletots
Serie I II III
früh. bis 23 M. 36 M. 60 M.
jetzt 8 1/2 13 1/4 21 M.

Vorhand. Frühjahrs- u. Sommerkonfektion jetzt z. jed. annehm. Preis

Extra-Trauerabteilung. Auswahl in Konfirmationskleidern.
Bis zum 5. Oktober gewähre auf die bereits herabgesetzten Preise bei Vorzeigen dieses Inserats extra 10 % Rabatt, sof. a. d. Kasse abzuziehen.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.



8. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Dresden, 4. September.

Ueber **Organisation und Agitation**

Mit Haus-Dresden aus, daß der noch geringe Prozentsatz der Organisierten und zwingt, die Haupttätigkeit auf die Agitation zu legen. Die größten Erfolge der planmäßigen Agitation seit der Hamburger Generalversammlung haben die großen und am besten ausgehauenen Verwaltungskreise zu verzeichnen. In den Großstädten haben wir 70 Prozent unserer Mitglieder, während uns in den Kleinstädten das patriarchalische Arbeitsverhältnis hindernd im Wege steht. Wichtige und große Organisationsgebiete für den Gartenbau, wie Mecklenburg und Erfurt, sind noch weit zurück. Hier gilt es einzusehen mit außerordentlichen Maßnahmen. Den Gegenorganisationen muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als Resultat der Debatte über diesen Punkt nennen wir folgende angenommenen Anträge: Der bisherige 3. Agitationsbezirk wird zwischen dem 1. und 5. Bezirk so aufgeteilt, daß dem 5. Bezirk das Gebiet von Magdeburg, Halberstadt, Thale angehören soll und für den größeren Bezirk ein beiderseitiger Bezirksleiter, mit dem Sitz in Leipzig, angestellt wird. Der 6. Bezirk wird so geteilt, daß Bayern einen selbständigen Bezirk, mit dem Sitz in München, bildet. Falls sich dieser Bezirk in den nächsten Jahren gutentwickelt, soll ein Bezirksleiter angestellt werden, wenn Hauptvorstand und Ausschuss darüber einig sind. Die bayerische Pfalz bleibt beim 4. Bezirk. Durch diese Aenderung wird der Antrag der Agitationskommission der Ortsbahnenverehr. liegenden Jahrestellen oder Zweigvereine haben sich bis zum 1. Januar 1908 der nächstliegenden Ortsverwaltung anzuschließen. Dem Redakteur Albrecht werden für die beiden letzten Jahre je 200 M. nachbewilligt. Dem 2. Bezirk werden 200 M. für Bureaueinrichtung zurückerstattet. Dem 4. Bezirk werden 150 M. für die Herbstagitation bewilligt, doch wird kein Antrag abgelehnt, die von Frankfurt geliehenen 400 M. aus der Hauptkasse zu zahlen.

Letzter Verhandlungstag. Dresden, 5. September.

An der **Beitrags- und Unterstützungfrage**

werden folgende Anträge angenommen: Der Beitrag bleibt 35 Pf.; den Ortsverbänden wird zur Pflicht gemacht, Ortszuschläge zu erheben. Für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen wird der Beitrag auf 25 Pf. pro Woche gesetzt. Für rüchstündige Lohngebiete kann auf Antrag der Agitationskommission der Beitrag gleichfalls auf 25 Pf. gesetzt werden. Bei den Beiträgen von 35 Pf. kann der Hauptvorstand acht Wochen lang pro Jahr Extrabeiträge erheben. Als neue Unterstützung wird die Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Die Sterbeunterstützung tritt nach 5 Jahren Mitgliedschaft in Kraft, beträgt dann 50 M., nach 8 Jahren 75 M., nach 10 Jahren 100 M. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte der Unterstützung gezahlt. Die Streikunterstützung wird nach einer Karenzzeit von drei Tagen vom vierten Tage ab gezahlt. Sie kann durch Ortszuschläge bis zu 12 M. für Ledige und 14 M. für Verheiratete und für Kinder auf 75 Pf. erhöht werden. Die Diäten sind einheitlich auf 8 M. und Lohnentschädigung festzusetzen.

Debatte und einstimmig angenommen wird folgende Resolution über die Raiffeier: Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne

Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstufungen an die wegen Beteiligung an der Raiffeier ausgesperrten Mitglieder nicht gewähren.

Die Statutenberatung ergibt die Annahme folgender Anträge: Die Generalversammlung wird statt alle zwei Jahre von nun an alle drei Jahre im August oder September abgehalten werden.

Ein Streik kann nur mit 2/3-Majorität beschlossen werden. Zur Frage der Jugendorganisation bemerkt Schmidt — der Geschäftsführer —, daß es dieser Organisation unmöglich sei, das Programm, das die gesamte politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung umfaßt, zu erfüllen. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind der Meinung, daß auf gewerkschaftlichem Gebiete keine besonderen Jugendorganisationen notwendig seien. Die Jugendorganisationen sollten sich der Aufgaben der körperlichen und geistigen Bildung der Jugend widmen, wie in Schweden. Beschlossen wird, daß der Hauptvorstand der Jugendorganisation seine Aufmerksamkeit zuzuwenden hat.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei der Generalkommission den Antrag zu stellen, die Landarbeiterfrage als besonderen Punkt auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu behandeln. Der Hauptvorstand wird in Zukunft aus sieben, statt aus fünf Personen bestehen und zwar aus drei Beamten und vier im Beruf stehenden Personen. Der bisherige erste Vorsitzende Löcher beantragte, an seine Stelle den bisherigen Geschäftsführer Schmidt zu wählen. Das geschieht. Löcher wird zweiter Vorsitzender, Albrecht Redakteur. Außer diesen drei werden Janson, Ruhnholz, Sandow und Steinberg in den Hauptvorstand gewählt. Als Gehalt werden für den Hauptvorstand die Sätze des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses bestimmt. Albrecht erhält 2300 M., Schmidt 2200 M., vom 1. Januar 1908 ab, die Küchenbeamten Haule, Kamrowski, Busch und Kaiser 1900 M. und Linke 1850 M. Die nächste Generalversammlung wird in Düsseldorf tagen.

Damit ist die Generalversammlung geschlossen.

Für die streikenden und ausgesperrten Tabakarbeiter

gingen ferner bei der Berliner Gewerkschaftskommission ein:

Vom Verband d. Schmiede, Verwalt. Berlin, auf Listen 100.—. Listen 2294, 2295, Arbeiter bei Meßig, Nähmaschinenfabrik 14,75. Listen 2006, 2012, 2024, Unterkommission Weigand 11,90. Liste 179, von den Brüdern d. Böhm 4,05. Liste 569, Personal des Kinderkrankenhauses 3,65. Kolonist v. Dolmungsthal 1,45. G. Franke, Baulempner 7,35. Listen 2438, 2434, Kollegen d. Kamler 20,55. Liste 2602, Volker und Bergold bei Meßig, 2. Rate 12.—. Liste 2464, Jmetzsch, Werkzeugbau 8.—. Juedes Tischlerei, Weihenstephan 3.—. Liste 153 2,29. Verband der Sattler, Ledsoem. Berlin, auf Listen 170,65. Liste 184, gel. durch Häusler 4,05. Verb. der Tabakarbeiter a. Konto, Listen 60.—. Deutscher Holzarb.-Verb., Rabitz (Glogau) 13,50. Unterkommission Reinhold auf folgende Listen: 1774 9,05, 1775 5,60, 1778 3.—, 1779 15,55, 1782 25,15, 1783 5,10, 1784 6,15, 1785 7.—, in Summa 76,80. Allgem. deutsch. Gärtnerverein, Ortsverein, Gr. Berlin 81,20. Gewerkschaftskartell Kowames, gesammelt bei: Drenstein 10,20, Holzarbeiter 10,45, Textilarbeiter 22,90, Metallarbeiter 65,05, Schneider 4,50, Bauarbeiter 1,45, Gärtner 2,60, in Summa 116,55. Kranzübersehug A. G. u. S., Adersstraße 5,50. Gewerkschaftskartell Neuenhagen a. Ohlbaum 20.—. Verband der Töpfer, Billale Berlin, gesammelt auf Listen: 1346 3,45, 1347 3,15, 1348 11,70, 1355 15,05, 1357 14.—, 1416 21,90, 1419 6,90, 1421 6,70, 1423 2,90, 1436 4,45, 1439 6,25, 1461 7,20, 1463 7,40, 1955 4,80, 1963 9,45, 1967 2,70, 1979 7,45, in Summa 134,85. Verein der Berliner Buchbinder und Schriftsetzer auf folgende Listen: 846 Hüflein 11,50. 892 „Bok“ 15,35. 856 Siegfried Scholem 15,15. 887

Volltrag u. Apfel 5,10. 903 D. Elner 10,30. 904 D. Elner 11,25. 911 G. Bernheim 10,45. 918 Union 10.—. 927 D. Elner 12,45. 931, 932, 933, 934, 935 Ritter u. Sohn 34,20. 938 Liebheit u. Tschelen 6,15. 939 Venz u. Co. 5,50. 940 Einfeimann 11,05. 2456 Röh. Grede, Maschinenmeister 4,25. 2457 Blüß. Grede Scherel 6,60. 2491—94. Bah u. Garleb 28.—. 2495 B. Grede 3,75. 2503 Schumacher 17,20. 2508 Denter u. Rifolas, Sechserkaffe 10.—. (In Summa 228,25.) Von den Kollegen der A. G. u. S., Brücken- und Volltrag, auf folgende Listen: 1012 Redler 46,65. 1013 Priebe 16,75. 1014 Lehmann 22,25. 1015 Hildebrandt 27,55. 1016 Steffen 3,85. 1017 Meyer 7,50. 1018 Kühne 9,80. 1019 Giechert 5,35. 1020 Giechert 21,80. 1021 Giechert 4,65. 1022 Giechert 12,20. 1023 Sandberg 16,65. 1024 Krause 15,25. 1025 Giechert 20,20. 1026 Vollebus Handred 25,70. 1027 Weder 17.—. 1028 Franz 23,05. 1029 Rienscherper 10.—. 1030 Seefeld 15,80. 1031 Gammemann 13,65. 1032 Howe 8,25. 1033 Sechert 9,40. 1034 Rahrle 17,30. 1035 Stommel 8,05. 1036 Döllmann 16,45. 1037 Scheer 6,90. 1038 Krall 33,45. 1039 Schumann 9,70. 1040 Replaff 15,45. 1041 Brause 11,30. 1042 Brause 49.—. 1044 Rebe 12,55. 1045 Pöhl 10,95. 1047 Rebe 24,75. 1048 Kilt 25,80. 1049 Dobroslawski 10,60. 1050 Schneider 9,60. 1051 Scholz 11,85. 1052 Hallsberg 9,60. 1053 Schwittau 15,25. 1054 Krafft 8,40. 1055 Korts 11.—. 1056 Floß 9,20. 1057 Thime 14,45. 1058 Nägelslager 13,45. 1059 Lager III 3,90. 1060 Rife 14,20. 1061 Weher 20.—. (In Summa 750,15). Liste 2017, Möbelabrik Richterlein, Weihenstephan 20,20. Liste 102 7,33. Von Dr. Leo Kron 300.—. In Summa 2179,15 M., bereits quittiert 8744,98 M., eingegangen insgesamt 10924,13 M.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen. Gelder, welche mittels Post eingekassiert werden, sind zu richten an: A. Körten, SO. 16, Engel-Ufer 15, I. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berichtigung. Städtische Arbeiter-Revierinspektionen Liste 465 statt 5,80 M. 4,50; Liste 708 8,90 M. statt Krankenhaus Urban Krankenhaus Friedrichshain.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Bibliothek, Turmgang nach Eisenstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuche und eine Zahl als Versicherung beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. 17. Beide sind für Erfüllung des Mietvertrages verantwortlich, falls sie volljährig sind. — **P. 2. 100.** Zur Pfändung war der Steuerbeamte berechtigt. Die betreffenden sollten Freigabe der Sachen und Wiedererschlagung der Steuer bei der Steuerdeputation unter Schilderung der Sachlage beantragen. — **P. 2. 23.** 1. und 2. Schaffen Sie sich einen großen irischen Topf an, füllen Sie ihn halb mit Weizenkleie und altem Brot, legen Sie darüber ein Stück Zeug (Wolle) und kochen Sie das Ganze ab und zu mal an. Aus dem Dampfen entwickelt sich ein schwarzer Käser, den Sie nicht entfernen dürfen. Binden Sie den Topf mit Gaze zu. Im März. — **Verdorbene.** 1. Alexanderstr. 36 a. 2. Der Antrag hat wenig Aussicht auf Erfolg. 3. 138 Rast. — **P. 58.** Nach der herrschenden Ansicht leider ja. — **P. 102.** 1. und 2. Das Testament ist ungültig. 3. Die Ungültigkeitserklärung dürfte durch das Zivilgericht erfolgen. 4. Eine Anfechtung vor dem Tode ist nicht zu empfehlen. — **P. 2. 30.** 1. Das Gesetz spricht nur von einer angemessenen Zeit, die zur Ausschaffung einer neuen Stelle gewährt werden mag. Erfolg keine Verrechnung, so muß das Gericht durch Rüge angewiesen werden. 2. Der Lohn ist nur bis Dienstag zu zahlen. 3. Nehmen Sie den Lohn unter Vorbehalt an, wenn er auch Ihren Forderungen nicht entspricht. 4. Auf das Zeugnis haben Sie ein Recht. — **P. 2. 21.** 1. u. 2. Nein. 3. Ja. 4. Vom 21. Lebensjahre ab. — **Prüfungsträger 2. Ja.** — **P. 2. 14.** 1. Leider wäre, da die Reklamationsfrist abgelaufen ist, nur eine Eingabe an die Steuerdeputation vielleicht von Erfolg begleitet, in der Sie Ihre Lage auseinandersetzen und Wiedererschlagung beantragen. 2. und 3. Nein. 4. Im Termin müßten Sie Ihre Ansprüche geltend machen. Haben Sie den Termin verläßt, ist nichts mehr zu machen. — **Schöneberg 62.** Sie sind berechtigt, den Zutritt zu verweigern und können dies den Betroffenen mitteilen, daß Sie von diesem Rechte Gebrauch machen.

2 Sonder-Angebote.



Herbst-Anzüge Erprobte, erstklassige Erzeugnisse in hochmodernen Cheviots und Kammgarnen. Vorzügl. Passformen. Nur eigene Erzeugnisse!

Herbst-Hosen. Gute strapazierfähige Buckskins und Cheviots in praktischen und sehr modernen, schönsten Ausmusterungen. Nur eigene Erzeugnisse!

27 Mk. **6 Mk.**

Baer Sohn

Spezialhaus größten Messetabes
Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11
alte Nr. 24/25
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Erprobt und bewährt!

3963L*

Spiritus-Glühlicht-
Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwertung,
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
Lieferung elegante, fertige
Herren-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1. I.
Direkt am Bahnhof.

Kein Waren-Kredithaus.

Unerreicht an Wohlgeschmack

ZAR/ 23
Cigarette

Cigarettenfabrik TUMA Dresden gegr. 1876

Jedes **5. Los** muß gewinnen

Düsseldorfer

Loterie

Ziehung am 30. Sept.
120000 Gewinne W. Mk.

90000
Zwei Hauptgew. zus. W. Mk.

20000

10000

5000

2000

2 à 1000

etc. etc.

Lose à 50 Pfg. 11 Lose 5 Mk.
Porto und Liste 30 Pfg. vorzusenden

Ferd. Schäfer,
Bankgeschäft, Düsseldorf.
Auch zu haben in allen praktisch
geeigneten Verkaufsstellen.

Alleinvertreib für Berlin **Gustav Maase, Neue Königstr. 86.**

Neubau „Arminhallen“
Kommandantenstraße 58/59.
Eröffnung Sonnabend, 5. Oktober 1907.

Besuche, bis 1100 Personen fassend, auch mit Bühne, an Sonnabenden und Sonntagen im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar, März frei.

Gebrüder Mielitz, Kommandantenstr. 21 II
Reinbreder Amt I 8965.

Automaten.
Gold-Automat „Glo“, schreibend
Gold, 10 Pf. Umsatz, 45 Rakt. —
Gold-Automat „Reinhold“, schreibend
Gold oder Silber, 5 Pf. Umsatz,
60 Rakt. — „Nicola“, intressantes
Geschäftsspiel, 50 Rakt.
Leo Henken, Automatenfabrik,
26695* Köln, Wollfstr. 123.

